

Genehmigt: 12.06.2025

Protokoll 08

Stadtratssitzung

Donnerstag, 24.04.2025, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll mit Audio beachten Sie unser [Audioprotokoll](#) auf der Website.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 18:55 Uhr.....	3
2024.SR.0254.....	4
1 Begrüssung und Mitteilungen.....	
2025.SR.0074.....	5
2 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl.....	
2025.SR.0045.....	6
3 Protokoll Stadtrat 04 vom 27.02.2025; Genehmigung.....	
2024.FPI.0158.....	6
4 Betriebskommission des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik; Gesamterneuerungswahlen für die Amtsdauer 2025 – 2028.....	
2021.FPI.000080.....	7
5 Zumiete Velostation Welle 7: Vertragsverlängerung; Kredit für wiederkehrende Ausgaben.....	
2025.FPI.0016.....	11
6 Informatik Stadt Bern (IBE): Nachkredit zum Globalbudget 2024.....	
2025.FPI.0019.....	16
7 Immobilien Verwaltungsvermögen; Nachkredit für die Heiz- und Betriebskosten (HBK) der Perioden 2022/23 und 2023/24.....	
2019.SR.000321.....	19
8 Motion Bernadette Häfliger, Bettina Stüssi (SP): Korrektes Lohnsystem.....	
2025.TVS.0030.....	21
9 Tiefbauamt: Erneuerung SharePoint; Projektierungs- und Ausführungskredit.....	
2025.TVS.0042.....	22
10 Sanierung Giacomettistrasse; Kredit (Anteil Stadt Bern).....	
2021.TVS.000126.....	27
11 Gesamtsanierung Postgasse; Ausführungskredit.....	
2025.SR.0053.....	31
12 Dringliches Postulat: Einbahnsystem für Fussgängerinnen und Fussgänger auf der Kornhausbrücke während der Bauphase.....	
2013.GR.000070.....	32
13 Sozialhilfekommission; Gesamterneuerung für die Amtsperiode 2025- 2028.....	

2021.BSS.000118.....	33
14 Familie & Quartier Stadt Bern; Nachkredit zum Globalkredit 2024	
Schluss der Sitzung: 18.55 Uhr.....	35
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:30 Uhr.....	36
2021.BSS.000118.....	37
14 Familie & Quartier Stadt Bern; Nachkredit zum Globalkredit 2024	
2021.BSS.000129.....	48
15 Schulamt: Nachkredit zum Globalkredit 2024	
2024.BSS.0058.....	55
16 Bern Arena Stadion AG: Leistungsvertrag 2025-2029 betreffend öffentlichen Eislauf auf dem Areal der PostFinance-Arena; Verpflichtungskredit	
2024.SR.0119.....	57
17 Motion Fraktion GB/JA! (Sarah Rubin/Ursina Anderegg, GB/Anna Jegher, JA!)/Sofia Fisch (JUSO): Aktionstage Behindertenrechte – und die Stadt Bern zieht mit!	
2024.SR.0120.....	61
18 Motion Fraktion GB/JA! (Sarah Rubin/Ursina Anderegg, GB/Anna Jegher, JA!)/Sofia Fisch (JUSO): Massnahmen für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen – Grundrechte sicherstellen!	
Verschohen und eingereicht.....	66
Schluss der Sitzung: 22.31 Uhr.....	67

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 18:55 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann
Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Mirjam Arn
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Laura Binz
Gabriela Blatter
David Böhner
Laura Brechbühler
Michael Burkard
Carola Christen
Francesca Chukwunyere
Laura Curau
Sibyl Eigenmann
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Sofia Fisch
Dominik Fitze
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser

Helin Genis
Thomas Glauser
Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Raffael Joggi
Nora Joos
Barbara Keller
Fuat Köçer
Nora Krummen
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Nicolas Lutz
Denise Mäder
Esther Meier

Salome Mathys
Matteo Micieli
Szabolcs Mihályi
Tanja Miljanovic
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Cemal Özçelik
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann

Stadtrat entschuldigt

Janina Aeberhard
Nik Eugster

Ingrid Kissling-Näf
Mehmet Özdemir

Sarah Rubin

2024.SR.0254

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsident: Ich begrüsse euch zur heutigen Stadtratssitzung, ich bitte euch, Platz zu nehmen und den Geräuschpegel runterzufahren. Die heutige Sitzung ist die erste nach den Frühlingsferien, und ich hoffe, ihr habt die Zeit genutzt, um die Batterien wieder ein bisschen aufzuladen, und sitzt wieder voller Freude und Motivation hier. Ich gebe als erstes die Entschuldigungen bekannt. Für beide Sitzungen entschuldigt haben sich Nik Eugster von der FDP und Ingrid Kissling-Näf von der SP. Für die erste Sitzung entschuldigt sind Mehmet Özdemir von der SP und Janina Aeberhard von der GLP. Für die zweite Sitzung entschuldigt hat sich Matteo Micieli von der PdA. Ihr könnt euch erinnern: An der letzten Sitzung haben wir 2 Ratsmitglieder verabschieden müssen. Das bringt aber mit sich, dass wir heute 2 Leute bei uns begrüssen können. Als Erstes begrüsse ich als neues Ratsmitglied und das erste Mal in unseren Reihen Nicolas Lutz von der Mitte. Er ist der Nachfolger von Markus Zürcher. Und nachher haben wir einen Rückkehrer bei uns im Parlament. Ich freue mich sehr – Raffael Joggi von der AL ist zurück in unseren Reihen. Ihn muss ich, glaube ich, nicht gross vorstellen. Er tritt die Nachfolge von Muriel Graf an. Dann ist es so: Wir haben heute – genau heute – ein Geburtstagskind in unseren Reihen. Ich gratuliere auf diesem Weg auch noch ganz herzlich Ursula Stöckli zum heutigen Geburtstag. Die, die es noch nicht gemacht haben, können Jelena Filipovic noch nachträglich zum Geburtstag gratulieren. Sie hatte vorgestern Geburtstag. Und all die, die es sich merken können bis am Samstag, können Thomas Hofstetter zu seinem Geburtstag gratulieren. Bitte nicht vergessen zu badgen, falls ihr es noch nicht gemacht habt. Und das Einreichen der Vorstösse ist wie immer: die dringlichen bis 21 Uhr, die nichtdringlichen bis 21.30 Uhr. Jetzt ist es noch recht unruhig. Ich wäre euch wirklich dankbar, wenn es auch nach den Frühlingsferien so weitergehen würde wie vorher, nämlich, dass, wenn ich die Sitzung starte, ihr den Geräuschpegel runterfahren könntet, denn ihr müsst das erste Mal bei der Sache sein. Uns liegen 3 Ordnungsanträge für die Traktandenliste der heutigen Sitzung vor. Entsprechend werden wir jetzt über diese befinden. Ihr habt auf der Antragsliste vor euch den Ordnungsantrag 1 Alexander Feuz, SVP. Der Ordnungsantrag verlangt, dass das Traktandum 10 auf eine spätere Sitzung verschoben werden soll. Wir stimmen über den Ordnungsantrag ab.

Ordnungsantrag 1

Alexander Feuz, SVP

Das Traktandum 10 sei auf eine spätere Sitzung zu verschieben.

Abstimmung Nr. 004

Ordnungsantrag 1

Ablehnung

Ja	16
Nein	42
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den abgelehnt. Dann weiter auf der Antragsliste habt ihr den Antrag Nummer 2. Die Fraktion GB/JA! beantragt, dass die Traktanden 17 bis 19 getrennt behandelt werden. Wir stimmen über den Ordnungsantrag ab.

Ordnungsantrag 2

GB/JA

Die Traktanden 17-19 seien getrennt zu behandeln.

Abstimmung Nr. 005

Ordnungsantrag 2

Annahme

Ja	37
Nein	20
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt den angenommen. Dann kommen wir zum dritten Ordnungsantrag. Das ist die Tischvorlage, das separate Blatt. Das ist der Ordnungsantrag der Fraktion Mitte, das Traktandum Nummer 14 zu verschieben. Wir stimmen auch über diesen Ordnungsantrag ab.

Ordnungsantrag 3

Mitte

Verschiebung Traktandum 14

Abstimmung Nr. 006

Ordnungsantrag 3

Ablehnung

Ja	17
Nein	39
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt den abgelehnt. Das heisst, wir haben die Traktandenliste insofern angepasst, als dass die Traktanden 17 bis 19 getrennt behandelt werden. Bei den weiteren Traktanden gehen wir so vor, wie es geplant ist.

2025.SR.0074

2 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 2, das ist die Wahlen in die Kommission RWSU – Ersatzwahlen. Wir haben die Wahlvorschläge auf der Antragsliste. Die Fraktion AL/PdA nominiert als Nachfolger für Muriel Graf Raffael Joggi, und zwar sowohl als Mitglied der Kommission als auch im Amt als Vizepräsident. Die Fraktion Mitte nominiert Nicolas Lutz als stellvertretendes Mitglied der RWSU als Ersatz für den zurückgetretenen Markus Zürcher. Ich frage in der Runde, ob es weitere Wahlvorschläge gibt für die RWSU. Das ist nicht der Fall. Gibt es Diskussionsbedarf zu dieser Wahl? Das ist auch nicht der Fall. Dann schlage ich vor, dass wir diese 3 Wahlen in Globo durchführen. Seid ihr damit einverstanden? – Das scheint auch der Fall zu sein. Ich bitte diejenigen, die diese Personen in die jeweiligen Ämter wählen wollen, die Hand

zu heben. – Gibt es Enthaltungen? – Gibt es keine. Dann gratuliere ich zur Wahl in diese neuen Ämter.

Antrag

1. AL/PdA/TIF

Als Mitglied nominiert die Fraktion AL/PdA/TIF Raffael Joggi (AL) für die zurückgetretene Muriel Graf (AL).

2. AL/PdA/TIF

Für das Vizepräsidium nominiert die Fraktion AL/PdA/TIF Raffael Joggi (AL) für die zurückgetretene Muriel Graf (AL).

3. Mitte

Als stellvertretendes Mitglied nominiert die Fraktion Mitte Nicolas Lutz (Mitte) für den zurücktretenden Markus Zürcher (Mitte).

Einstimmige Wahl per Handerheben.

2025.SR.0045

3 Protokoll Stadtrat 04 vom 27.02.2025; Genehmigung

Präsident: Wir sind somit bei Traktandum Nummer 3. Das ist die Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung Nummer 4 vom 27. Februar 2025. Stand jetzt sind keine Änderungsanträge zu diesem Protokoll eingegangen. Ist das Protokoll bestritten? – Das ist nicht der Fall, dann gilt das Protokoll als genehmigt und ich danke der Verfasserin. *Stillschweigende Genehmigung.*

2024.FPI.0158

4 Betriebskommission des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik; Gesamterneuerungswahlen für die Amtsdauer 2025 – 2028

Präsident: Dann sind wir bereits bei Traktandum Nummer 4. Traktandum Nummer 4 ist die Wahl in die Betriebskommission des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik – Gesamterneuerungswahl für die Amtsdauer 2025 bis 2028. Gibt es zu diesem Geschäft aus den Reihen des Rates Diskussionsbedarf? – Das ist nicht der Fall. Möchte die Gemeinderätin etwas dazu sagen? – Die Gemeinderätin Melanie Mettler verzichtet. Dann kommen wir zur Wahl. Nominiert sind Herr Cipriano Alvarez von der SP, bisher, Frau Annette Lehmann von der SP, bisher, Herr Tilman Rösler vom GB, bisher, Frau Christine Kipfer von der GLP, bisher, Herr Martin Zulauf von der GFL, bisher, Frau Barbara Freiburghaus, die ich als Altstadträtin auf der Tribüne begrüsse, von der FDP, neu, und Ruedi Friedli von der SVP als bisheriger. – Gibt es weitere Wahlvorschläge? – Das ist nicht der Fall, dann schlage ich auch hier vor, dass wir diese Personen in Globo wählen. Seid ihr damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann wählen wir auch hier wieder mit Handerheben. Wer diese Personen in das Amt wählen will, soll das bezeugen mit Handerheben. – Gibt es Enthaltungen? Mirjam, willst du dich enthalten? – Nein. Gut. Das ist eine einstimmige Wahl. Ich gratuliere den gewählten Personen zu diesem Amt und explizit aber auch der anwesenden Barbara Freiburghaus zu diesem neuen Amt.

Antrag

Zur Wahl stehen:

Cipriano Alvarez, (SP, bisher)

Annette Lehmann, (SP, bisher)

Tilman Rösler, (GB, bisher)

Christine Kipfer, (GLP, bisher)

Martin Zulauf, (GFL, bisher)

Barbara Freiburghaus, (FDP, neu)

Rudolf Friedli, (SVP, bisher)

Einstimmige Wahl per Handerheben.

2021.FPI.000080

5 Zumiete Velostation Welle 7: Vertragsverlängerung; Kredit für wiederkehrende Ausgaben

Präsident: Dann sind wir bereits bei Traktandum Nummer 5. Das ist ein Sachgeschäft ohne Referendum. Es geht um die Zumiete der Velostation Welle 7, die Vertragsverlängerung der Kredite für die wiederkehrenden Ausgaben. Ich erteile das Wort für die Kommission, Mirjam Roder.

Mirjam Roder (GFL) für die Kommission: Im vorliegenden Geschäft geht es um die Vertragsverlängerung der Zumiete der Velostation Welle 7. Im Rahmen des Gesamtprojekts Zukunft Bahnhof Bern wurde die Strategie erarbeitet, dass bis 2030 im Umfeld des Bahnhofs Bern rund 10'000 Veloabstellplätze zur Verfügung gestellt werden sollen. Mit der Eröffnung der Velostation Welle 7 im August 2023 wurden 660 Veloabstellplätze zur Verfügung gestellt. Man konnte damals aber nur einen zweijährigen Vertrag bis Ende Juni 2025 aushandeln, weil der Hauptmietvertrag zwischen der Migros und der Post Ende Juni 2025 ausläuft. Die Stadt ist dabei die Untermieterin der Migros, die Post wiederum ist die Eigentümerin und Vermieterin und vermietet das Objekt an die Migros. Dieser Vertrag beinhaltet 3 einseitige Verlängerungsoptionen von jeweils 5 Jahren bis maximal Ende Juni 2040 zu gleichbleibenden Konditionen. Die Stadt möchte nun die erste Option einlösen und die Zumiete um 5 Jahre bis ins Jahr 2030 verlängern. Finanziell bedeutet das, dass eine jährlich wiederkehrende Ausgabe von gut 407'000 Franken zulasten der Erfolgsrechnung von ISB (Immobilien Stadt Bern) beantragt wird. Die heutige Velostation, die schon in Betrieb ist, wird betrieben durch das Kompetenzzentrum Arbeit. Es gibt dort Arbeitsplätze für Personen, die sich wieder in die Arbeitswelt integrieren wollen. Das wiederum bedeutet auch einen jährlichen Betriebsaufwand von 76'000 Franken, der beim Stadtrat für das Kompetenzzentrum Arbeit zulasten der Erfolgsrechnung der Verkehrsplanung beantragt wird. Die Kommission ist zum Schluss gekommen, dass der Bedarf weiterhin vorhanden ist, auch im Hinblick auf die absehbare Aufhebung der Veloparkierung im Hirschengraben. Der Evaluationsbericht ist zudem zum Schluss gekommen, dass die Bilanz nach einem Jahr Pilotversuch positiv ist. Das Angebot der 24 Stunden-Gratisparkierung werde geschätzt und habe neue Kund*innen in die Velostation Postparc und Welle 7 gebracht. Der Gemeinderat hat deshalb beschlossen, den Pilotversuch in den beiden Stationen bis Ende 2025 zu verlängern und ab 2026 als neuen Regelbetrieb auf alle Velostationen auszuweiten. Die Kommission empfiehlt euch deshalb, dieses Geschäft einstimmig zur Annahme.

Präsident: Danke, Mirjam. Auch vielen Dank für den kleinen Reminder. Gibt es zu diesem Geschäft Diskussionsbedarf? Das scheint der Fall zu sein. Für die Fraktion SVP, Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Ich bin gerade ein bisschen irritiert, dass das Geschäft einstimmig durch die Kommission ist. Das Geschäft ist auch schon ein bisschen eine ältere Geschichte. Wir haben damals von der SVP aus das Referendum ergriffen, waren als einzige Partei im Stadtrat dagegen, haben beim Volk zwar nachher verloren, aber doch 40% Nein-Stimmen geholt, was mich sehr gefreut hat. Was mich nicht so freut, ist, dass man jetzt den Vertrag einmal mehr verlängert, obwohl sich an der Situation mit der Veloparkierung überhaupt nichts verbessert hat. Man hat damals gesagt, man beseitige die Wildparkiererei der Velos, vor allem an der Welle. Ich bin heute wieder vorbeigefahren. Es ist einfach eine Zumutung, was dort abgeht. Und die Stadt reagiert überhaupt nicht. Die Velos stehen einfach wild herum. Und das ist einfach eine Frechheit gegenüber den Leuten, die ihr Velo in die Velostation stellen. Ich fände es einfach angebracht, dass die Stadt einmal vorwärtsmacht und die Velo dort rigoros wegräumt. Wir stören uns nach wie vor auch daran, dass man dort pro Veloparkplatz rund 60 Franken pro Monat zahlt. Also das sind die Mietkosten, die die Stadt der Migros Aare in den Hintern schiebt – ich kann es nicht anders sagen. Und gleichzeitig gibt man diese Abstellplätze noch gratis ab. Es ist nicht zumutbar, vor allem wenn man die Finanzen der Stadt Bern anschaut. Sonst kommt ihr immer mit dem Verursacherprinzip. Hier soll das offenbar nicht gelten. Darum werden wir hier ganz klar Nein stimmen. Und ich möchte noch einen Hinweis machen. Der Vertrag läuft am 30. Juni aus. Es ist glaube ich vorhin gesagt worden, das Geschäft unterstehe nicht dem Referendum, aber es untersteht dem Referendum. Wenn man das Referendum ergreifen würde, hätte die Stadt Bern ein effektives Problem, denn sie würde natürlich in eine Rechtsunsicherheit hineinlaufen, denn der Vertrag läuft am 30. Juni aus. Und wenn der Entscheid nicht abschliessend vorliegt, könntet ihr den Mietvertrag gar nicht unterschreiben. Was wäre dann? Ich frage mich, wieso das Geschäft nicht schon vorher gekommen ist. Vielleicht kann die Gemeinderätin noch etwas dazu sagen. Vielen Dank.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SP/JUSO, Lukas Schnyder.

Lukas Schnyder (SP) für die Fraktion: Viel braucht man dazu eigentlich nicht zu sagen, ausser dass es enorm wichtig ist für Bern, damit die Leute nachhaltig und im Einklang mit dem Klimaschutz pendeln können, mit dem Velo an den Bahnhof, dann mit dem ÖV weiter, und sichere und betreute Veloplätze im Inneren vorfinden. Das ist entscheidend für die Verkehrswende. Gerade heute ist eine Studie des Schweizerischen Städteverbandes zu Verkehrsräumen und der Mobilität herausgekommen, bei der verschiedene Städte mitgemacht haben. Die sollten euch zu denken geben und können auch Ansporn dafür sein, dass wir alle hier dem zustimmen und uns schleunigst daran machen sollten, den Veloverkehr auszubauen. Ich zitiere hier aus der Medienmitteilung. Eine satte Mehrheit in dieser Studie, bei der verschiedene Schweizer Städte mitmachten, eine satte Mehrheit zwischen 59% und 79% wollen weniger Platz für den MIV zugunsten von Velo, zu Fussgehen, ÖV und verkehrsfreien Zonen. Eindrücklich ist, dass dieses Verdikt in allen Städten sehr ähnlich ausfällt, von Sion über Basel bis nach Schaffhausen. Am klarsten fällt die Haltung gegen viel MIV-Fläche in der Stadt Bern aus. Es ist die klarste Haltung mit Anteilen von -Achtung! – über 75% zugunsten der nichtmotorisierten

Individualverkehrsnutzung. Ich glaube, damit ist alles gesagt. Und wir brauchen die Veloparkplätze. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci, Lukas. Kurz zur Richtigstellung: Janosch Weyermann hat natürlich recht. Das Geschäft untersteht dem fakultativen Referendum, das ist absolut korrekt. Merci, Janosch, für diese Bemerkung. Als nächstes für die Fraktion FDP, Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Im Namen der FDP-Fraktion nehme ich auch noch zum vorliegenden Geschäft zur Verlängerung des Vertrags Velostation Welle 7 Stellung. Wir unterstützen die Vorlage, aber nicht ohne kritische Anmerkungen. Die Velostation Welle 7 ist ein sinnvoller Bestandteil der Veloparkierungsstrategie rund um den Bahnhof. Der Standort ist richtig, der Betrieb wirtschaftlich und die Anbindung an das Kompetenzzentrum Arbeit gesellschaftlich wertvoll. Und darum tragen wir diesen Mietvertrag auch mit. Es ist versprochen worden, dass das sogenannte Velochaos rund um den Bahnhof mit der Eröffnung der neuen Velostation deutlich entschärft wird. Davon ist im Alltag noch wenig bis gar nichts zu spüren. Noch immer blockieren wild angestellte Velos den öffentlichen Raum und viele Aussenplätze sind überfüllt. Wer neue Infrastrukturen schafft, muss auch für die Ordnung sorgen. Es braucht nicht nur einen Veloparkplatz, sondern auch konsequente Steuerungen und klare Regelungen. Die angekündigte Evaluation des Pilotversuchs zur Tagesparkierung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Nun erwarten wir aber auch rasch sichtbare Verbesserungen. Die FDP-Fraktion stimmt der Vorlage zu, erwartet von der neuen Gemeinderätin aber eine stringente Umsetzung der Veloparkierungsstrategie und ein spürbares Plus an Ordnung im öffentlichen Raum. Nur so lassen sich die Investitionen, wie sie langfristig angedacht sind, rechtfertigen. Merci vielmals.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Saal? – Alexander Feuz als Einzelsprecher.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Schaut, wir haben riesige finanzielle Schwierigkeiten in der Stadt Bern. Wir haben jetzt ein Geschäft, von dem gesagt wird, es sei wegen des Klimaschutzes. Das ist kein Game-Changer für den Klimaschutz. Wir geben einfach jetzt noch einmal viel mehr Geld für etwas aus, das die Wirkung im Ziel, hier rede ich als ehemaliger Artilleriehauptmann, gering ist. Ich bin wirklich der Meinung, man muss den Mut haben, nein zu diesem Geschäft zu sagen. Auf diesem Weg bringt ihr die Sache nicht hin. Es gibt andere Massnahmen. Und hier gebt ihr eigentlich für nichts viel Geld aus. Wir haben nämlich noch andere Veloplätze oberhalb des Bahnhofs in der Länggasse, die mehrheitlich leer sind. Und ich muss euch sagen, jetzt muss man einmal ein Zeichen setzen. Darum sagen wir hier klar: Nein. Danke.

Präsident: Vielen Dank. Dann als Einzelsprecher Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP), Einzelvotum: Wir stellen uns nicht generell gegen Velostationen. Ich glaube, jedes Verkehrsmittel soll seine Infrastruktur haben und auch Parkplätze bekommen. Aber solange die anderen Stationen nicht komplett ausgelastet sind und vor allem das Chaos rund um den Bahnhof mit diesen wild parkierten Velos besteht, sind wir der Meinung, es brauche nicht noch mehr Velostationen, wenn das nicht endlich umgesetzt ist. Es geht um gar nichts anderes. Und das andere, was wir angetönt haben, sind die Finanzen.

Präsident: Bitte weitere Einzelsprecher jetzt anmelden. Als weiterer Einzelsprecher der SVP, Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP), Einzelvotum: Ich habe noch schnell eine Ergänzung. Ich bin ja selbst leidenschaftlicher Velofahrer, ich fahre gerne Velo und schätze eigentlich auch das Angebot, das wir hier in Bern haben. Aber es bringt einfach nichts, wenn man als Zielsetzung sagt, wir bräuchten jetzt 10'000 Veloabstellplätze hier in der Stadt und die einfach a gogo baut. Ich weiss jetzt persönlich, dass es zum Beispiel im Postparc, der gerade gegenüber ist, noch leere Plätze hat. Die werden nicht voll genutzt. Und jetzt einfach a gogo Plätze schaffen, wenn nachher die Leute an und für sich, ich kann es nicht anders sagen, zu bequem sind, um ihr Velo dort abzustellen, bringt nichts. Es bringt nichts, solche Kredite zu sprechen und das weiter auszubauen. Es gehört einfach eine gewisse Ordnung dazu. Man braucht ein bisschen ein strengeres Regime. Man muss einfach die Velos entfernen, gerade dort am Bahnhof, an der Passerelle. Dort ist noch kein einziges Velo verschwunden. Da werden nach wie vor die Velos wild abgestellt. Das bringt gar nichts, wenn wir jetzt einfach Geld sprechen und nachher einfach die Sache nicht entsprechend genutzt wird. Danke.

Präsident: Das Wort für den Gemeinderat hat Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Danke der Berichterstatterin für die gute Berichterstattung. Sie stimmen ab über einen Kredit für die Miete der Räume – die wird Immobilien Stadt Bern angerechnet – und über einen Kredit für die Betriebskostenentschädigung an das Kompetenzzentrum Arbeit. Das wird von der Verkehrsplanung entrichtet. Nun, dieser Vertrag für die Zumiete der Station konnte 2023 nur für 2 Jahre abgeschlossen werden. Deshalb wird dieser Vertrag auch, wie Janosch Weyermann richtig anmerkte, schon Mitte 2025 ablaufen. Die Situation ist so, dass die Stadt Untermieterin ist bei der Migros, die ihrerseits Mieterin ist bei den SBB. Und erst jetzt, wo das Mietverhältnis zwischen SBB und Migros verlängert ist, erhält die Stadt die Möglichkeit, einen neuen 5-jährigen Mietvertrag abzuschliessen, und zwar mit jeweils 2 Optionen um Verlängerung. Also total wären 15 Jahre möglich. Nun, für die Stadt sind das sehr gute Konditionen, weil es ein langjähriges Mietverhältnis zu gleichbleibenden Konditionen gewährleistet, sofern die Voraussetzungen gleichbleiben. Die Stadt kann aber ihrerseits jederzeit aussteigen nach jeweils 4 oder 9 Jahren. Die Migros kann der Stadt aber ihrerseits nicht kündigen, sofern die Stadt die Miete bezahlt. Zum Management der Verkehrsplanung, also der Velos selbst, kann ich als Vertreterin jetzt der Mieterschaft nichts sagen. Das liegt natürlich bei der Verkehrsplanung. Aber ich bin sicher, dass sie diese Diskussion dort weiterführen werden. Vielleicht noch etwas zum zeitlichen Ablauf. Dieses Geschäft wurde am 20. November 2024 vom alten Gemeinderat verabschiedet. Es war dann tatsächlich am 17. Februar 2025 schon einmal traktandiert bei der RWSU, musste aber aufgrund anderer dringlicher Geschäfte verschoben werden auf die Sitzung der RWSU vom 10. März. Danke, dass Sie der Empfehlung Ihrer vorbereitenden Kommission folgen. Vielen Dank.

Präsident: Das heisst, wir kommen zur Abstimmung über diesen Kredit. Wer dem Kredit gemäss Vorlagen zustimmen will, stimmt grün, wer ihn ablehnt, rot.

Abstimmung Nr. 007

2021.FPI.000080

Annahme	
Ja	63
Nein	5
Enthalten	0

Verbal: Bernadette Häfliger stimmte fälschlicherweise beim Platz von Emanuel Amrein ab. Häfliger Bernadette: JA; Amrein Emanuel: Abwesend

Präsident: Ihr habt dem Geschäft zugestimmt.

2025.FPI.0016

6 Informatik Stadt Bern (IBE): Nachkredit zum Globalbudget 2024

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 6, dieses Mal korrekterweise ein Sachgeschäft ohne Referendum. Es geht um den Nachkredit zum Globalbudget 2024 von Immobilien Stadt Bern. Für die vorbereitende Kommission RWSU hat das Wort, Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die Kommission: Wir befassen uns heute mit einem Nachkredit von rund 742'600 Franken zum Globalbudget 2024 von Informatik Stadt Bern (IBE). Ursprünglich war vorgesehen, dass die gesamten Bruttokosten von IBE in der Höhe von rund 25,8 Mio. Franken vollumfänglich den städtischen Dienststellen weiterverrechnet werden. Damit hätte das Nettoergebnis bei 0 liegen sollen. Das Ziel wurde klar verfehlt und das wirft Fragen auf. IBE begründet die Budgetüberschreitung mit einer Reihe ausserordentlicher Herausforderungen, zum Beispiel dem anhaltenden Fachkräftemangel, der Reorganisation innerhalb der Organisation, krankheitsbedingten Ausfällen auf Schlüsselpositionen sowie kurzfristigen Projekten und dringlichen Anforderungen von Kundenseite. Diese Umstände haben dazu geführt, dass teure externe Dienstleistungen in Anspruch genommen werden mussten. Auch unvorhergesehene Entwicklungen wie die Übernahme des Betriebs von Base4Kids oder Mehrkosten im Zusammenhang mit Microsoft 365 haben das Budget zusätzlich belastet. Dazu kommt, dass ab Herbst 2024 eine neue Verrechnungssystematik eingeführt worden ist, das heisst, dass die Differenzbeträge neu zentral von IBE beantragt werden müssen und nicht mehr über die einzelnen Dienststellen weiterverrechnet werden. Diese Änderung soll nach dem Gemeinderat die Kostentransparenz fördern, erfordert aber eine frühzeitige und klare Kommunikation über die entstehenden Nachkredite. Und hierzu ist dann eben dieser Punkt ein formal wesentlicher Punkt. Gemäss Artikel 140 Absatz 3 der Gemeindeordnung müssen Nachkredite frühzeitig und transparent beantragt werden. Diese Regelung wurde mit der Motion Theiler noch einmal gestärkt. Die Kommission muss rechtzeitig einbezogen werden, nicht erst dann, wenn die Kredite schon überschritten sind. Das ist nicht nur eine Frage der Sorgfalt, sondern auch der politischen Kultur. Trotzdem steht für uns fest: Der Nachkredit ist notwendig, das Geld ist ausgegeben. IBE ist mit zusätzlichen Aufgaben betraut worden, ohne dass immer klar war, wie diese finanziell abgedeckt werden sollen. In gewissen Bereichen wurde die Organisation auch unter erheblichem Zeitdruck zum Handeln gezwungen. Diese Realität können und wollen wir nicht ignorieren, die Begründungen sind für uns daher grundsätzlich nachvollziehbar. Aus diesem Grund empfiehlt euch die Kommission mit 9 Ja-

bei einer Nein-Stimme und 0 Enthaltungen die Annahme der Vorlage. Gleichzeitig fordern wir IBE nachdrücklich auf, künftig vorausschauender zu planen und frühzeitig zu informieren und bei künftigen Nachkrediten für eine transparente Darstellung zu sorgen. Denn gerade in Zeiten knapper öffentlicher Mittel ist es entscheidend, dass der Stadtrat Vertrauen in die Budgetverantwortung der städtischen Einheiten haben kann. Vielen Dank.

Präsident: Merci, Simone. Gibt es zu diesem Geschäft Diskussionsbedarf? – Dann für die Fraktion SVP, Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Jetzt haben wir wieder so ein Geschäft, einen Nachkredit. Ich habe die Begründung gelesen. Es ist oft einfach Schönfärberei, schöngeschrieben – man hätte das machen müssen, man hätte das nicht vorausgesehen, man hätte das nicht etc. Es kommt mir einfach vor, als wiederhole sich die ganze Erklärerei immer wieder, die ganze Beschwichtigung des Rats, die ganze Auflistung, man könne eigentlich nichts dafür und unvorhergesehene Ereignisse hätten zu dem Mehraufwand geführt. Ich finde es einfach schade, dass man nicht endlich ein bisschen anders vorgeht, dass man auch Konsequenzen zieht, vor allem vielleicht eben auch unter dem Personal, das die Fehlentscheidungen getroffen hat, so dass es zu diesen Mehrkosten geführt hat, dass man den Leuten auf die Finger klopft und nicht einfach denkt: Wir bringen das nachher im Rat schon durch. Die Linken werden uns helfen, dass man das wieder schlank durchbringt, diesen Mehraufwand, den wir hier bereits generiert haben. Und das bringt schlussendlich nichts. Ich kann vielleicht rückblickend etwas sagen. Ich erinnere mich: Open Source für die Verwaltung einzuführen, hat den Steuerzahlen bereits mehrere Millionen Franken gekostet. Das war eine totale Fehlentscheidung, dass man das macht. Ich könnte in der Liste weitergehen. Es bringt einfach nichts. Oder Base4Kids ist zum Beispiel etwas oder Citysoftnet ist auch etwas. Das sind einfach Sachen, mit denen die Stadt sich zu viel auflädt, bei denen sie nicht fähig ist, auf Berndeutsch gesagt, die Probleme nachher richtig lösen zu können, sie auf die Schiene zu bringen, damit sie laufen. Und wenn nachher einfach laufend mehr Geld gesprochen wird, wird das Problem nicht besser, und deshalb werden wir den Kredit ganz klar ablehnen. Danke.

Präsident: Danke, Ueli. Für die Fraktion GFL, Mirjam Roder.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Ich nehme es vorweg, die GFL-Fraktion wird diesem Nachkredit zustimmen. Ich begründe es auch nur deshalb, weil wir uns bei einem anderen Nachkredit, den wir heute später noch behandeln werden, anders verhalten werden, damit unsere unterschiedlichen Verhaltensweisen etwas nachvollziehbarer werden. Wir haben uns, weil doch auch immer wieder Nachkredite kommen und diese teilweise einen gewissen Frust auslösen, intensiver mit dem Thema Nachkredite beschäftigt, und zwar insbesondere mit der Sanktionierung von Nachkrediten, wonach eine automatische Kürzung des Globalbudgets für das nächste Rechnungsjahr in Höhe der fehlbaren Kreditüberschreitung erfolgt, wenn ein Nachkredit nicht rechtzeitig eingeholt oder die zuständige Kommission nicht informiert wurde – wie es auch Simone bereits ausgeführt hat. Die Beurteilung, ob das nun jeweils tatsächlich der Fall ist oder nicht und auch die Umsetzung, ist aber natürlich Sache der Finanzkontrolle. Uns ist es aber trotzdem wichtig, das hier nochmals zu betonen, und dass wir uns auch unserer Aufsichtspflicht als Parlament genügend bewusst sind und dieser gerecht werden, indem wir solche Fälle im Auge behalten. Wie gesagt, stimmen wir diesem Nachkredit

zu, ohne eine Sanktionierung gemäss Lex Theiler zu fordern. Eine Ablehnung wäre ohnehin rein symbolisch, da das Geld bereits ausgegeben wurde. Und der Grund, weshalb wir den Nachkredit auch nicht rein symbolisch ablehnen, ist der, dass wir die Gründe dafür inhaltlich nachvollziehbar finden. Gerade bei der Informatik ist es besonders schwierig, exakt zu budgetieren, und es wurden konkrete Learnings und Massnahmen daraus abgeleitet. Zudem geht es hier wirklich nicht um einen riesigen Betrag, das kann man vom nächsten Nachkredit beim folgenden Traktandum definitiv nicht behaupten, aber auch dort sind die Gründe nachvollziehbar und es handelt sich ausserdem um Heiz- und Betriebskosten, bei denen die Sanktionierung von Nachkrediten ohnehin nicht greifen würde. Deshalb noch einmal: Wir werden sowohl diesem als auch dem folgenden Nachkredit zum Verwaltungsvermögen der Immobilien zustimmen. Merci.

Präsident: Merci, Mirjam. Für die Mitte-Fraktion, Michelle Steinemann.

Michelle Steinemann (Mitte) für die Fraktion: Die Mitte-Fraktion wird dem Nachkredit zustimmen. Trotzdem wollen wir die ausdrückliche Kritik anbringen, dass das Geld einfach schon wieder ausgegeben worden ist, bevor wir informiert worden sind. Darum fordern wir, was sowieso schon gilt, und zwar eine frühzeitige Information und Kommunikation, eine verbesserte Budgetierung und auch ein regelmässiges und transparentes Controlling, das eigentlich eine Selbstverständlichkeit in jedem Geschäft sein sollte und dann auch als Konsequenz eine grössere Strenge, um die Budgets in allen Bereichen einzuhalten. Ausserdem muss aus unserer Sicht die Personalstrategie überarbeitet werden zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Es kann nicht sein, dass immer wieder auf teure Personalagenturen zurückgegriffen werden muss und auf externes Personal, das ein x-Faches mehr kostet als internes Personal. Darum braucht es interne langfristige Lösungen bei der Stadt Bern auch als Arbeitgeber im Informatikbereich. Wir begrüssen, dass schon Massnahmen definiert worden sind, und wir freuen uns, wenn wir deren Umsetzung erleben. Danke.

Präsident: Merci, Michelle. Für die Fraktion GLP-EVP, Debora Alder-Gasser.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Fraktion: Wie wohl die allermeisten in diesem Saal stehen wir Nachkrediten grundsätzlich kritisch gegenüber. Nachkredite reduzieren den finanziellen Handlungsspielraum und stehen für eine reaktive statt vorausschauende Finanzpolitik. Trotzdem wird unsere Fraktion diesem vorliegenden Nachkredit zum IBE-Global Budget 2024 zustimmen. Die Mehrkosten sind für uns nachvollziehbar, da sie auf der Inanspruchnahme von externer Unterstützung, Mehraufwänden durch Reorganisation, zusätzlichen Lizenzanforderungen sowie nicht realisierten Erträgen beruhen. Entscheidend für unsere Zustimmung ist aber nicht nur die Begründung, sondern vielmehr der Umgang mit dieser Situation. Wir begrüssen die Tatsache, dass seitens IBE klare Massnahmen definiert wurden, um solche Fälle in Zukunft zu vermeiden: verbesserte Budgetplanung, eine langfristige Personalplanung, kontinuierliches Projektcontrolling und ein zielführender Umgang mit Dienstleistungsverträgen. Diese Schritte begrünnen wir. Diskussionsstoff lieferte in unserer Fraktion jedoch vor allem der Entscheid über die neue Verrechnungsmethodik. Grundsätzlich begrünnen wir, dass dieses zentrale Vorgehen zum einen zu mehr Kostentransparenz führt und zweitens eine übergeordnete Sicht auf die Kostenentwicklung erlaubt. Wenig Verständnis haben wir aber dafür, dass Nachkredite zentralisiert werden, während die effektiven Kosten weiterhin dezentral bei den Dienststellen verrechnet werden. Diese Trennung erschwert eine wirksame Steuerung, weil die Gesamtsicht fehlt. Eine zentrale Kostenübersicht ist nur

dann von Nutzen, wenn sie mit einer klaren Verantwortung einhergeht. Wir sehen hier die Gefahr, dass die Zentralisierung der Nachkredite zu einer Verwässerung der Verantwortung in den Dienststellen führt, und das muss unbedingt verhindert werden. Wir erwarten deshalb, dass IBE die zentrale Steuerung nicht nur als ein technisches Instrument einsetzt, sondern aktiv dafür nutzt, gemeinsam mit den Dienststellen eine haushälterische Ausgabenpolitik zu fördern. Eine zentrale Sicht auf die Zahlen nützt wenig, wenn es auf die Kosten der Verantwortung in und zwischen den Dienststellen geht.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SP-JUSO, Judith Schenk.

Judith Schenk (SP) für die Fraktion: Das meiste wurde bereits gesagt. deshalb wiederhole ich in aller Kürze die wichtigsten Punkte, die meine Vorredner*innen bereits erwähnt haben. Es gilt deutlich hervorzuheben, dass solche intransparenten Kostenaufstellungen weder in den Kommissions- noch in den Stadtratsunterlagen länger akzeptabel sein dürfen. Die rechtzeitige Kommunikation an die verantwortlichen Gremien ist eine verbindliche Vorgabe und muss gemäss Artikel 140 Absatz 3 der Gemeindeordnung eingehalten werden. Die Gründe für den Nachkredit hingegen sind nachvollziehbar und der Thematik sowie aktuellen personalpolitischen Problematiken geschuldet, und die SP-JUSO-Fraktion wird diesen Zusatzkredit annehmen. Merci.

Präsident: Merci. Als Nächstes für die FDP-Fraktion, Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Im Namen der FDP-Fraktion nehme ich zum vorliegenden Nachkredit für das Globalbudget 2024 von Informatik Stadt Bern Stellung. Und ich sage es gleich vorweg: Wir lehnen die Vorlage ab. Wir tun das nicht, weil wir die Herausforderungen im Bereich der städtischen Informatik grundsätzlich infrage stellen. Wir sehen, dass die Anforderungen hoch sind, dass Fachkräftemangel, neue Projekte und Sicherheitsanforderungen echte Belastungen darstellen. Unsere Kritik richtet sich daher nicht primär gegen IBE oder die neue Gemeinderätin. Was uns jedoch stört und was uns zu diesem Nein veranlasst, ist die über Jahre eingeschliffene Nachkreditpraxis des bisherigen alten Gemeinderates. Wir beobachten eine Entwicklung, in der Nachkredite nicht mehr als Ausnahmen, sondern zunehmend als Teil der normalen Finanzführung verstanden werden. Das untergräbt die Bedeutung der Budgetierung und letztlich auch die finanzpolitische Steuerung durch dieses Parlament. Dass die Kommission erst spät über die Budgetüberschreitung informiert wurde, ist für uns ein weiteres Indiz dafür, dass Transparenz und frühzeitige Kommunikation nicht den Stellenwert haben, den sie haben sollten. Artikel 140 Absatz 3 der Gemeindeordnung ist zu Recht durch dieses Parlament gestärkt worden, durch die Motion Theiler. Es braucht eine Kultur, in der man den politischen Willen zur Budgetdisziplin auch ernst nimmt. Mit dem Wechsel im Gemeinderat bietet sich nun die Chance für einen Neuanfang. Wir setzen auf einen klaren Kurswechsel hin zu mehr Planbarkeit, Verlässlichkeit und sparsamer Mittelverwendung. Gerade deshalb halten wir es für richtig, heute ein Zeichen zu setzen. Die FDP-Fraktion lehnt den Nachkredit ab. Vielen herzlichen Dank.

Präsident: Gibt es zu diesem Geschäft Einzelvoten? Bitte alle jetzt anmelden, die noch ein Einzelvotum halten möchten. Für ein Einzelvotum, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Man weiss, dass die Stadt Bern schwer verschuldet ist, dass wir Finanzprobleme haben. Und immer wird das gleiche Spiel gespielt, fast wie beim Monopoly-Spiel, immer die gleiche Runde. Man hat ein Budget,

man budgetiert, man verbudgetiert und schlussendlich hat man die Budgetdisziplin nicht eingehalten. Zu jedem Geschäft, das aus der Informatik kommt, braucht es einen Nachkredit. Und ich habe diese Nachkredite langsam satt. Und ich hoffe, dass das Parlament einmal ein bisschen Mut hat, dass man jetzt einmal wirklich ein Zeichen setzt und entsprechend die Nachkredite ablehnt. Das wird zur Wirkung haben, dass man nachher ein bisschen besser budgetiert, genauer budgetiert und auch die entsprechende Disziplin einhält. Deshalb bin ich ganz klar dafür, dass man jetzt wirklich ein Zeichen setzt und den Nachkredit ablehnt.

Präsident: Ich habe vorhin darum gebeten, dass ihr euch anmeldet. Ich wäre wirklich froh, wenn das jetzt nicht wieder einreisst. Also, wenn ich euch bitte, euch anzumelden als Einzelsprechende, dann tut das bitte, damit wir eine geordnete Sitzung haben. Als letzter Einzelsprecher, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Nur ganz kurz. Ich danke meinen Vorrednern, die das auch klar kritisiert haben. Für mich ist etwas entscheidend. Schaut, was die Stadt bei diesem Nachkredit für ein Fazit zieht: Verbesserte Budgetplanung, Berücksichtigung von Pufferbudgets für unvorhergesehene Aufwände. Zweitens: Langfristige Personalstrategie, verstärkte Investitionen, interne Nachwuchsgewinnung, strategische Personalplanung. Drittens: kontinuierliches Projektcontrolling, regelmässige Überprüfung von Projekten, um über unvorhergesehene Anordnungen frühzeitig zu informieren. Viertens: Optimierung der Dienstleistungsbeziehungen, Abschluss langfristiger Verträge mit externen Dienstleistern zur Kostenstabilisierung. Ich habe euch das jetzt einmal vorgelesen. Ich glaube, jeder, der Informatik kennt, weiss: Das sind eigentlich die Basics – und damit wird jetzt das Fazit begründet. Ich stelle einfach fest: Die Stadt Bern kann Informatik nicht, es kommt nicht gut heraus, ich danke all denen, die nein stimmen, denn wenn man nicht einmal diese einfachen Sachen beherrscht, diese Grundsätze, und man das braucht für eine Begründung eines Nachkredits, dann muss man einfach jetzt einmal den Mut haben, nein zu stimmen. Ich schliesse mich meinem Vorredner an.

Präsident: Dann hat das Wort für den Gemeinderat, Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Ich danke auch hier der Referentin Simone Richner für die Vorstellung des Geschäfts, auch wenn sie dann in einem gepfefferten Fraktionsvotum das Geschäft entgegen der vorberatenden Kommission ablehnt. Der Nachkredit bei IBE, es wurde gesagt, ist einerseits eine Folge fehlender interner Ressourcen. Nun, wie sind diese entstanden? Sie sind entstanden, weil man Stellen nicht besetzen konnte, weil der Arbeitsmarkt diese Fachkräfte nicht hergegeben hat. Und so war man gezwungen, auch kritische Aufgaben bezüglich der Security und der Architektur an Externe auszulagern. Das kostet sehr viel Geld, auch das wissen alle, die schon auf dem IT-Markt Fachkräfte beschafft haben. Zudem kamen dann auch noch krankheitsbedingte Ausfälle dazu, die ebenfalls zu einem vermehrten Bezug von Externen führten. Nun, Sie haben natürlich Recht, das muss man in Zukunft verhindern können und damit rechnen können. IBE wird deswegen auch die erwähnten Massnahmen umsetzen. Im Fokus, ich betone es noch einmal, es wurde auch schon ein paar Mal gesagt, steht eben diese langfristige Personalstrategie, damit man nicht budgetierte externe Kosten minimieren kann. Es gibt zum Beispiel jetzt, das wurde neu initiiert, ein Juniorprogramm, um die Leute auch aufzubauen und an die Arbeitgeberin zu binden. Und als zweites will ich noch einmal hervorheben, die verstärkten Projektcontrollings, die auch Risikomanagement einbeziehen, die dazu dienen sollen, Unvorhergesehenes wirklich

auch früher identifizieren zu können. Nun, es gibt aber noch einen zweiten Grund: Das sind die zusätzlichen Bestellungen aus den Direktionen. Und auch hier wurden Massnahmen ergriffen. Nämlich wurde schon vom alten Gemeinderat das neue Verrechnungsmodell eingeführt. Mit dem neuen Verrechnungsmodell soll es eben genau möglich sein, dass IBE die IT-Bedürfnisse aus den Direktionen künftig stärker prüfen kann. Das umfasst die Beurteilung der Kosten, die Finanzierung, aber eben auch die Prüfung von Alternativen sowie der Notwendigkeit der jeweiligen Vorhaben und ihren Umfang. Nun sind wir einfach in einem Übergangsjahr. Das im Jahr 2024 beschlossene neue IT-Verrechnungsmodell wird halt erst ab Budget 2026 wirksam. Das heisst, wir sind jetzt in den Jahren 2024 und 2025 in diesen Übergangsjahren. Und bis das neue Verrechnungsmodell dann greift, wird dieser Nachkredit jetzt nötig, so wie ihn die FPI beantragt. Es ist aber auch klar die Meinung des neuen Gemeinderats, dass das neue Verrechnungsmodell als Basis dienen soll, damit in der Budgetierung dann halt eben die Plan- und die Ist-Kosten tatsächlich auch übereinstimmen. Ich bitte Sie, diesem Nachkredit zuzustimmen. Vielen Dank.

Präsident: Vielen Dank. Wir kommen somit zur Abstimmung über diesen Nachkredit. Wer dem Geschäft zustimmen will, stimmt grün, wer es ablehnt, rot.

Abstimmung Nr. 008

2025.FPI.0016

Annahme

Ja	60
Nein	12
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dem vorliegenden Geschäft zugestimmt.

2025.FPI.0019

7 Immobilien Verwaltungsvermögen; Nachkredit für die Heiz- und Betriebskosten (HBK) der Perioden 2022/23 und 2023/24

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 7, auch hier wieder richtig, ein Sachgeschäft ohne Referendum: Immobilien Verwaltungsvermögen, ein Nachkredit für die Heiz- und Betriebskosten (HBK) der Perioden 2022/23 und 2023/24. Ich erteile das Wort für die vorberatende Kommission RWSU, Lena Allenspach.

Lena Allenspach (SP) für die Kommission: Es geht um einen weiteren Nachkredit, und zwar, wie schon gesagt wurde, für die Heiz- und Betriebskosten der Perioden 2022/23 sowie 2023/24. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat einen Nachkredit von 10'284'509 Franken zum Budget 2024. Trotz der Grösse des Nachkredits sind die Gründe für die höheren Kosten für die Kommission nachvollziehbar. Ein wesentlicher Grund ist die Kostenzunahme durch das stetige Wachstum des Immobilienportfolios im Verwaltungsvermögen, insbesondere auch bei den Schul- und Sportanlagen. Gerade bei der neuen Schwimmhalle fehlte der Stadt ein Referenzobjekt. Und die Kosten für Fernwärme, Strom und Wasser wurden dort auch unterschätzt. Hinzu kommen die allgemeine Teuerung und die gestiegenen Energiepreise auch durch den Ukrainekrieg.

Und ein weiterer Grund ist auch, dass die Akontozahlungen nach FIT 2 (Finanzierungs- und Investitionsprogramm) tiefer angesetzt worden sind, weil man hier erfahrungsgemäss immer einen Überschuss hatte und man sie an die realen Kosten angleichen wollte. Nun steht bereits im Vortrag, dass die Akontozahlungen jetzt angehoben werden. Und die Kommission empfiehlt dem Stadtrat deshalb auch einstimmig die Annahme des Nachkredits, auch wenn wir bei der Höhe dieses Nachkredits wirklich schwer schlucken mussten.

Und ich hänge noch gleich das Fraktionsvotum an. Auch die SP-JUSO-Fraktion wird den Nachkredit annehmen, auch wenn es wirklich sehr ärgerlich ist, dass wir Nachkredite in dieser Grössenordnung stattgeben müssen, während wir in der Budgetdebatte angehalten sind, jeden Franken zweimal umzudrehen. Danke.

Präsident: Merci. Gibt es weitere Fraktionsvoten zu diesem Geschäft? – Dann hat für die Fraktion GLP/EVP das Wort, Gabriela Blatter.

Gabriela Blatter (GLP) für die Fraktion: Dieser Nachtragskredit reiht sich ein in eine Reihe von unschönen Nachtragskrediten. Wir haben es von den verschiedenen Fraktionen und Einzelsprecher*innen vorher schon gehört. Wir haben Verständnis für den unvorhersehbaren Kostentreiber Ukraine-Krieg in diesem Kontext und die jährlichen saisonalen Schwankungen, die insbesondere im Heizbereich schwierig vorherzusehen sind. Aber wir haben wenig Verständnis für das schlechte Gesamtkostenmanagement, die schlechten Prognosen, zum Beispiel bei der Schwimmhalle. Okay, die Stadt Bern hatte keine Neufeldschwimmhalle, aber es gibt durchaus Schwimmhallen in anderen Gemeinden von vergleichbarer Grösse. Und deren Prognosen hätte man beiziehen können bei der Prognose der Akontozahlungen. Und wir wussten, dass diese Schwimmhalle kommt. Sie war seit Jahren geplant. Wir sind auch sehr irritiert, insbesondere über die 30% Mehrausgaben im Kredit, welche auf die Pseudo-Sparmassnahmen von FIT zurückgehen. Pseudo insofern, als man es einfach angeglichen hat, buchhalterisch, ohne im Heizkostenbereich wirkliche Massnahmen zu ergreifen. Das wäre durchaus möglich gewesen. Man kann flächendeckende Smartmeter einsetzen. Man kann flächendeckend 1-2 Grad weniger heizen. Das führt zu tieferen Heizkosten. Das wären Massnahmen, die bei Heizkosteneinsparungen ergriffen werden sollten und nicht einfach nur eine buchhalterische Rechnungsbilanz, die dann am Ende trotzdem zu Mehrausgaben führt und eben nicht zu den angegebenen Kostensenkungen, wie das dann vom Gemeinderat kommuniziert wurde. Wir sind uns bewusst, dass das Geld schon ausgegeben ist. Und eine Ablehnung im Bereich der Heizkosten, die Kollegin aus der GFL hat es schon erwähnt, ist wenig zielführend. Aber unser Unmut insbesondere über die Pseudosparmassnahmen und das schlechte Kostenmanagement ist gross. Wir verlangen ein zentrales, besseres Management und eine Korrektur der Akontoforderungen, wie auch bereits im Vortrag erwähnt. Und um unserem Unmut sichtbar zu machen, werden wir uns bei diesem Geschäft enthalten.

Präsident: Für die FDP-Fraktion, Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Im Namen der FDP-Fraktion darf ich auch Stellung zu diesem Nachkredit nehmen. Und ich sage es auch hier gleich vorweg: Wir lehnen auch diesen Nachkredit ab. Was uns hier erneut begegnet, wie bereits beim Geschäft zu IBE, ist das Resultat einer Finanzpolitik, die sich zu stark auf Korrekturen im Nachhinein verlässt, anstatt verlässlich im Voraus zu planen. Ja, die gestiegenen Energiepreise, die Teuerung und das wachsende Immobilienportfolio sind Fakten, aber

sie kamen nicht über Nacht. Dass nun für 25 Dienststellen Nachzahlungen in der Höhe von über 10 Mio. Franken notwendig sind, zeigt, dass die Anpassung der Akontozahlungen über Jahre hinweg zu zögerlich und zu optimistisch erfolgt ist. Wer eine Akontozahlung systematisch senkt, obwohl sich das Portfolio laufend vergrössert, der produziert zwangsläufig eine Finanzierungslücke und damit Nachkredite. Genau das ist passiert und genau das kritisieren wir. Die Budgetierung muss der Realität vorgreifen, nicht ihr hinterherlaufen. Es kann nicht sein, dass Jahr für Jahr Millionen nachträglich bewilligt werden müssen, weil strukturelle Entwicklungen nicht rechtzeitig abgebildet wurden. Das untergräbt das Vertrauen in unsere finanzpolitische Verlässlichkeit. Die FDP-Fraktion lehnt den Nachkredit ab, nicht weil wir gegen Kostenwahrheit sind, sondern weil wir für Budgetwahrheit stehen. Wir erwarten vom neuen Gemeinderat eine Kehrtwende hin zur präzisen Planung, hin zu mehr Disziplin, hin zu einem echten Umgang mit Teuerung und Wachstum und weg von dieser sich verfestigenden Nachkreditkultur. Vielen Dank.

Präsident: Merci. Dann hat für den Gemeinderat das Wort, Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Es ist so: Um eine möglichst genaue Kostenwahrheit zu erhalten, werden die Heiz- und Betriebskosten intern den jeweiligen Dienststellen weitergereicht. Und wie Sie das auch kennen von Ihren Wohnungen: Wenn die Kosten höher sind als die Akontozahlungen, ist eine Nachzahlung fällig. Und dann werden meistens diese Nachzahlungen auch in den Globalbudgets kompensiert. Nun sind hier mehrere Faktoren zusammengekommen, zum Teil planbar, zum Teil weniger planbar, wie Sie das schon ausgeführt haben. Ich möchte einfach noch einmal sagen, dass es hier um 2 Perioden geht, weil 2023 wegen eines Systemwechsels auf SAP eine Abrechnungsperiode nicht abgerechnet werden konnte. Nun, aufgrund dieser aussergewöhnlichen Situation, nämlich dass es diese 2 Abrechnungsperioden und die Nachzahlungen in vielen Dienststellen betraf, wurde entschieden, diesen Nachkredit zentral über die FPI laufen zu lassen, anstatt durch die einzelnen Direktionen in ihren Dienststellen. Es gibt Learnings, das ist auch richtig so. Und ich denke, das Hauptlearning ist, dass diese Akontozahlungen bei den Dienststellen ab 2026 wieder realistisch budgetiert werden, damit auch so zumindest die Planungssicherheit ein bisschen besser gewährleistet ist und die Kosten näher bei den vergangenen Perioden liegen.

Präsident: Vielen Dank. Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Nachkredit. Wer dem Nachkredit zustimmt, stimmt grün, wer ihn ablehnt, stimmt rot.

Abstimmung Nr. 009

2025.FPI.0019

Annahme

Ja	49
Nein	11
Enthalten	10

Präsident: Ihr habt dem Nachkredit zugestimmt. Ich habe einen Ordnungsantrag von Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP): Wir haben zu Beginn der Sitzung darüber befunden, dass die Traktanden 17 bis 19 einzeln behandelt werden. Ich möchte hier den Ordnungsantrag

stellen, damit wir aus Effizienzgründen die Redezeit auf 3 Minuten für alle 3 Traktanden beschränken.

Präsident: Wir stimmen ab.

Ordnungsantrag

Corina Liebi

Redezeitbeschränkung auf 3 Minuten bei den Traktanden 17-19.

Abstimmung Nr. 010

Ordnungsantrag

Ablehnung

Ja	25
Nein	42
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt den Ordnungsantrag abgelehnt. Vielleicht kurz zur Erklärung, weil ich nicht sicher bin, ob es deswegen ein wenig Unruhe gab. Gemäss Ratsreglement kann vor der Behandlung jedes Traktandums per Ordnungsantrag eine andere Redezeit verlangt werden.

2019.SR.000321

8 Motion Bernadette Häfliger, Bettina Stüssi (SP): Korrektes Lohnsystem

Präsident: Wir kommen somit zu Traktandum Nummer 8, Begründungsbericht zur Motion "Bernadette Häfliger, Bettina Stüssi: Korrektes Lohnsystem". Dieser Begründungsbericht wurde zur Traktandierung beantragt. Ich erlaube mir die kurze Vorbemerkung, dass wir als Parlament einen solchen Begründungsbericht lediglich zur Kenntnis nehmen. Es geht also nicht darum, noch einmal die Debatte über die Motion zu wiederholen. Und wir werden zum Schluss auch nicht über den Bericht abstimmen. Wie gesagt, wir nehmen diesen Bericht lediglich zur Kenntnis. Er wurde aber, wie gesagt, zur Traktandierung beantragt, und das ist natürlich das gute Recht von euch allen, und somit erteile ich das Wort für die Einreichenden der damaligen Motion, Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP) für die Einreichenden: Ich bleibe heute beim Dialekt, weil es bei dieser Motion um Menschen geht, die nicht Wissensberufen angehören und diese Menschen eben weniger oft Hochsprache reden. Sie verstehen sie zwar natürlich, nicht wie das in der Zeitung kolportiert wurde. Aber wir schaffen mit dem, dass wir hier in der Standardsprache sprechen, meiner Meinung nach eine unnötige Distanz. Der Begründungsbericht zeigt auf, wie die Stadt bisher bei der Überarbeitung des aktuellen Lohnsystems vorgegangen ist. Besten Dank für diesen Einblick. Und der Bericht zeigt ebenso auf, ohne Begründung zwar, dass bei dem Vorgehen keine der Forderungen unserer Motion umgesetzt worden ist, obwohl die Motion vom Stadtrat mit grosser Mehrheit überwiesen worden ist. Die erste Forderung nach gleicher Gewichtung der verschiedenen Anforderungen soll auch zukünftig nicht umgesetzt werden, obwohl das mit dem von der Stadt Bern angewendeten Systems Abakaba ohne weiteres möglich wäre.

Ich habe selber schon mit Abakaba gearbeitet und die in der Motion geforderte Gleichwertigkeit von unterschiedlichen Anforderungen in einem Lohnsystem durchgesetzt. Es besteht also absolut kein sachliches Hindernis. Der Gemeinderat hat sich aber offensichtlich aus politischen Gründen dazu entschieden, die Motion nicht umzusetzen und weiterhin physische und psychisch-psychosoziale Anforderungen im städtischen Lohnsystem tiefer zu bewerten als beispielsweise intellektuelle Anforderungen. Diese Logik entspringt dem Werteraster der alten Griechen, die körperliche Arbeit, Sklaven, und kurativ-psychosoziale Tätigkeiten ebenfalls unbezahlt den Frauen zugewiesen haben. Ein traditionell kapitalistisches System also, das auch in der heutigen Zeit immer noch zu grossen Lohnunterschieden, beispielsweise zwischen Handwerks- und sogenannten Wissensberufen, aber auch zwischen Frauen und Männern führt. Die sogenannten unerklärbaren Lohndifferenzen zwischen Männern und Frauen sind insbesondere auf diese Logik zurückzuführen. Der Erfahrungshintergrund vieler der sogenannten Frauenberufe liegt eher im psychosozialen Anforderungsbereich. Ihnen wird deswegen traditionellerweise weniger Verantwortung zugesprochen. Daran will der Gemeinderat offensichtlich nichts ändern. Während der Corona-Pandemie ist viel über systemrelevante Berufe gesprochen und dabei festgestellt worden, dass diese Tätigkeiten trotz grosser gesellschaftlicher Relevanz in der Regel schlecht entlohnt sind. In die gleiche Logik passt, dass in der Schweiz zwar nach wie vor die Bedeutung der Berufslehre hochgelobt wird und gleichzeitig die Berufe im eben beschriebenen Werteraster deutlich tiefere Löhne generieren als die sogenannten Wissensberufe. Berufslehren weisen denn auch in den letzten Jahren einen Kaufkraftverlust aus. Mich überrascht dann jeweils, dass man sich wundert, wieso die Berufslehre immer mehr an Attraktivität verliert; ein Widerspruch, der in unserer Volkswirtschaft zu einem immer grösseren Fachkräftemangel in sogenannten systemrelevanten Tätigkeiten führt. Dass der Gemeinderat auch zukünftig an dieser aus meiner Sicht nicht nur ungerechten, sondern sachlich nicht begründeten Methodik festhalten will, ist unter dem Aspekt der digitalen Transformation besonders interessant. Sogenannte intellektuelle Anforderungen, die sich im Ausbildungsabschluss niederschlagen, verlieren mit den Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz eher an Relevanz. Dagegen werden die Fähigkeiten, agil und adäquat rasch auf veränderte Situationen zu reagieren, emotionale Intelligenz, Kreativität und Mut zu eigenständigem Handeln und Denken in traditionellen Lohnsystemen bis heute kaum abgebildet oder honoriert. Weil der Gemeinderat die Überarbeitung des Lohnsystems aufgrund anderer Prioritäten für den Moment zurückgestellt hat und die neue Direktionsvorsteherin hoffentlich diesen Fragen eher zugänglich ist als der alte Gemeinderat Aebersold, besteht zumindest die Hoffnung, dass solche Aspekte bei einer anfalligen späteren Überarbeitung des Lohnsystems berücksichtigt werden könnten. Sonst haben wir ja von Seiten des Stadtrates immer noch die Möglichkeit, die Forderungen der Motion über eine Teilrevision des Personalreglements durchzusetzen. Man weiss, dass bei der Bewertung einer Funktion und deswegen beim Festlegen von Löhnen der eigene Ausbildungs- und Erfahrungshintergrund eine entscheidende Rolle spielt. Man bewertet seine eigenen Fähigkeiten tendenziell zu hoch, während man Berufe, die ganz andere Anforderungen stellen, als man selbst mitbringt, in der Tendenz zu tief bewertet werden. Aus diesem Grund wäre es wichtig, die Bewertung einer Richtlinienfunktion immer in einem gut durchmischten Gremium unter Beizug einer starken Personalvertretung vorzunehmen. Der Gemeinderat wählt jetzt genau eine umgekehrte Version und überlässt die Funktionslohnbewertung einem neu geschaffenen Einreihungsgremium, das ausschliesslich aus HR-Personen besteht. Erfahrungsgemäss vermögen HR-Leute gerade in einem so grossen und von der Tätigkeit daher sehr divers aufgestellten Betrieb wie das die Berner Stadtverwaltung ist, das Anforderungsprofil der meisten Berufe gar

nicht richtig zu erfassen. Das gleiche Phänomen stellt man übrigens fest, wenn man die Einreihung nur durch Kaderleute vornehmen lässt, die unter Umständen gar nie in diesem Beruf gearbeitet haben. Das ist ja auch nicht wirklich eine überraschende Erkenntnis, denn es stimmt halt schon, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt. Die paritätische Einreihungskommission, die es in der Stadt schon gäbe, und die den Einbezug der Personalvertretung garantieren würde, wird durch den Schildbürgerstreich des Gemeinderates eigentlich ausgeschaltet. Dass der Gemeinderat der Stadt Bern ein Problem mit dem Mitspracherecht des Personals und mit der Sozialpartnerschaft hat, ist in diesem Rat schon mehrfach diskutiert worden. Wahrscheinlich sollte man einmal eine Anzeige gegen die Stadt Bern bei der ILO (International Labour Organization) prüfen, damit die Forderung nach einer echten Mitsprache des Personals endlich umgesetzt wird. Wirtschaftsdemokratie wäre eigentlich ein ganz wichtiges Thema, nicht nur um die Motivation der Mitarbeitenden zu stärken, sondern auch um die Partizipation der Betroffenen zu fördern. Das wäre umso wichtiger, weil das städtische Personal zum Beispiel anders als die Lehrer*innen ja auch von den politischen Prozessen ausgeschlossen wird. Mein Fazit ist, dass der Gemeinderat nicht gewillt ist, auch nur eine der Forderungen in der Motion umzusetzen, die vom Stadtrat überwiesen worden ist. Der Gemeinderat verzichtet darauf, diesen Entscheid zu begründen – für mich ein weiteres Beispiel dafür, dass unsere Exekutive den Willen des Parlaments nicht allzu ernst nimmt.

Präsident: Fraktionsvoten zu diesem Geschäft? – Das ist nicht der Fall. Gibt es ein Einzelvotum? – Auch nicht der Fall. Wünscht die Gemeinderätin das Wort? – Für den Gemeinderat, Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Ich erlaube mir eine kurze Bemerkung zu diesem Begründungsbericht des Gemeinderats. Der Gemeinderat hat beschlossen, das nun bereits 30-jährige städtische Lohnsystem zu überarbeiten. Ein Test mit Abakaba hat ergeben, dass mit diesem Instrument die Struktur gegenüber heute gleichbleibend wäre. Wer also eine Veränderung respektive eine Modernisierung möchte, braucht also einen anderen Ansatz. Der Stadtrat hat eine stadtweite Einreihungskommission eingesetzt, ein paritätisches Gremium, das eine direktionsübergreifende Praxis aufbauen und das heutige Chaos ein bisschen harmonisieren soll. Damit entsteht überhaupt erst eine Grundlage für eine fundierte, seriöse sowie auch zielgerichtete und zielorientierte Überarbeitung des aktuellen Lohnsystems.

Präsident: Vielen Dank. Wir nehmen den Begründungsbericht ohne Abstimmung zur Kenntnis.

2025.TVS.0030

9 Tiefbauamt: Erneuerung SharePoint; Projektierungs- und Ausführungskredit

Präsident: Wir sind somit bei Traktandum Nummer 9, übrigens das letzte Traktandum von Gemeinderätin Melanie Mettler. Du wärst somit entlastet, wenn du gehen möchtest. Du darfst natürlich so lange bleiben, wie du möchtest. Aber wir sind bei Traktandum Nummer 9, einem Sachgeschäft ohne Referendum, Tiefbauamt, Erneuerung

Sharepoint, Projektierungs- und Ausführungskredit. Ich erteile das Wort für die vorbereitende Kommission PVS an Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die Kommission: Ich probiere, mich kurz zu halten, weil das Projekt in der Kommission unbestritten war. Es geht um einen Kredit von 400'000 Franken für die Überführung und teilweise auch Neuentwicklung von Automatisierungen innerhalb der TVS. Vor allem geht es darum, diese dann eben auf das neue SharePoint-respektive Microsoft-365-System zu wechseln und neu zu programmieren. Es geht dabei aber eben auch darum, dass man auf die neue gemeinsame IT-Plattform der Stadtverwaltung wechselt. Die ganzen Anwendungen, die es heute schon gibt, laufen nämlich auf einer veralteten Sharepoint-Version mittels eines weiteren nicht ganz kostengünstigen Tools und sollen eben jetzt mit einer neuen Plattform effizienter und dann auch günstiger betrieben werden können. Damit sollen danach Kosten gespart werden können, insbesondere eben auch, weil ein Tool benutzt wird, das quasi diese Automatisierungsmöglichkeiten schon beinhaltet. Ein Beispiel für solche Schnittstellen sind Reminder, Fristen, Erinnerungen, automatisch generierte Dokumente, zum Beispiel im Bereich der Verwaltung von Abwasseranlagen von Privaten. Falls ihr in eurem beruflichen Leben schon einmal mit Businessprozessen und Automatisierungen zu tun hattet, wisst ihr auch, dass das immer ein wenig komplex ist und nicht ganz günstig. Hier handelt es sich aber um einen ziemlich sinnvollen Rahmen, fand die PVS und ist deshalb einstimmig der Meinung, dass dieser Kredit zielführend ist und empfiehlt euch deshalb die Annahme. Vielen Dank.

Präsident: Merci, Dominik. Es wurde gesagt: Es war absolut unbestritten in der vorbereitenden Kommission. Gibt es dennoch Diskussionsbedarf zu diesem Geschäft? – Das ist nicht der Fall. Möchte der Gemeinderat etwas sagen? – Der Gemeinderat verzichtet. – Ist dieses Geschäft bestritten? Es ist bestritten, dann stimmen wir ab über den Kredit. Wer dem Kredit zustimmen will, stimmt grün, wer ihn ablehnt, stimmt rot.

Abstimmung Nr. 011

2025.TVS.0030

Annahme

Ja	63
Nein	0
Enthalten	3

Präsident: Der Kredit wurde angenommen.

2025.TVS.0042

10 Sanierung Giacomettistrasse; Kredit (Anteil Stadt Bern)

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 10. Auch das ist ein Sachgeschäft ohne Referendum. Es geht um die Sanierung der Giacomettistrasse, den Kredit für den Anteil der Stadt Bern. Für die vorbereitende Kommission PVS erteile ich das Wort, Timur Akçasayar.

Timur Akçasayar (SP) für die Kommission: Die Vorberatende Kommission PVS empfiehlt euch einstimmig, den Antrag des Gemeinderates für den Kredit von 950'000 Franken für die Sanierung der Giacomettistrasse anzunehmen. Die Giacomettistrasse dient als Deckel einer privaten Einstellhalle. Aufgrund einer vertraglichen Verpflichtung ist die Stadt Bern verpflichtet, diesen Strassenabschnitt zu sanieren, sobald die darunterliegende private Einstellhalle instandgesetzt wird. Der Gesamtaufwand des Projekts beläuft sich auf 3 Mio. Franken und der Pflichtanteil ist eben etwas mehr als 900'000 Franken. Die Stadt übernimmt diese Verpflichtung und hat auch vertraglich sichergestellt, dass das Risiko und die zusätzlichen Kosten nicht bei ihr hängenbleiben, sondern die Verantwortung bei den privaten Eigentümern ist. Die geplanten Massnahmen seitens der Stadt umfassen die Behebung baulicher Mängel einschliesslich der Abdichtung der Einstellhalle. Ebenso wird die Bushaltestelle, die dort ist, barrierefrei umgestaltet, wie das heute üblich ist. Weiter sollen auch die Verkehrssicherheit und mit kleinen Massnahmen die Aufenthaltsqualität verbessert werden. Die Bauarbeiten sollen rund 3 Monate dauern und in der zweiten Jahreshälfte 2025 durchgeführt werden. Wie anfangs erwähnt: Dieses Geschäft ist in der Kommission einstimmig durchgegangen und war auch unbestritten. Ihr habt auch noch einen Antrag der PVS, der grossmehrheitlich überwiesen wurde. Bei diesem Antrag geht es darum, zu prüfen, ob weitere Blaue-Zonen-Abstellplätze für den motorisierten Individualverkehr aufgehoben werden können. Aktuell sind nur 2 geplant. Merci für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Vielen Dank, Timur. Gibt es zu diesem Geschäft Diskussionsbedarf? – Den gibt es. Ich bitte alle, die ein Fraktionsvotum halten wollen, sich jetzt anzumelden. Als erstes für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Wenn ihr jetzt erwartet, dass ich eine grosse Philippika gegen das Geschäft halten will, dann täuscht ihr euch. Der Grund, warum ich nach vorne gekommen bin, ist ganz pragmatisch. Ihr habt den Ordnungsantrag gesehen, den ich eingereicht habe. Mir geht es einfach darum: Wenn die Stadt und vor allem auch die linke Ratshälfte immer klar sagt "Stadtteilpartizipation, Mitwirkung", dann bin ich einfach der Meinung, es sei für die Leute nicht motivierend, wenn wir am 6. Mai eine Sitzung traktandiert haben – ich glaube, 30 oder 40 Minuten sind für das Geschäft vorgesehen –, und dann kann man in der Zeitung lesen, dass alles schon entschieden ist. Und da bin ich einfach der Meinung: Wenn ihr wirklich eine Stadtteilvertretung, eine Mitwirkung machen wollt, von unten nach oben, dann sollte das unbedingt eben zuerst in der Stadtteilvertretung sein. Ich bin dort auch Mitglied, ich bin dort Delegierter. Da sind Fragen gestellt worden. Ich habe das Gefühl, es hätte durchaus eine Klärung gegeben. Das wäre eben sinnvoll gewesen. Beispielsweise: Wie ist der Verkehr geregelt? Wie ist die Anlieferung für Migros und Coop geregelt? Was geschieht mit dem Bus? Wo fährt der durch? Das wären all diese Fragen. Ich stelle sie jetzt einmal und ich hoffe, die Medien greifen das nachher auf. Aber wir machen einfach nachher in der Stadtteilvertretung quasi eine Akklamation. Wir erfahren nachher noch, was ihr beschlossen habt. Und wenn man es schon in der Zeitung gelesen hat, ist es relativ witzlos, wenn man in der Stadtteilvertretung ein Geschäft daraus macht. Darum, ihr habt es auch gesehen, im Vorfeld habe ich euch das Mail mit dem Entwurf einer Motion zukommen lassen, und zwar, ich will das nicht auf den Kopf stellen, weil ich einfach der Meinung bin: Wir haben jetzt ein paar Fälle gehabt, in denen man nicht zuerst in der Stadtteilvertretung war, sondern zuerst im Stadtrat und in der Kommission. Das war die Parkkartensache in der Altstadt, die Möblierung Dalmaziquai – darüber hat man den Stadt-

teil 3 informiert, den Stadtteil 4 auf der anderen Seite der Brücke nicht –, die Neukonzeption Tierpark; auch das ein wichtiges Geschäft für den Stadtteil 4. Es ist nichts gekommen und jetzt wieder die Giacomettistrasse. Im Sinn einer Verbesserung geht es uns darum, dass man im Grundsatz – es kann immer mal etwas Heikles sein, das man vorziehen muss – eigentlich die Orientierung, die Mitwirkung in den Stadtteilen erfolgen sollte, bevor es in den Kommissionen ist und bevor es im Stadtrat ist. Dann kann man von Mitwirkung reden. Und sonst werde ich euch bei jedem Jahresbericht, wenn ihr wieder lobt, wie ihr Stadtteilpartizipation macht, die Fälle aufzählen und den Finger in die Wunde halten: Hier erfüllt ihr eure Zielsetzung, eure hehre Zielsetzung eben nicht. Die Fragen, die ich stelle, das sind gewisse Sachen des Quartiers. Das ist insbesondere die Anlieferungen für Migros und Coop, die Sicherstellung, wie das mit den Bussen geht, die dort durchfahren. Ich weiss nicht, ob wir hier eine Klarheit bekommen. Ich sage euch ganz klar: Ich werde mich heute enthalten, und zwar nicht, weil ich das Geschäft ablehne. Mir geht es einfach darum, ein Zeichen zu setzen. Wenn wir eine Stadtteilpartizipation haben – da kann man dafür oder dagegen sein –, aber wenn wir sie haben, dann muss sie wirksam sein. Sonst ist es für die Leute relativ entmutigend, wenn man einfach das, was man beschlossen hat, nachher aus der Zeitung lesen kann. Aus diesem Grund wird sich ein grosser Teil unserer Fraktion enthalten. Ich danke euch für das Verständnis. Es ist also nicht eine Kritik am Geschäft, sondern mehr am Ablauf, am Vorgehen.

Präsident: Vielen Dank. Für die Fraktion FDP, Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Nur kurz die Position der FDP-Fraktion, die ich hier zum Besten geben möchte. Also wir lehnen den Antrag, der eingegeben worden ist, selbstverständlich ab. Es ist langsam ein bisschen peinlich. Ihr habt den Parkplatzabbau-Weltmeister gemäss Selbstdeklaration in euren Reihen und dann kommen immer noch neue Anträge, um weitere Parkplätze abzubauen. Mich dünkt es einfach langsam ein bisschen peinlich. Die FDP-Fraktion lehnt das selbstverständlich ab. Für das Geschäft selbst haben wir Stimmfreigabe beschlossen.

Präsident: Vielen Dank. Für die Fraktion SP/JUSO, Timur Akçasayar.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion: Als ich den heutigen Ordnungsantrag zu diesem Geschäft gelesen habe, habe ich mich schon darauf vorbereitet, weil ich gewusst habe, was uns hier blüht. Ich muss dem Vertreter der SVP sagen: Gewisse, in Führungszeichen, "Drohungen" sind sinnlos, denn wir haben, glaube ich, ein anderes Verständnis von Mitwirkungen und Partizipation. Denn wenn ich lese, dass das wenig motivierend sei für die Delegierten, dann muss ich einfach sagen, wenn die Stadt zu mir käme als QBB-Delegierter und von mir eine Mitwirkung bei diesem Projekt wüsste, dann müsste ich sagen, das sei gestohlene Zeit. Denn das ist ein technisches Projekt. Es geht um einen Deckel auf einer Einstellhalle. Es wird nicht ein neuer Strassenraum gestaltet, es wird keine Begegnungszone eingerichtet, es wird keine Velohauptroute gemacht. Bei allen Grossprojekten bin ich mit dir einverstanden. Das sollte zuerst in die Quartierorganisationen kommen und dann in den Stadtrat, aber solche Geschäfte sicher nicht. Das haben wir schon vor den Frühlingsferien einmal diskutiert, und der Kollege Michael Ruefer hat das hier wunderbar gesagt – diesen Satz werde ich nicht vergessen: Sind Quartierorganisationen eine weitere vorberatende Kommission wie die PVS auf Stadtteilebene? So sinngemäss ist das gewesen. Und das kann ja nicht der Sinn und der Zweck sein, dass wir überall solche kleinen Kommissionen haben, denn

die Aufgabe des Stadtrats ist etwas anderes als die der Quartierorganisationen. Bei uns hier geht es darum, den Kredit zu sprechen und auch zu schauen, ob der Vertrag und die Verpflichtungen, die die Stadt hat, korrekt sind, ob das Tiefbauamt seinen Job richtig macht. Dass das Geschäft jetzt auch noch in den Quartiermitwirkung geht, widerspricht der Zielsetzung einer effizienten Mitwirkung. Ja, ihr werdet informiert, wie die Bauphase sein wird, wo der Bus durchgehen soll, was dann mit den Autos ist etc. Das müssen wir nicht hier im Stadtrat behandeln, auch nicht in der Kommission, denn das Tiefbauamt hat ein super Konzept, es nennt sich "Bern baut". Und jetzt mache ich ein bisschen Werbung für das Tiefbauamt, denn es gibt nämlich andere Städte, die von dem inspiriert werden. Dort könnt ihr eigentlich alles nachlesen, was ihr wissen wollt, aber scheinbar interessiert es den Vertreter der SVP nicht. Dass das nachher in der Quartierkommission vorgestellt wird, ist auch richtig. Und dort können nachher auch gewisse Anliegen aufgenommen und vielleicht auch berücksichtigt werden. Aber ich möchte doch sagen: Es ist etwas, das gebaut wird. Und wenn mal diese Strasse gesperrt ist und man einen anderen Weg nehmen muss, dann ist das halt so. Denn es ist auch so: Wenn wir eine Schule sanieren, dann muss man halt auch in ein Provisorium, ob man das jetzt gerne macht oder nicht, sei dahingestellt. Also die SP/JUSO-Fraktion wird dem Geschäft natürlich zustimmen und wir freuen wir uns schon darauf, wenn wir die "Drohung" in der Budgetdebatte haben.

Präsident: Vielen Dank. Gibt es zu diesem Geschäft Einzelvoten? Bitte allfällige weitere Einzelvoten jetzt anmelden. – Als Einzelsprecher, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich sehe mich veranlasst, nach vorne zu kommen, weil man gesagt hat, ich hätte Drohungen ausgestossen. Ich möchte doch ganz klar festhalten. Ich setze mich ein für die Partizipation. Ihr habt das in den Legislaturrichtlinien ganz klar. Man will die Mitwirkung. Und für die Leute im Quartier ist das eben ein wichtiges Geschäft. Das ist jetzt für mich auf meiner Liste nicht das Geschäft des Abends, das ich schwarz markiert habe. Aber wenn ihr die Sache ernst meint und sagt, man soll von unten nach oben die Leute haben, dann kann es doch nicht sein, dass man sagt, das sei nicht so ein wichtiges Geschäft, da müsse man das Quartier nicht abholen, und dann soll die Quartierkommission nachher 40, 45 Minuten darüber tagen. Das ist keine Drohung, aber ich kann sagen, es ist eine Ankündigung. Eine Drohung wäre es, wenn es gegen Leib und Leben gerichtet wäre. Ich habe gesagt, ich würde das im Rahmen des Berichts kritisieren, und ich glaube, das darf man kritisieren. Ich sage einmal mehr: Der starken RGM ist es eben nicht ernst mit der Mitwirkung. Wir haben die Motion, die werden wir heute einreichen. Ich habe mich entschlossen, das zu machen, ein Zeichen zu setzen. Ich bin gespannt, wie ihr euch dazu verhaltet, wenn sie im Stadtrat ist. Ich habe es auch nicht als parlamentarische Initiative gemacht, sondern wirklich als Motion, als Anregung zur Änderung der Gemeindeordnung. Der Gemeinderat soll uns einen Vorschlag machen, wie er diesem Aspekt nachkommen will. Ich habe auch schon mit gewissen Leuten im Gemeinderat geredet. Ich glaube, so quer in der Landschaft steht das wiederum auch nicht, dass man da eine Verbesserung machen muss. Denn man kann nicht auf der einen Seite die hehren Ziele in der Legislaturrichtlinie und in der Legislaturplanung haben, und wenn es darauf abkommt, sagt dann der Gemeinderat: Das ist jetzt ein wichtiges Geschäft, da fragen wir sie, und da fragen wir sie nicht. Deshalb weise ich die Sache der Drohung mit allem Nachdruck zurück. Merci.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher, Timur Akçasayar.

Timur Akçasayar (SP), Einzelvotum: Also eingangs habe ich gesagt: Drohung in Anführungszeichen. Nur, dass das klar ist. Und zur Ehrenrettung von RGM: Ja, wir nehmen Mitwirkung und Partizipation sehr ernst und das ist ein wichtiges Anliegen für uns. Bei diesem Projekt – vielleicht musst du mal die Unterlagen richtig studieren und alles anschauen – kommt die richtige Mitwirkung und Partizipation bei der Umgestaltung des Freudenbergsplatzes mit dem Projekt Bypass. Also die ganz grosse Geschichte, bei der die Bevölkerung wirklich ihre Interessen einbringen kann, kommt noch. Hier bei diesem kleinen Strassenabschnitt von irgendwie 200-300 Metern kannst du also wirklich nicht viel umgestalten für eine bessere Begegnungsfläche.

Präsident: Merci. Dann hat das Wort für den Gemeinderat, Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Als TVS-Direktor seit nun knapp 4 Monaten im Amt erlebt man immer wieder Überraschendes. So staunte ich nicht schlecht, als ich zum ersten Mal vom vorliegenden Projekt erfahren habe. Die Stadt hat der Miteigentümergeinschafts Zentrum Freudenberg im Osten Berns erlaubt, unter der stadteigenen Giacomettistrasse eine Einstellhalle zu bauen. Dazu gibt es einen 56-jährigen Dienstbarkeitsvertrag. Man spricht hier zu meiner Erheiterung nicht von einem Unterbaurecht, sondern von einem unterirdischen Überbaurecht. Im Vertrag steht, dass sich die Stadt bei einer Einstellhallensanierung an den Kosten für die Wiederherstellung der darüberliegenden Giacomettistrasse beteiligen muss. Dies wurde auch vor gut 20 Jahren zum letzten Mal gemacht und ist wegen des Wassereinbruchs in der Halle, Sie haben das gehört, nun erneut dringend nötig. Die Stadt nutzt diese Gelegenheit, um die Bushaltestelle über der Einstellhalle hindernisfrei auszugestalten und verschiedene Aufwertungsmassnahmen im Strassenraum umzusetzen. Wichtig ist: Der Kredit von 950'000 Franken entspricht nur rund einem Drittel der Gesamtkosten. Die restlichen gut 2 Mio. Franken bezahlt die Miteigentümergeinschaft Zentrum Freudenberg. Das ist das Resultat von Verhandlungen zwischen der Stadt und dieser Gemeinschaft. Wichtig ist mir auch noch zu sagen, und das eben auch im Zusammenhang mit dem Ordnungsantrag, dass das Projekt vorgängig im Quartier in Form einer Begehung vorgestellt wurde. Mit der Quartierbevölkerung ist vereinbart, dass nach der Sanierung weitere zusätzliche Bepflanzungs- und Möblierungsmassnahmen ins Auge gefasst werden. Und noch zum Antrag der PVS. Darüber haben wir jetzt auch schon gesprochen. Die Kommission möchte prüfen, ob man bei der Umgestaltung der Giacomettistrasse nicht mehr als die 2 vorgesehenen Parkplätze aufheben könnte. Und da in diesem Stadtteil die Anzahl der Parkkarten viel tiefer ist als die Zahl der Parkplätze – auf 100 Parkplätze gibt es 61 Parkkarten – ist der Gemeinderat bereit, dies noch einmal zu prüfen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Vielen Dank. Wir kommen zur Abstimmung über dieses Geschäft. Als erstes stimmen wir ab über den vorliegenden Antrag gemäss Antragsliste, dem Antrag der PVS zu Traktandum 10. Der Antrag wurde ja vorhin begründet, ihr habt es mitbekommen. Es geht darum, dass geprüft werden soll, ob mehr als 2 Parkplätze aufgehoben werden können. Wer dem Antrag zustimmt, stimmt grün, wer ihn ablehnt, rot.

Antrag 1

PVS

Der Gemeinderat wird aufgefordert, im Rahmen des Projekts zu prüfen, ob nicht mehr als zwei Parkplätze aufgehoben werden können, ohne dass das Projekt verzögert wird.

Abstimmung Nr. 012

2025.TVS.0042: Antrag 1

Annahme

Ja	52
Nein	17
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dem Antrag zugestimmt. Wir kommen somit zur Abstimmung über das Geschäft, über den uns vorliegenden Kreditantrag. Wer dem Kredit zustimmt, stimmt grün, wer ihn ablehnt, rot.

Abstimmung Nr. 013

2025.TVS.0042

Annahme

Ja	58
Nein	6
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt dem Kredit zugestimmt.

2021.TVS.000126

11 Gesamtsanierung Postgasse; Ausführungskredit

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 11, einem Sachgeschäft mit fakultativem Referendum. Es geht um die Gesamtsanierung der Postgasse und den entsprechenden Ausführungskredit dazu. Dazu erteile ich das Wort für die vorbereitende Kommission PVS, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Kommission: Die Postgasse ist als Teil des UNESCO-Weltkulturerbes nicht nur historisch bedeutend, sondern auch funktional ein zentraler Verkehrs- und Begegnungsraum in unserer Stadt. Die geplante Gesamtsanierung ist aus infrastruktureller, denkmalpflegerischer wie auch stadtklimatischer Sicht notwendig und sinnvoll. Die Werkleitungen von EWB sind über 40 Jahre alt und sanierungsbedürftig. Die städtische Mischabwasserleitung stammt gar aus dem Jahr 1927. Durch die koordinierte Planung mit EWB werden Synergien genutzt, ein klarer Vorteil im Vergleich zu früheren Projekten, zum Beispiel der Rathausgasse. Die Pflasterung ist heute uneben, schwer begehbar, nicht barrierefrei und gepflastert mit Asphalt. Künftig wird auch ein einheitlicher Guberstein benutzt, der sowohl dem Altstadtbild gerecht wird, als auch für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Velofahrenden und den Fussverkehr deutlich besser nutzbar ist. Zudem fördert die ungebundene Bauweise die Versickerung von Regenwasser – ein Beitrag zum städtischen Mikroklima. Ein besonderes Augenmerk verdient das Verkehrs- und Parkierungskonzept. Das bestehende Verkehrsregime bleibt in diesem Projekt bestehen. Perspektivisch sollen jedoch Parkplätze reduziert, Veloabstellplätze erweitert und die Aufenthaltsqualität erhöht werden. Die Umsetzung hängt jedoch von laufenden Beschwerdeverfahren ab, wird also mit der nötigen Sorgfalt

weiterverfolgt. Ebenfalls erfreulich ist, dass das Antoniergässli im Rahmen dieses Projekts mitgepflastert wird, ein Anliegen, das der Stadtrat bereits 2018 unterstützt hat. Mobile und feste Sitzgelegenheiten sowie die Entflechtung der Brunnen- und Mischwasserleitungen runden das Projekt sinnvoll ab und führen auch zu Ersparnissen. Die Bauzeit beträgt rund 2 Jahre, die Bauetappen sind so geplant, dass die Zugänglichkeit für Anwohnende, Gewerbe und auch Blaulichtorganisationen gewährleistet bleibt. Der Investitionsanteil der Stadt Bern beträgt rund 5,7 Mio. Franken. Die Kommission hat das Geschäft ausführlich beraten und empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, dem Anführungskredit zuzustimmen. Ergänzend zur Sanierung der Postgasse bittet die Kommission den Gemeinderat, zu prüfen, inwiefern im Randbereich der Gasse kleinteilige Entsiegelungen realisiert werden könnten. Ziel ist es, mehr klimawirksame Fläche zu schaffen und eine einfache, niederschwellige und vor allem auch pflegeleichte Begrünung zu ermöglichen. Danke.

Präsident: Vielen Dank. Es wird ein Fraktionsvotum gewünscht, somit ist Diskussionsbedarf vorhanden. Ich habe dich aber schon ausgeloggt, du müsstest nochmal schnell angemeldet werden als Sprecherin. Bitte weitere Fraktionsvoten jetzt anmelden. – Dann für die Fraktion GFL Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Ich habe noch ein paar Worte von der Fraktion. Die Postgasse ist mehr als eine Strasse. Sie ist Teil unserer historischen Identität, ein alltäglicher Begegnungsraum und ein Raum mit Potenzial für eine zukunftsfähige, quartiernahe Stadtentwicklung. Das Projekt steht exemplarisch für nachhaltige Stadtpolitik in allen 3 Dimensionen: ökologisch, sozial und auch wirtschaftlich. Ökologisch, weil mit der ungebundenen Pflasterung Regenwasser besser versickern kann, ein Beitrag zum Stadtklima und zur Hitzeminderung. Sozial, weil verkehrsberuhigte, attraktive Strassenräume wie die neue Postgasse die Begegnung fördern, Barrieren abbauen und den sozialen Zusammenhalt indirekt stärken. Und wirtschaftlich, weil durch die koordinierte Planung mit EWB Synergien genutzt und Doppelspurigkeiten vermieden werden. Schöner, grüner und gemeinschaftlicher – eine nachhaltige Stadt beginnt aus unserer Sicht dort, wo Menschen sich begegnen, auf Augenhöhe, im Alltag und in einer schönen, angenehmen Umgebung. Wir begrüßen entsprechend auch den Prüfantrag zur kleinteiligen Entsiegelung im Randbereich der Postgasse. Solche Massnahmen können wichtige Erkenntnisse für zukünftige Strassensanierungen liefern, gerade im Hinblick auf Stadtklima, Biodiversität, naturnahe Gestaltung und eben Denkmalschutz. Wir nehmen den Antrag daher an und genauso das Geschäft. Danke.

Präsident: Danke. Für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Die SVP steht dem Geschäft eigentlich positiv gegenüber. Einzig den Antrag der PVS werden wir ablehnen. Der Punkt, wieso wir nach vorne kommen, ist mir eben doch relativ wichtig. Schon mehrmals haben wir Motionen eingereicht zur Sicherstellung der Energieversorgung. Ich habe auch zuerst gedacht, man sollte allenfalls dort Fernwärme machen. Wir haben nachher mit EWB gesprochen, also eine kleine Delegation, und haben die nötigen Gespräche geführt. Und ich habe euch immer gesagt: Bei der Energieversorgung muss man eben immer schauen. Das kann man nicht alles über den gleichen Leisten schlagen. Wir müssen es immer detailliert anschauen. Im Brunnadernquartier, ihr hört es schon, kann man eben keine Wärmepumpen machen, weil man Grundwasser hat. Das geht nicht dort. Und auch in der

Altstadt haben wir gar keine Kapazitäten, meines Erachtens, um Gas dorthin zu bringen. Wir hätten jetzt das Problem Denkmalpflege, Denkmalschutz. Nachher die Leitungen – ihr müsstet irgendwo ein Heizkraftwerk haben, um die Fernwärme zu produzieren. Und dann gibt es Punkte, die kosten. Und dann, das muss man ganz klar sehen, gibt es gewisse Gebiete, wo wahrscheinlich weder Solarpanels noch Wärmepumpen installiert werden können, wo man halt wie bisher mit dem Gas weiterleben muss. Und dann darf man das Gasnetz eben auch nicht stilllegen oder zurückbauen. Der Ansatz ist eben nachher ein Biogas. Und das ist für uns ganz entscheidend, dass man hier situativ nicht alles über den gleichen Leisten schlägt. Wir wollen, dass man das eben mal schwarz auf weiss hat, dass es an gewissen Orten keine Fernwärme gibt. Ich habe gar nichts gegen Fernwärme, ich habe das selber auch angeschaut. Im unteren Kirchenfeld wäre es allenfalls eine Chance, wenn man hier aus der Aare Wärme gewinnen könnte, aber das ist eben nicht möglich. Das geht vielleicht unten im Dalmazi, aber nicht viel weiter oben. Und das ist eben das, was für uns sehr wichtig ist, dass man das Ziel nicht aus den Augen lassen darf, dass man eben nicht irgendwie versucht, etwas durchzudrücken. Deshalb haben wir heute auch eine Interpellation eingereicht. Wer interessiert ist, kann sich gerne anschliessen. Aber ich habe schon bei den anderen Interpellationen gesehen, bei denen wir für das Erhalt des Gasnetzes gekämpft haben: Wir hatten wenig Rücklauf, aber wir sind auch bereit, wenn man mitmachen will.

Präsident: Vielen Dank. Dann für die Fraktion Mitte, Béatrice Wertli, die nicht im Raum ist. Gibt es zu diesem Geschäft weitere Voten aus dem Saal? – Als Einzelsprecherin, Chantal Perriard.

Chantal Perriard (FDP), Einzelvotum: Ich spreche heute auch im Namen des Leistes der Unteren Stadt, der Vereinigten Altstadtleiste, aber auch der reformierten Kirchgemeinde sowie der Burgergemeinde Bern. Wir alle erachten die geplante Sanierung der Postgasse als wichtig und dringend notwendig. Gleichzeitig möchten wir betonen, dass wir eine vorgängige Machbarkeitsstudie zu alternativen Energieversorgungsmöglichkeiten vermissen. Während des Projektprozesses hat sich insbesondere Herr Marc Stadelmann von EWB stets offen und hilfsbereit gezeigt. Dafür danken wir ihm herzlich. Der Leist der unteren Stadt wurde regelmässig informiert und der Austausch war sehr konstruktiv. Die Vereinigten Altstadtleiste hingegen wurden nie in ein partizipatives Verfahren einbezogen. Eine verbindliche Stellungnahme konnte deshalb nicht eingebracht werden. Das Projekt zur Sanierung der Postgasse ist nun seit über 10 Jahren in Vorbereitung. Seit Beginn haben sich die Rahmenbedingungen jedoch grundlegend verändert. Der Krieg gegen die Ukraine hat die Debatte um die Versorgungssicherheit neu entfacht. Der Klimawandel sowie neue Erkenntnisse zur Versorgung mit nachhaltigen Energien haben zusätzlich an Bedeutung gewonnen. Auch für die Untere Altstadt. Gerade deshalb bedauern wir umso mehr, dass keine vertiefte Prüfung alternativer Energieformen vorgenommen wurde. Eine Machbarkeitsstudie hätte dabei mehrere Vorteile geboten. Sie hätte technische, wirtschaftliche, aber auch denkmalpflegerische Aspekte transparent gemacht. Sie hätte Optionen vergleichbar gemacht und damit Verständnis und Akzeptanz für den eingeschlagenen Weg gestärkt. Sie hätte zur Klärung beigetragen, welche nachhaltigen Energieformen auch in der Unteren Altstadt realistisch sind und den heutigen Fokus auf Biogas nachvollziehbar begründet. Gas ist nicht die Energie der Zukunft und es ist teuer geworden. Das belastet die Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer und erhöht den Druck auf die Mietzinsen. Eine frühzeitige offene Mach-

barkeitsstudie zu solchen Optionen wäre ein wichtiger Schritt gewesen. Wir sind überzeugt, dass solche Studien bei zukünftigen Grossprojekten in der Stadt Bern selbstverständlich dazugehören sollten. Vielen Dank.

Präsident: Merci. Es gibt keine weiteren Einzelvoten zu diesem Geschäft. Dann hat für den Gemeinderat das Wort, Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Noch einmal kurz dieses Geschäft zusammengefasst: Die Werkleitungen von Energie Wasser Bern in der Postgasse haben das Ende ihrer Nutzungsdauer erreicht und müssen ersetzt werden. Die Stadt nutzt die Gelegenheit, saniert ihre Mischwasserleitung und erstellt eine neue Brunnenleitung. Zudem ersetzt sie die Pflasterung, welche in einem schlechten Zustand ist, und zum Teil geteerte Flächen aufweist. Mobile Tische und Stühle sowie fest installierte Sitzbänke oder Sitzplanken werden die neue Postgasse zusätzlich auf. Die Gesamtkosten für die Postgassanierung belaufen sich auf 14,2 Mio. Franken. Der Kostenanteil der Stadt beträgt 5,725 Mio. Franken, das ist also rund ein Drittel. Auf einen Punkt möchte ich besonders hinweisen, denn er hat Folgen für viele weitere Projekte im UNESCO-Perimeter, so zum Beispiel auch auf das 36-Millionen-Projekt Bären-/Waisenhausplatz, welches Sie hier vor einigen Wochen ja bereits gutgeheissen haben. Es geht um die Pflasterung. Die Pflasterung im UNESCO-Perimeter muss zum einen denkmalpflegerischen Aspekten Rechnung tragen, sie muss jedoch auch für ältere Personen und Menschen mit einer Beeinträchtigung gut passierbar sein. In der Rathausgasse wurde bei der Sanierung vor 5 Jahren der Guberpflasterstein Antica verwendet. Er wurde ungebunden verlegt, das heisst, er schwimmt in einem Sand- und Splittbett. Das Regenwasser kann versickern und später wieder verdunsten, das haben Sie heute Abend auch schon gehört. Und das ist gut für das Mikroklima. Zwischen den Pflastersteinen liegen, und das ist das Problem bei einer ungebundenen Pflasterung, rund 6 bis 8 mm breite Fugen. Es hat sich herausgestellt, dass diese Fugen für Leute mit einer Sehbehinderung ein Problem darstellen. Die Blindenstockvariante mit einem Spitzende verfängt sich in diesen Fugen und macht das Begehen der Pflasterung fast unmöglich. Mitte März haben sich deshalb die Fachstelle Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, die Denkmalpflege und Tiefbau Stadt Bern an einen Tisch gesetzt, um die Art der Pflasterung festzulegen, nicht nur für die Postgasse, sondern eben auch für den Bären-/Waisenhausplatz und weitere künftige Projekte im UNESCO-Perimeter. Die Diskussion hat ergeben, dass man beim Steintyp der Rathausgasse bleibt. Das ist der Guberstein Antica, ungebunden verlegt. Um Querungsmöglichkeiten zu ermöglichen bzw. zu vereinfachen oder auch um die Lücken bei der vertikalen Begehung zu schliessen, werden in Zukunft grosse Steinplatten eingesetzt, welche keine Fugen aufweisen. Zu sehen sind solche Übergänge heute schon, zum Beispiel in der Münsterergasse. Das ist wegweisend und erleichtert die Projektierung weiterer Sanierungen enorm. An dieser Stelle sei allen involvierten Kreisen für die konstruktive Zusammenarbeit gedankt. Wenn Sie dem Vorhaben zustimmen, wird Anfang 2027 gebaut, zuerst die eine Seite, dann die andere, und Ende 2029 sollte die Postgasse wieder in alter Frische erstrahlen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Antrag 1

PVS

Im Rahmen des Projekts wird geprüft, inwiefern und mit welchem finanziellen Aufwand sich im Randbereich der Postgasse vor einzelnen Sandsteinpfeilern kleinflächige Entsiegelungen für Bepflanzungen umsetzen liessen und welche möglichst in die Höhe wachsende Pflanzenarten dafür geeignet wären.

Präsident: Vielen Dank. Dann kommen wir auch bei diesem Geschäft zur Abstimmung. Auch hier liegt uns von der vorberatenden Kommission PVS ein Antrag vor. Ihr findet ihn auf Seite 3 der Antragsliste, Antrag 1 PVS. Wir stimmen über diesen Antrag ab.

Abstimmung Nr. 014

2021.TVS.000126: Antrag 1

Annahme

Ja	57
Nein	10
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dem Antrag zugestimmt. Wir kommen somit zur Abstimmung über das Geschäft. Wer dem Ausführungskredit zustimmt, stimmt grün, wer ihn ablehnt, stimmt rot.

Abstimmung Nr. 015

2021.TVS.000126

Annahme

Ja	71
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesem Kredit einstimmig zugestimmt.

2025.SR.0053

12 Dringliches Postulat: Einbahnsystem für Fussgängerinnen und Fussgänger auf der Kornhausbrücke während der Bauphase

Präsident: Wir kommen somit zu Traktandum Nummer 12, ein dringliches Postulat "Einbahnsystem für Fussgängerinnen und Fussgänger auf der Kornhausbrücke während der Bauphase". Der Gemeinderat empfiehlt das Postulat zur Annahme. Ist die Annahme dieses Postulats bestritten? – Das ist nicht der Fall. Dann hat die Einreichende die Möglichkeit für ein kurzes Votum von einer Minute. Als Einreichende, Chantal Perriard.

Chantal Perriard (FDP) für die Einreichenden: Ich habe dieses Postulat im Namen einer breiten Gruppe von Mitunterzeichnenden eingereicht, weil wir überzeugt sind, die Sicherheit auf der Kornhausbrücke müsse auch während der Sanierung oberste Priorität haben. Die Brücke ist stark frequentiert, besonders jetzt, da sie für den motorisierten

Individualverkehr und den ÖV gesperrt ist. Fussgängerinnen und Fussgänger, Velofahrende, Menschen mit Kinderwagen oder Mobilitätseinschränkungen teilen sich den knappen Platz. Das kann zu gefährlichen Situationen führen. Leider hat es bereits ernsthafte Unfälle gegeben. Eine Frau hat sich bei einer Kollision mit einem Velo die Hüfte gebrochen, ein 11-jähriges Kind erlitt bei einem Zusammenstoss einen Handgelenkbruch. Das zeigt deutlich, wie schnell es zu gefährlichen Situationen kommt. Und jeder Unfall ist einer zu viel. Am 3. Juli beginnt die Frauen-EM mit dem ersten Spiel im Wankdorf-Stadion – ein sportliches Grossereignis, das viele Menschen nach Bern bringen wird. Wir erwarten noch mehr Fussverkehr, gerade auch über die Kornhausbrücke. Ein klares Einbahnregime kann helfen, das Gedränge zu reduzieren. Ich war heute selbst wieder einmal auf der Kornhausbrücke.

Der Präsident bittet die Votantin, zum Schluss zu kommen.

Ich habe mit dem Verkehrsdienst sowie mit Reto Beer, dem Projektleiter, gesprochen. Ich danke allen vor Ort für ihren grossen Einsatz. Es ist spürbar, dass sie alles unternehmen, um die Sicherheit zu gewährleisten.

Präsident: Vielen Dank. Wir haben dem Postulat einstimmig zugestimmt. Wir stimmen somit noch darüber ab, ob ihr die Antwort des Gemeinderates als Prüfungsbericht akzeptieren wollt. Wer dem Prüfungsbericht zustimmt, stimmt grün, wer ihn ablehnt, stimmt rot.

Abstimmung Nr. 016

2025.SR.0053: Prüfungsbericht

Annahme

Ja	69
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesem Prüfungsbericht zugestimmt. Somit ist eigentlich auch für Matthias Aebischer Feierabend. Auch er darf natürlich so lange bleiben, wie er möchte.

2013.GR.000070

13 Sozialhilfekommission; Gesamterneuerung für die Amtsperiode 2025-2028

Präsident: Wir kommen bereits zu Traktandum Nummer 13. Es geht hier um die Wahl in die Sozialhilfekommission, die Gesamterneuerungswahl für die Amtsperiode 2025-2028. Ich habe es vorhin bei der Kommission des Fonds nicht erwähnt. Ich sage es hier noch kurz. Diese beiden Kommissionen werden grundsätzlich vom Gemeinderat zusammengestellt, das Wahlgremium ist aber der Stadtrat. Die Nominationen kommen aber entsprechend von den Parteien und nicht von den Fraktionen. Dies ist der Grund, weshalb es bei diesen beiden Wahlen keine vorbereitende Kommission gab. Gibt es vonseiten des Parlaments Diskussionsbedarf zu dieser Gesamterneuerungswahl der Sozialhilfekommission? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Möchte die Gemeinderätin etwas sagen? – Die Gemeinderätin verzichtet. – Wir kommen somit zur Wahl. Nominiert sind mit Wirkung per 1. Juni 2025 bis Ende 2028 für die Partei bzw. Parteien SP/JUSO,

Agnes Nienhaus, Martin Wild-Näf und Simon Gremminger, für die Mitte Barbara Baumann, für GB/JA Ursula Hirt, für die GFL Sophie Müller, für die FDP Maya Zumstein-Shaha, für die SVP Eliane Burn und für die GLP-EVP Barbara Mühlheim. Gibt es weitere Wahlvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Seid ihr einverstanden, auch hier die Wahl in Globo vorzunehmen? – Ich entnehme Zustimmung. Dann wählen wir auch hier mit Handerheben. Wer diese Personen in die Kommission wählen will, soll dies bezeugen mit Handerheben. – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall, die Personen sind einstimmig gewählt. Ich gratuliere ihnen zur Wahl und danke ihnen für ihren Einsatz.

Antrag

Nominiert sind:

SP/JUSO: Agnes Nienhaus, Martin Wild-Näf, Simone Gremminger

Mitte: Barbara Baumann

GB/JA: Ursula Hirt

GFL: Sophie Müller

FDP: Maya Zumstein-Shaha

SVP: Eliane Burn

GLP/EVP: Barbara Mühlheim

Durch Handerheben einstimmig gewählt.

2021.BSS.000118

14 Familie & Quartier Stadt Bern; Nachkredit zum Globalkredit 2024

Präsident: Wir sind somit bereits bei Traktandum Nummer 14, einem Sachgeschäft ohne Referendum. Es geht um Familie & Quartier Stadt Bern, Nachkredit zum Globalkredit 2024. Ich erteile das Wort für die Kommission, Barbara Keller. Als Information: Nach dem Kommissionsvotum werden wir diese erste Sitzung beenden. Ich wäre aber sehr froh, wenn ihr euch, sobald Barbara zu sprechen begonnen hat, für Fraktionsvoten anmeldet, damit wir nach der Pause mit diesen Voten weiterfahren können. Für die Kommission SBK, Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Kommission: Es besteht heute ein Überangebot an Kitas. Viele Kitas haben eine tiefe Auslastung, so auch die Kitas von Kita Stadt Bern, die heute defizitär sind. Familie & Quartier Stadt Bern hat schon einige Massnahmen eingeleitet, die im Vortrag ausgeführt werden. Dazu gehören zum Beispiel die Aufgabe des Aussenstandorts Kita Brünnen oder 2 Fusionen von je 2 Kitas. Eine weitere Fusion ist geplant, nämlich die Fusion der Kita Altenberg und der Kita Matte. Im November 2020 und im Oktober 2023 sind die Tarife erhöht worden. Das hat schon zu Mehrerträgen von rund 1 Mio. Franken geführt und dann gab es noch diverse betriebswirtschaftliche Massnahmen wie die Reduktion des Personalbestandes durch natürliche Fluktuation, die Schliessung der Kita Matte, die Fusion der Kitas, die ich vorher bereits erwähnt habe, die Schliessung des Aussenstandortes Lorraine und die Umstellung im Bereich der Mahlzeiten sowie weitere kleinere Massnahmen. Als Grund für die Mehrkosten gegenüber privaten Kitas werden zudem zusätzliche Kosten des städtischen Personalrechts genannt, zum anderen auch Pflichtleistungsabzüge wie zum Beispiel für die IT-Infrastruktur. Aber worüber sprechen wir heute eigentlich? Wir haben ein ak-

kumuliertes Defizit von 8,76 Mio. Franken. Das werden wir bis Ende 2028 nicht ausgleichen können. Deshalb beantragt der Gemeinderat einen Nachkredit zulasten des Globalkredits von Familie & Quartier Stadt Bern für 2024. Die Rückstellung setzt sich zusammen aus dem nicht beanspruchten Globalkredit für Familie & Quartier Stadt Bern von 4,82 Mio. Franken und aus einem kleinen Anteil zum Nachkredit für den Teuerungs- ausgleich sowie aus Heiz- und Betriebskosten. Daraus resultiert der im Vortrag beantragte Nachkredit von 3,69 Mio. Franken. Jetzt wichtig, kurz alle zuhören: Mit der Rückstellung wird nicht die Spezialfinanzierung ausfinanziert. Heute geht es mehr oder weniger um einen rein buchhalterischen Sachverhalt. Es geht darum, dass die Jahresrechnung Ende Jahres korrekt ist. Denn es besteht aktuell ein erhebliches Risiko, dass der allgemeine Haushalt am Ende des Tages die Spezialfinanzierung zumindest teilweise ausfinanzieren muss. Das ist ein Risiko, das die Stadt Bern hat und aus diesem Grund braucht es eine Rückstellung. Damit ist diese aber noch lange nicht ausfinanziert. Das heisst, die Spezialfinanzierung ist nicht auf 0, sondern nach wie vor bei 8,67 Mio. Franken. Was wir im Rahmen der Jahresrechnung machen müssen, ist, das Risiko abzubilden, das aktuell real besteht, dass der allgemeine Haushalt dort in Zukunft nachhelfen muss. Und das machen wir mit einer Gegenposition, nämlich dieser Rückstellung. Aber die politische Diskussion, wie man das Defizit beheben will oder wie man die Spezialfinanzierung schlussendlich auf 0 bringt, ist deswegen noch nicht erledigt. Das ist der politische Prozess der FEBR-Revision (Teilrevision des Betreuungsreglements). Ganz kurz zur FEBR-Revision. Wir sind in der Kommission hin und wieder abgedriftet in eine inhaltliche Diskussion zur Zukunft der Kita Stadt Bern. Um diese Spezialfinanzierung auszufinanzieren, ist eine entsprechende Rechtsgrundlage im Betreuungsreglement FEBR nötig. Diese Diskussion führen wir heute aber noch nicht, sondern die wird, wie bereits angekündigt, im Rahmen der FEBR-Revision geführt, welche aktuell in der Vernehmlassung ist. Geplant ist, dass sie im Stadtrat im zweiten Semester 2025 behandelt wird. Das heisst, dann diskutieren wir darüber, wie es mit den städtischen Kitas weitergehen soll, und nicht heute. Nun zurück zum vorliegenden Kredit. Eine Frage, welche uns in der Kommission beschäftigt hat, lautet, ist es zulässig, den nicht beanspruchten Globalkredit 2024 für Familie & Quartier Stadt Bern von 4,826 Mio. Franken für die Spezialfinanzierung zu verwenden? Die Antwort lautet Ja. Mit dieser Frage hat sich auch die Finanzkontrolle beschäftigt und es gibt ein externes Gutachten dazu. Ja, man kann, aber es ist kein Ausgleichen, sondern man entnimmt der Spezialfinanzierung den Aufwandüberschuss. Ich komme nun zu einem kurzen Fazit. Den Nachkredit nicht zu bewilligen, ist anscheinend nicht wirklich eine Option, da dies wahrscheinlich zu einem Revisionsvorbehalt der Revisionsstelle führen würde. Was wir heute machen, wenn wir den Nachkredit genehmigen, ist eine Rückstellung im laufenden Haushalt im Globalkredit. In welcher Höhe wir die Rückstellung brauchen werden, ist noch nicht beschlossen. Diesen Vorentscheid treffen wir auch nicht mit dem vorliegenden Nachkredit. Wir machen lediglich eine Rückstellung. Die Spezialfinanzierung ist nicht auf 0, sie ist immer noch auf 8,67 Mio. Franken. Die Gegenposition ist die Rückstellung, weil wir sagen, es gibt ein Risiko und das müssen wir in der Jahresrechnung abbilden. Ich hoffe, ihr konntet einigermaßen nachvollziehen, warum es im vorliegenden Nachkredit geht. Ich weiss, es ist nicht ganz einfach. Die SBK empfiehlt euch diesen Nachkredit mit 7 zu 3 bei 3 Enthaltungen zur Annahme. Herzlichen Dank.

Präsident: Merci, Babs. Wie angekündigt und als kleines Zuckerchen, weil wir so gut vorwärtsgekommen sind, dass wir schon bei Traktandum 14 sind, hören wir etwas frü-

her auf. Wir beginnen aber pünktlich um 20.30 Uhr. Denkt daran, ihr wurdet vom Kulturbüro zu einem Apéro eingeladen. Nicht anwesend sein wird das Ratsbüro, weil wir eine Ratsbürositzung haben. Guten Appetit und bis um 20.30 Uhr.

Schluss der Sitzung: 18.55 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

07.07.2025

X

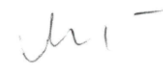


Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

11.08.2025

X



Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:30 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann	Helin Genis	Salome Mathys
Janina Aeberhard	Thomas Glauser	Szabolcs Mihályi
Nadine Aebischer	Bernadette Häfliger	Tanja Miljanovic
Timur Akçasayar	Georg Häsler	Dominic Nellen
Debora Alder-Gasser	Bernhard Hess	Roger Nyffenegger
Lena Allenspach	Dominique Hodel	Shasime Osmani
Emanuel Amrein	Thomas Hofstetter	Cemal Özçelik
Mirjam Arn	Stephan Ischi	Mehmet Özdemir
Oliver Berger	Monique Iseli	Chantal Perriard
Natalie Bertsch	Seraphine Iseli	Ronja Rennenkampff
Lea Bill	Ueli Jaisli	Simone Richner
Laura Binz	Bettina Jans-Troxler	Mirjam Roder
Gabriela Blatter	Anna Jegher	Michael Ruefer
David Böhner	Raffael Joggi	Judith Schenk
Laura Brechbühler	Nora Joos	Lukas Schnyder
Michael Burkard	Barbara Keller	Tobias Sennhauser
Carola Christen	Fuat Köçer	Chandru Somasundaram
Francesca Chukwunyere	Nora Krummen	Michelle Steinemann
Laura Curau	Mirjam Läderach	Ursula Stöckli
Sibyl Eigenmann	Anna Leissing	Irina Straubhaar
Alexander Feuz	Corina Liebi	Johannes Wartenweiler
Jelena Filipovic	Maurice Lindgren	Lukas Wegmüller
Sofia Fisch	Nicolas Lutz	Béatrice Wertli
Katharina Gallizzi	Denise Mäder	Janosch Weyermann
Franziska Geiser	Esther Meier	

Stadtrat entschuldigt

Nik Eugster	Ingrid Kissling-Näf	Sarah Rubin
Dominik Fitze	Matteo Miceli	

Gemeinderat anwesend

Mattias Aebischer, TVS	Ursina Anderegg BSS	Melanie Mettler FPI
------------------------	---------------------	---------------------

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Leitung Stadtkanzlei

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Ratssekretariat
Mago Flück, Cornelia Stücker: Weibeldienste

2021.BSS.000118

14 Familie & Quartier Stadt Bern; Nachkredit zum Globalkredit 2024

Präsident: Geschätzte Anwesende, es ist 20.30 Uhr. Ich begrüsse euch zur zweiten Sitzung des heutigen Abends. Ich bitte euch jetzt wie immer an eure Plätze zu gehen und auch jetzt wie immer den Geräuschpegel herunterzufahren. Wir sind bei Traktandum Nummer 14. Ich bitte euch wirklich um Ruhe. Merci. Wir sind bei Traktandum Nummer 14, das Votum von... Leute, bitte, zum dritten Mal: Die Sitzung hat begonnen. Wir haben uns auf einen Respekt im Ratssaal geeinigt. Das heisst ihr nehmt jetzt Platz und stellt die Gespräche ein. Merci. Wir sind bei Traktandum 14. Wir hatten vor der Pause das Votum der Kommission. Wir sind jetzt bei den Fraktionsvoten und als erstes hat das Wort für die Fraktion GFL, Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Es geht hier um ein Finanzgeschäft, wieder ein Nachkredit, der aber eigentlich eine Rückstellung darstellt. Es handelt sich um Vergangenheitsbewältigung, welche wir sowieso früher oder später angehen müssen. Selbst wenn wir uns dereinst – was unwahrscheinlich ist – eventuell inhaltlich gegen städtisch geführte Kitas entscheiden sollten, müssen die angehäuften Defizite irgendwann getilgt werden. Die inhaltliche Diskussion über die Zukunft der Kita möchten wir anlässlich der FEBR-Revision (Teilrevision des Betreuungsreglements) führen und nicht heute. Die Referentin hat das bereits ausführlich dargelegt. Wir beschliessen einen Nachkredit in der Höhe von 3,7 Mio. Franken zum Globalkredit von Familie und Quartier, damit dieser als Rückstellung, für die seit Jahren in Schieflage sich befindliche Kita-Spezialfinanzierung gebraucht werden kann. Tun wir das nicht, wird es einen sogenannten Revisionsvorbehalt geben. Mit anderen Worten: Wir haben gar keine Wahl. Das ist störend. Wir müssen abnicken. Formal gesehen könnte theoretisch die Sanktion Theiler in Kraft treten, nämlich dass in einem solchen Fall, wenn das Geld sowieso schon ausgegeben ist, das Globalbudget im nächsten Jahr um den entsprechenden Betrag gekürzt werden müsste. Das wird nicht geschehen, weil faktisch gar keine Gelegenheit bestand, den Kredit vorher zu genehmigen. Eigentlich stellt dieser Nachkredit eine buchhalterische Rückstellung aus dem Ertragsüberschuss des Globalbudgets von Familie und Quartier zugunsten der Spezialfinanzierung der Kitas dar. Diese Rückstellung wurde nötig, weil der Betrag, der sich mittlerweile in der Spezialfinanzierung als Defizit angehäuft hat, so gross ist, dass es zu einem Revisionsvorbehalt kommen würde, wenn man diese Rückstellung nicht eben abfedert. Schwirrt euch auch der Kopf? Die politische Frage dazu lautet: Wie lange wollen wir uns als Stadt noch ein so defizitäres Angebot wie eigene Kitas leisten? Zumal es in der Stadt gegenwärtig ein Überangebot an Kitas gibt. Zumal es gerade in den Quartieren, wo es aus sozioökonomischen Gründen wichtig wäre, Kitas zu unterhalten und es eben städtische bräuchte, weil die Privaten dort nicht hingehen, laut dem Narrativ der Befürwortenden, es nur eine geringe Nachfrage danach gibt, sich die Leute offenbar anders organisieren. Es handelt sich dabei auch um ein Angebot, das sich noch in Konkurrenz zu einem anderen ebenfalls defizitären städtischen Angebot befindet, nämlich den Tagesschulen. Diese Fragen werden wir anlässlich der FEBR-Revision diskutieren, eigentlich hätten wir sie vor diesem Nachkreditsgeschäft diskutieren sollen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt bleibt uns gar nichts anderes übrig, als dieser Finanzjonglage zuzustimmen, um einen Revisionsvorbehalt zu verhindern. Die Schieflage der Kita-Spezialfinanzierung haben wir damit mitnichten behoben. Früher oder später wird sie aus dem allgemeinen Haushalt getilgt werden müssen, selbst wenn wir als Parlament zum Schluss kommen sollten, dass wir

gar keine städtischen Kitas mehr wollen in Zukunft. Das ist auch der Grund, warum wir dieser Verschiebung des Geschäftes, die in dem Ordnungsantrag gefordert wurde, nicht zugestimmt haben. Diese Schieflage ist aber auch für die vom Gemeinderat angestrebte FEBR-Revision eine riesige Hypothek und wird kaum über künftige Kita-Überschüsse refinanziert werden können. Die GFL-Fraktion stimmt diesem Geschäft trotzdem grossmehrheitlich zu.

Präsident: Vielen Dank. Als nächstes für die Fraktion GLP-EVP, Bettina Jans-Troxler.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion: Unsere Parteien, die EVP und die GLP, waren damals bei der Einführung der Betreuungsgutscheine federführend. Damals war einerseits wichtig, dass es mehr Kita-Plätze gibt durch die Subjektförderung, da es vor der Einführung der Betreuungsgutscheine lange Wartelisten bei den Kitas gab. Dieses Ziel wurde erreicht. Zweitens ging es darum, private Kitas nicht weiter gegenüber städtischen Kitas zu benachteiligen. Deshalb wurde die Spezialfinanzierung eingerichtet. Leider ist jetzt für alle offen sichtbar, dass es die gleich langen Spiesse von öffentlichen und privaten Kitas noch immer nicht gibt. In der Spezialfinanzierung der Kitas hat sich seit 2020 ein Defizit von über 8 Mio. Franken angehäuft, wobei für sogenannte Corona-bedingte Mehrkosten bereits 1,2 Mio. Franken eingeschossen wurden. Jede private Kita hätte bei diesem schlechten Resultat längst schliessen müssen. Die städtischen Kitas haben aber mehr oder weniger einfach gleich weitergemacht und die Stadtkasse ist für die Unterfinanzierung eingesprungen. Okay, es wurden zwar Massnahmen ergriffen, diese reichten aber bei weitem nicht aus oder kommen einfach viel zu spät. Und machen wir uns nichts vor, die 8,7 Mio. Franken sind bereits aus der Stadtkasse ausgegeben und deshalb wird eigentlich buchhalterisch zu Recht von der Finanzkontrolle und der Revisionsstelle dieser Nachkredit verlangt. Das ist das Buchhalterische. Wir sind aber mit dem Wirtschaften und dem Umgang mit den Kita-Finzen gar nicht einverstanden. Wie ihr wisst, haben wir in der letzten Stadtratssitzung eine Motion eingereicht, die die Auslagerung der Kitas Stadt Bern fordert. Eine Weiterführung der Kitas Stadt Bern wie bisher mit regelmässigen Finanzspritzen aus der Stadtkasse, die auch nicht gerade rosig aussieht, ist eine krasse Benachteiligung aller privaten Kitas, die selber schauen müssen, wie sie mit den aktuellen Bedingungen über die Runde kommen. Die aktuelle Trägerschaftsform bietet den Kitas Stadt Bern einfach zu wenig wirtschaftliche Freiheiten und Handlungsspielraum. Deshalb lehnen wir heute diesen Nachkredit ab, bei einzelnen Enthaltungen. Auch wenn wir sehen, dass es die Stadtfinzen in ein schlechteres Licht drückt, wenn dies in der Revision steht. Dies ist aus unserer Sicht aber vielleicht nicht nur schlecht, weil wir unter einem sorgfältigen Umgang mit den vorhandenen Geldern etwas anderes verstehen, als die Mehrheit dieses Stadtrats momentan macht. Leider liegt uns die FEBR-Revision, wir haben es auch bereits von Francesca gehört, erst seit Kurzem zur Vernehmlassung vor, während wir bereits jetzt über diesen Nachkredit entscheiden müssen. Wir werden auch in dieser Vernehmlassung ganz klar fordern, dass die Bevorteilungen der städtischen Kitas gegenüber den privaten nicht in diesem Reglement festgeschrieben werden, sondern eine faire Lösung gesucht wird. Es ist nämlich nicht so, dass die städtischen Kitas nur da angeboten werden, wo es keine privaten gibt, und dass sie deshalb unbedingt städtisch weitergeführt werden müssen. Wir fordern also weiterhin gleich lange Spiessen auch nach über 10 Jahren Betreuungsgutscheinen und lehnen deshalb diesen Nachkredit ab.

Präsident: Merci, für die Fraktion SP-JUSO, Lena Allenspach.

Lena Allenspach (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion wird dem vorliegenden Nachkredit zustimmen und die finanztechnischen Details, die wir jetzt schon mehrmals gehört haben und auch die Kommissionssprecherin bereits erläutert hat, werde ich jetzt nicht wiederholen. Wir führen die politische Diskussion zwar nicht heute und ich möchte auch nicht zu stark vorgreifen, dennoch machen wir hier ja schon auch Politik, und zwar für die Menschen in dieser Stadt und deshalb möchte ich mir trotzdem erlauben, noch ein paar Grundsatzbemerkungen hier zu machen. Für die SP-Stadt Bern ist klar, dass Elternteile und Familien alle Zugang zu einem bezahlbaren Kita-Platz haben sollen und gleichzeitig, dass die Anstellungsbedingungen in den Kitas gut sind. Wir sprechen hier schliesslich von Angestellten, die Kinder betreuen und damit einen wichtigen Beitrag zur Bildung und Früherziehung leisten. Kitas gehören zum Bildungssystem und sie sind Teil des Service Public. Eigentlich sollte ein breites Kita-Angebot ja gerade auch für die Liberalisierungs- und Privatisierungsfans unter uns ein grosses Anliegen sein, denn es führt dazu, dass mehr, vor allem Frauen, arbeiten gehen, bessere Karrierechancen haben und dem Arbeitskräftemangel entgegengewirkt wird. Super also für die Wirtschaft. Das ist wohl mehrheitlich auch unbestritten hier drin, aber das ist eben nur ein Teil der Geschichte. Es ist nun mal auch so, dass nicht alle die finanziellen Mittel haben, um sich einen Platz leisten zu können. Da sie aber arbeiten gehen müssen und gleichzeitig teilweise auch nicht auf ein persönliches Betreuungsnetzwerk zurückgreifen können oder in einem Quartier wohnen, wo es eine Unterversorgung gibt. Zugängliche, bezahlbare und qualitativ gute Kita-Plätze sind also zentral für Elternteile und Kinder, für die Gleichstellung und für die Chancengerechtigkeit. Nun hat die Stadt Bern aber ein Problem und das Problem heisst die Liberalisierung des Kita-Markts und in der Folge eine Aufteilung in gute und schlechte Risiken. Als SP waren wir stets gegen den Systemwechsel zu den Betreuungsgutscheinen und dem Korsett des Markts für die städtischen Kitas. Aber, und das wissen wir auch, die Stimmbevölkerung hat damals anders entschieden. Die Betreuungsgutscheine haben zwar einen Beitrag dazu geleistet, dass es heute ein grösseres Angebot an Kitas gibt, aber eben nicht flächendeckend. In einigen Quartieren gäbe es ohne die Leistungen der Stadt keine Kitas und dies betrifft insbesondere Quartiere, in denen Familien auf ein verlässliches Kita-Angebot angewiesen sind, alleine schon, um den eigenen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Ansonsten drohen der Stadt schlimmstenfalls weitaus höhere Sozialausgaben. Kurz, wir hätten ohne die Leistungen der Stadt zweifelsohne bei den Kitas ein Zweiklassensystem. Und dann sollten wir uns schon auch die Frage stellen, ob sich in diesem Markt die Arbeitsbedingungen für das Betreuungspersonal verbessert haben. Das bezweifle ich sehr. Man kann darüber sprechen, wie das Kita-Netz in der Stadt Bern neu gespannt werden soll und wie es jetzt genau weitergeht, da wir uns hier offensichtlich in einer Schieflage befinden und das werden und sollten wir mit der kommenden Teilrevision auch tun. Aber was klar ist, die Stadt leistet mit ihren Kitas auch mit den Zusatzleistungen zu den kantonalen Betreuungsgutscheinen für Tiefeinkommen und dem Personal mit guten Anstellungsbedingungen einen wesentlichen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit und Gleichstellung und dafür wird sich die SP-JUSO-Fraktion weiterhin einsetzen. Merci.

Präsident: Vielen Dank. Als nächstes für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich habe zuerst eigentlich 2 Vorbemerkungen. Erstens: Die SVP ist absolut für Kitas. Wir haben gar nichts gegen Kitas. Das ist das Erste. Die zweite Vorbemerkung: Wir sind der Meinung, dass es so, wie sich die Sache präsentiert, dass das nicht geht. Das braucht eine Untersuchung. Man muss jetzt den

Mut haben, hier die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Wieder etwas zum ganzen Ablauf. Ihr erinnert euch: Vor x Jahren haben wir eine Abstimmung gehabt, in der man gesagt hat, man habe die sogenannten Kita-Gutscheine und es sollen alle die gleich lange Spiesse haben. Und das ist für mich das entscheidende. Und jetzt hat man nach Jahren und Tagen festgestellt, dass es hier Probleme gibt. Dass man auf der städtischen Seite Nachkredite braucht, ist für mich auch nicht matchentscheidend. Wie man das buchhalterisch anschaut, darauf komme ich später zurück. Jetzt ändert man während des laufenden Spiels die Regeln. Es soll nachher noch ein neues Reglement geben. Und für mich ist es jetzt einfach ganz klar, dann gibt es halt einen Vorbehalt. Vor der Revision gibt es halt einen Vorbehalt. Aber man muss doch den Mut haben, hier Nein zu sagen und nicht alles unter den Teppich zu wischen. Ihr habt es gesehen, ich habe immer gegen Citysoftnet gekämpft. Ich habe alle Nachkredite abgelehnt. Was haben wir heute wieder für eine Medienmitteilung erhalten? Es ist wieder schiefgegangen, man braucht wieder mehr Geld. Da muss man doch jetzt einfach einmal den Mut haben zu sagen: "Nein, es gibt einen Vorbehalt." Dann kann man darüber vielleicht diskutieren, wie die Revision es schön ausformulieren wird, aber man muss doch einfach einmal sagen: So geht das nicht, es braucht eine Untersuchung. Ich will mich hier jetzt nicht in Details auslassen, bewusst nicht, aber das ist wirklich ein Schiff, dass schon eine Zeit lang in die falsche Richtung gegangen ist. Ihr wisst, welche Direktion es betrifft. Das ist auch bei Citysoftnet die gleiche gewesen, bei Base4Kids ist es ebenfalls die gleiche gewesen. Ich habe vorhin schon gesagt, bei meinen Ausführungen zu dem Informatikkredit, Bern kann es nicht. Das stellen wir hier einfach einmal mehr fest und da muss man halt jetzt die nötigen Konsequenzen ziehen. So what, wenn wir halt jetzt den Vorbehalt drin haben. Barbara Keller hat das buchhalterischnrichtig ausgeführt. Da habe ich keine Einwände. Aber ist es die Konsequenz, dass man nichts machen kann? Wenn jemand Bedenken hat, ziehen wir ganz andere Konsequenzen. Wir sagen, es braucht eine Untersuchung, denn es liegt ja möglicherweise etwas vor. Aber bereits jetzt wissen wir, dass es nicht gut ist. Man kann doch nicht, bevor wir die Kenntnis haben, was allenfalls genau passiert ist, hier einfach die grüne Karte geben. Haben wir doch jetzt einmal den Mut dazu. Denn ich bin der Meinung, dass wir als Parlamentarier verpflichtet sind, denn wir haben eine gewisse Aufsichtsfunktion. Vielleicht haben unsere Kommissionen und die FIKO auch Fehler gemacht. Das bestreite ich nicht einmal. Aber dann muss man jetzt einmal „Nein“ sagen und nicht immer alles durchwinken und nicht alles unter den Teppich kehren. Und denkt daran: Wir sind es den Stimmbürgern und den anderen Kitas schuldig, dass wir hier mit gleichen Ellen messen. Das kann doch jetzt nicht sein, weil die einen eine schlechte Kostenstruktur haben. Das ist mir natürlich auch klar. Wir haben ja damals vergeblich gekämpft, dass in den städtischen Kitas und den Tagesschulen ein ganz anderes Betreuungsverhältnis ist. Dann kann es doch nicht sein, dass der Steuerzahler jetzt in der einen Kita Geld nachschieszen muss, damit die mit dem Schlüssel, der nie wirtschaftlich sein und rentieren wird, weiter existieren können und die anderen nicht. Das ist doch eine Ungerechtigkeit. Man ändert die Regeln, man greift ein, und da gibt es für mich nur eine klare Forderung, hier "Nein" zu stimmen. Danke.

Präsident: Vielen Dank. Als nächstes für die Fraktion AL/PdA/TIF, Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Die Fraktion AL/PdA/TIF nimmt den Nachkredit selbstverständlich an und würde auch noch weitere solche Nachkredite annehmen und das aus dem einfachen Grund, dass wir denken, Kitas sind nicht nur Service public,

nein, Kitas gehören zur Bildung, zum Grundauftrag, was eigentlich der Staat bereitstellen muss, wenn es mit privaten alleine nicht geht. Und dass es nicht geht, hat einen Grund. Man kann es in der Zeitung lesen, eben die städtische GLP kann sich das als Erfolg auf die Fahnen schreiben, dass sie dieses Gutscheinmodell einführen konnte. Man reibt sich ungläubig die Augen, wenn man erfährt, dass die EVP angeblich auch federführend dabei war. Herzliche Gratulation von meiner Seite auch dafür. Aber jetzt sind wir halt hier in dieser Situation, jetzt müssen wir hier mit gleich langen Spiessen operieren. Aber wer redet denn hier eigentlich von gleich langen Spiessen im Falle eines staatlichen Grundauftrages, an dem sich auch Private beteiligen können? Es ist von mir aus gesehen hier noch gar nicht erwähnt worden, dass es gar nicht darum geht, hier gleich lange Spiesse zu haben. Staatliche Kitas, städtische Kitas sollen Vorbild und Massstab sein, auch für Private. Das soll heissen, Konkurrenz, um im wirtschaftsliberalen Jargon zu sprechen, geht in beide Richtungen. Ich muss als Eltern die Möglichkeit haben, auch in eine städtische Kita zurückzugehen, wenn die Privaten ein gewisses Niveau unterschreiten, trotz Gutschein. Es soll also immer die Möglichkeit da sein, dass städtische Kitas hier Vorbildcharakter haben können. Sie sind vielleicht eben auch nicht ausgebucht. Sie müssen gegen konjunkturelle Schwankungen resistent sein. Es kann nicht sein, dass es jetzt hier über den Umweg mit dieser Motion letztlich darauf hinausläuft, dass es eigentlich nur noch private Kitas gibt oder die Betreuung irgendwie an eine schwurbelige AG ausgelagert wird, an der die Stadt mehrheitsbeteiligt ist oder an Dritte. Ich habe keine Ahnung, wie das gehen soll. Jedenfalls habe ich keine Lust, ein „Race to the bottom“ zu machen, was Kita-Betreuung und auch die Anstellungsbedingungen der Kita-Mitarbeitenden betrifft. Es braucht also die städtischen Kitas nur schon deswegen, weil wir hier den Markt einfach nicht spielen lassen wollen. Wir können mit Privaten vielleicht nicht – es wurde schon gesagt –, in die richtigen Quartiere gehen. Wir können, wenn es jetzt konjunkturelle Schwäche gibt, zu wenig Nachfrage für Kita-Plätze gibt – wie sieht das in 5 Jahren aus –, können wir nicht warten und dann wieder zusehen, wie es keine Privaten gibt. Wenn dann wieder mehr Kinder in die Kita gehen sollten, braucht es die Städtischen, um dieses Grundangebot sicherzustellen. Dass das nicht gleich lange Spiesse sind, ist klar. Das kostet mehr, das ist einfach klar. Es kostet mehr, denn es ist nicht dem Markt unterworfen. Dieser Betrag, den es mehr kostet, ist auch meinetwegen verwaltungstechnischen Ineffizienzen und dieser blöden Informatik geschuldet. Hätte man heute auch ablehnen können. Von mir ausgesehen, braucht es kein Microsoft-365-Lizenz-Kackmodell. Es kann sein, wäre vielleicht günstiger. Jedenfalls braucht es, abgesehen davon, diese Kitas und das kostet mehr und das ist Ausdruck davon, dass hier die Rationalisierung nicht so stark fortschreiten muss wie bei Privaten, sorry. Es ist einfach klar, dass das mehr kostet. Wir müssen also wegkommen von dieser Debatte mit gleichlangen Spiessen, das führt zu gar nichts. Es ist sogar fast gewünscht, dass es eigentlich ein bisschen mehr kostet. Es wäre verdächtig, wenn es anders wäre. Vielen Dank.

Präsident: Merci Raffael und Chapeau zu diesem freien Votum. Als nächstes für die Fraktion Mitte, Laura Curau.

Laura Curau (Mitte) für die Fraktion: Die Mitte-Fraktion lehnt den Nachkredit natürlich klar ab. Das ist eine Subvention durch die Hintertür. Der Volkswille ist ganz klar gewesen. Der Volkswille, das heisst die Bevölkerung, hat sich für Betreuungsgutscheine und eine Spezialfinanzierung ausgesprochen. Die Spezialfinanzierungen, die wir ja sehr gut kennen, haben Regeln und diese Regeln gilt es zu beachten. Das System hat dazu geführt, dass wir heute einen fairen Wettbewerb haben. Wir haben heute die freie Wahl

für die Eltern. Wir haben einen Wettbewerb, wir haben flexible Strukturen, wir haben Diversität im Angebot. Vor allem, wenn man sich daran erinnert, wie es früher gewesen ist: Die Eltern mussten sich schon fast irgendwo im Bett, im Schlafzimmer überlegen, in welche Kita sie ihr mögliches Kind anmelden wollen. Davon sind wir jetzt zum Glück weg. Und das ist dank dem Volkswillen, das ist dank einer Entscheidung für das heutige System. Staatliche Kitas wären starre Strukturen. Das wäre eben mehr Office 365 und das wären höhere Kosten. Das ist nicht zeitgemäss. Die Stadt soll kein Defizit decken, vor allem nicht wegen einer ineffizienten Trägerschaft. Die Spezialfinanzierung verbietet genau das. Klare Vorschriften werden hier missachtet. Wir sagen Ja zum Service Public, aber nur, wo es nötig ist. In Bern gibt es ein vielfältiges Angebot und das ist qualitativ hoch. Und nicht, wie gerade vorher von Raffael gesagt worden ist: Er suggeriert, dass städtische Kitas einfach besser sind und ein besseres Qualitätsniveau haben, das stimmt einfach nicht und wird den Privaten nicht gerecht. Zum zeitlichen Kontext: Bereits 2023 ist bekannt gewesen, dass das Warnsignal tiefrot ist. Warum kommen sie jetzt? Es ist nicht korrekt gewesen, einfach als Gemeinderätin eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die noch weiter nickt, damit man weiter in dieser tiefroten Zeit hängen bleibt. Jetzt haben wir Geld verloren, wir haben Zeit verloren und jetzt Geld nachzuschliessen ohne Erklärung, das ist nicht verantwortungsvoll. Wir haben 2 grosse Gründe für ein Nein zu diesem Nachkredit. Erstens, es ist rechtlich sehr fragwürdig: Der Stadtratsvortrag sagt selber, dass Aufwandüberschüsse nicht durch den allgemeinen Haushalt ausgeglichen werden können – und das wird hier aber gemacht. Es gibt keine rechtliche Grundlage und die Vernehmlassung zur Änderung des Betreuungsreglements läuft erst jetzt. Ja, es ist eine Rückstellung, aber es ist nicht ausreichend geklärt und auch nicht genug politisch diskutiert. Die Eile, das jetzt entscheiden zu müssen, ist nicht gegeben, wodurch der Diskurs zum Thema leidet. Zweitens – und das sage ich in Absprache mit der Finanzkommission – hat die FIKO einen Ausschuss eingesetzt, der die Spezialfinanzierung Kitas untersucht. Solange die Untersuchung läuft, gibt es keine Auskunft zu dieser Untersuchung. Aber wir als Mitte sagen ganz klar, solange diese Arbeiten laufen, ist es aus Sicht von uns nicht vertretbar, dass man hier finanzpolitische Entscheidungen fällt. Und noch eine kleine Kritik zur Vernehmlassung: Ein Wort an die geschätzte Gemeinderätin Ursina. Eine Konsultation von weniger als 2 Monate, davon 2 Wochen Frühlingsferien nach einer Verspätung von über einem halben Jahr für eine Vernehmlassung ist nicht nur unüblich, sondern auch unkollegial. Gerade weil es ein kleines Kita-Grüppchen gibt, das seit über einem Jahr alle Informationen schon hat und mit Unterlagen sehr wohl vertraut ist, ist das ein inakzeptabler Informationsvorsprung, der jetzt sogar noch für eine kurze Vernehmlassungsfrist ausgenutzt wird. Eine faire, demokratische Debatte und das Verfassen einer Vernehmlassungsantwort braucht Zeit. Vor allem auch für kleine Parteien oder für kleine Organisationen, die auf sehr viel Milizarbeit beruhen und so eine Vernehmlassungsantwort nicht einfach gerade aus dem Ärmel oder aus einem kleinen Generalsekretariat herausschütteln können. Bitte lasst das im Gemeinderat nicht zu einer Gewohnheit werden, weil man selber zu spät ist, nachher irgendwelche Vernehmlassungen zu kürzen und irgendwie das nachher auf unsere Kappe zu machen. Fazit: Aus all diesen Gründen, sagen wir klar Nein zu dem Nachkredit, der als Rückstellung getarnt ist. Merci.

Präsident: Vielen Dank. Als nächstes für die Fraktion GB/JA!, Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Wie die Kommissionssprecherin und andere Redner*innen bereits gesagt haben, ist das vorliegende Geschäft auch aus Sicht der

GB/JA!-Fraktion in erster Linie ein Finanzgeschäft und dieses ist auch nicht so unglaublich kompliziert, wie es von einigen hier dargestellt wurde. Hier und heute geht es um einen Nachkredit für "Familie und Quartier Stadt Bern". Dieser ist notwendig, weil Kitas Stadt Bern, die seit der Einführung des Betreuungsgutscheinsystems in eine Spezialfinanzierung geführt werden, per 31. Dezember 2024 ein Defizit von 8,76 Millionen auswiesen. Gemäss kantonalen Vorgaben muss dieses Defizit bis Ende 2028 abgebaut werden und es zeichnet sich ab, dass Kita Stadt Bern dies nicht mit Überschüssen decken können wird. Das Risiko, dass dazu Mittel aus dem allgemeinen Haushalt benötigt werden, ist damit auf über 50% gestiegen und muss entsprechend in der Jahresrechnung 2024 abgebildet werden. Und das ist auch der Grund, warum dieser Nachkredit jetzt kommt, weil er im Zusammenhang mit der Jahresrechnung 2024 kommt. Die Abbildung dieses Risikos in der Jahresrechnung geschieht über die Bildung einer Rückstellung zu Lasten von FQSB (Familie und Quartier Stadt Bern). Diese Rückstellung setzt sich zusammen aus den Überschüssen von FQSB von rund 4,83 Mio. Franken, aus dem Globalkredit 2024 und dem beantragten Nachkredit von 3,69 Mio. Franken. Man kann also eigentlich ganz kurz sagen, mit der Zustimmung zum vorliegenden Geschäft erfüllen wir eine finanzbuchhalterische Notwendigkeit, die auch von der Finanzkontrolle und der externen Revisionsstelle so eingefordert wird. Nun haben aber Vorredner*innen zusätzlich betriebswirtschaftliche und sozialpolitische Aspekte ins Spiel gebracht, auf die ich ebenfalls gerne kurz eingehen möchte, obwohl sie nicht Gegenstand dieses Geschäfts sind. Natürlich ist es richtig, sich die Frage zu stellen, warum Kita Stadt Bern seit 2020 ein Defizit in dieser Höhe erwirtschaftet hat. Aus Sicht der GB/JA!-Fraktion sind die Gründe im Vortrag des Gemeinderates nachvollziehbar aufgeführt. Zusammengefasst kann man sagen, es sind Entwicklungen im Bereich Angebot und Nachfrage, insbesondere seit der Corona-Pandemie, sowie trägerbedingte Mehrkosten, die den selbsttragenden Betrieb der städtischen Kitas seit 2020 deutlich erschweren.

Das, was von bürgerlicher Seite als betriebliche Misswirtschaft bezeichnet wird, ist aber aus Sicht der GB/JA!-Fraktion vor allem eine Folge der Logik des freien Marktes und der massiven Unterfinanzierung seitens Kantons im Bereich Betreuung. Aus dem Vortrag wird nämlich ebenso ersichtlich, wie die Stadt Bern in diesem prekären Kontext seit längeren Massnahmen umsetzt, um das jährliche Defizit so gering wie möglich zu halten. Zu den Massnahmen gehören die Schliessung und Zusammenlegung von Kitas, die Anpassungen von Stellenetats an die Auslastung, die Erhöhung von Elterntarifen sowie weitere betriebliche Massnahmen. Dass das Defizit trotz dieser Massnahmen aber nicht abgebaut werden kann, ist wie gesagt die Folge einer liberalisierten Marktlogik und Unterfinanzierung in der Betreuung, die für eine absolut fundamentale gesellschaftliche Aufgabe wie die der familienergänzenden Kinderbetreuung einfach nicht funktioniert. Und damit sind wir beim sozialpolitischen Aspekt des vorliegenden Geschäfts. Das Defizit von Kita Stadt Bern verweist auf sehr grundsätzliche Fragen rund um familienergänzende Kinderbetreuung. Es geht darum, dass der ganze Betreuungsbereich massiv unterfinanziert ist. Es geht darum, dass Elterntarife steigen und sich weniger Verdienende eine externe Kinderbetreuung immer weniger leisten können. Es geht darum, dass die Marktlogik dazu führt, dass in gewissen Quartieren kaum Kitas gibt und in anderen ein Überangebot oder dass gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen zu einem Wettbewerbsnachteil werden. Es geht darum, sicherzustellen, dass eine hohe Betreuungsqualität der zentralen Rolle von Kitas in der frühkindlichen Bildung und Integration Rechnung trägt. Und es geht darum, dass Kinderbetreuung eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben ist, die entsprechend finanziert und aufgewertet

gehört. Aus Sicht der GB/JA!-Fraktion sind diese Fragen die wichtigen und die spannenden. Und wir werden sie im Kontext der Revision des Betreuungsreglements, das aktuell in der Vernehmlassung ist, vertieft beraten. Doch die Antworten auf diese Fragen haben grundsätzlich nichts mit dem vorliegenden Geschäft zu tun, denn egal wie diese Antworten ausfallen, muss das Defizit von Kita Stadt Bern und das damit verbundene Risiko in der Jahresrechnung 2024 abgebildet werden und damit sind wir wieder am Anfang beim finanzbuchhalterischen Aspekt. Und bevor ich nun argumentative Kreise drehe, schliesse ich hier kurz und knapp, die GB/JA!-Fraktion wird dem vorliegenden Nachkredit von 3,69 Mio. Franken zustimmen. Danke.

Präsident: Danke, als nächstes für die Fraktion FDP, Oliver Berger. Oliver Berger ist der letzte Fraktionssprecher, ihr könnt euch also ab sofort für Einzelvoten anmelden.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP lehnt die Rückstellung im Zusammenhang mit dem geplanten Nachkredit für die Spezialfinanzierung über den allgemeinen Haushalt der Kita Stadt Bern ab. Die Kitas stehen in einem Wettbewerb und dieser funktioniert. Wir haben ein gutes Netz an privaten Kitas. Der Staat sollte nur subsidiär einspringen. Die tiefe Belegung spricht eher dafür, dass man eben ein Überangebot an Kitas hat. Da muss der Staat nicht noch zusätzlich Kitas betreiben. Man muss jede einzelne Kita prüfen, wie sie im Vergleich zu den privaten Anbietern vor Ort steht. Man muss die Betriebskosten in jedem Fall genau anschauen und analysieren, ob es dann wirklich auch ein staatliches Angebot effektiv braucht. Aber wir reden ja formell nur über die Rückstellung und trotzdem ist es schon eine Vorwegnahme eines Nachkredits, für den es aktuell noch gar keine rechtliche Grundlage gibt, weil das Reglement noch gar nicht existiert bzw. im Moment eben noch in Vernehmlassung ist. Wenn wir hier weitere Steuergelder sprechen und einsetzen, dann verzerren wir den Wettbewerb und schaffen ungleiche Spiesse für die privaten Anbieter. Die Kitas sind aufgrund der staatlichen Strukturen grundsätzlich weniger flexibel und müssen hohe Auflagen erfüllen, sie sind Träger und können auch weniger gut mit Schwankungen oder Umfeldveränderungen umgehen. Es ist deshalb immer einfach, nach dem Staat zu rufen, wenn man die Hausaufgaben nicht gemacht hat. Es werden schlussendlich weitere Millionen von Steuergeldern in den Strukturertalt eines Überangebots investiert. Das ist nicht zweckmässig und das würde schlussendlich auch den Wettbewerb verzehren und die privaten Anbieter benachteiligen. Noch kurz einen weiteren Gedanken zum Timing dieses Geschäfts. Man könnte fast auch das Gefühl haben, dass man das Thema nicht mehr vor der Wahl angehen wollte – reiner Zufall. Denn für die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit dieser Eventualverbindlichkeit – also die Frage, ob man das ausgleichen und eine Rückstellung bilden muss – ist trotz aller objektiven Kriterien, auch immer ein bisschen eine subjektive Beurteilung. Und ich frage mich dann, was sich so fundamental geändert hat, dass man das nicht schon in der letzten Budgetrunde nach kaufmännischen Grundsätzen und dem Vorsichtsprinzip als Rückstellung taxieren konnte, sondern jetzt erst nach den Wahlen. Ja, aber es war wohl zu unpopulär im letzten Herbst, das schon anzugehen. Deshalb schliessen ich mich auch dem Votum von Alex Feuz an. Der Revisionsvorbehalt ist auch in Anbetracht der generellen Finanzlage der Stadt Bern eigentlich nichts Aussergewöhnliches, wenn man das Geschäft so annehmen würde. Die Fraktion FDP lehnt deshalb die Rückstellung für den Nachkredit ab. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci dir. Als Einzelsprecherin Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte), Einzelvotum: Ich nehme in meinem Einzelvotum Bezug auf die Voten von Lena, Raffael und Anna. Es ist schon so, dass wir hier von einer Rückstellung eigentlich reden, aber wir haben halt eben jetzt schon über Themen gesprochen, die wir in der Vernehmlassung bearbeiten werden können, und da sind Sachen gesagt worden, die so nicht stimmen und die dürfen wir auch so nicht stehen lassen. Wenn ihr von einer Zweiklassengesellschaft redet, dann ja, ihr habt recht, aber ihr schafft diese, indem ihr Sachen behauptet, wie dass die Arbeitsbedingungen in den privaten Kitas per se schlechter sind, oder dass wir ja die Betreuungsqualität garantieren können müssen und das kann man nur mit städtischen Kitas. Ich glaube nicht. Meine Felderfahrung zeigt, als unsere Kinder auch in die Kitas gegangen sind, dass sie gut betreut worden sind. In privaten Kitas, in den städtischen Kitas, sind es ausgebildete Leute mit einem Commitment, sich dieser Betreuungsaufgabe zuzuwenden. Das dürfen wir nicht einfach so stehen lassen, denn das schafft eine Zweiklassenbehauptung gegenüber den privaten Kitas. Was ebenfalls nicht richtig ist, dass es an gewissen Orten keine privaten Kitas gibt, nur städtische. Ich habe einen Fall erlebt. Gerade kürzlich haben wir in der RWSU das Geschäft behandelt: "Zumiete Kindertagesstätten Wylerringstrasse 60." Ihr erinnert euch? Und ich habe dort – interessanterweise war der damalig zuständige Finanzdirektor für das Geschäft in der Kommission –, die Frage gestellt, ob man denn überhaupt in Erwägung gezogen hat, dass an dem Ort eine private Kita sein könnte. Das hat man gar nicht. Also zu behaupten, es gebe dort halt nur städtische Kitas, die das können, das kann man einfach dann behaupten, wenn man das andere gar nicht abgeklärt hat. Auch das ist falsch. Übrigens die Frage, die wir auch noch nicht finden, dass sie beantwortet ist, ist, warum, dass das Defizit ist. Anna hat gesagt, ihr reicht jetzt die Erklärung, die der Gemeinderat als Antwort auf den Vorstoss gegeben hat. Aber die FIKO untersucht das auch jetzt und bevor die Fragen nicht geklärt sind, können wir eigentlich eben auch nicht über das Geschäft abstimmen. Also bleiben wir doch bei den Fakten, nicht bei Falschbehauptungen, schaffen wir Fairness, gleich lange Spiesse und eben keine Zweiklassengesellschaft. Besten Dank.

Präsident: Als nächste Einzelsprecherin, Janina Aeberhard.

Janina Aeberhard (GLP), Einzelvotum: Ich wiederhole die Frage von Francesca. Wie lange wollen wir uns noch ein so defizitäres Angebot wie Kitas Stadt Bern leisten? Die Liberalisierung des Kitamarktes ist kein Problem, wie vorhin gesagt wurde. Seit wir Betreuungsgutscheine haben, haben wir ein ausreichendes und flächendeckendes Betreuungsangebot in der Stadt Bern. Ich mag mich noch an Zeiten erinnern, in denen Familien zum Beispiel aus dem Westen von Bern einen Kitaplatz im Kirchenfeld annehmen mussten, weil es schlicht keine andere Option gab. Das ist heute nicht mehr so – das ist gut so. Das ist gut für die Familien. Das System funktioniert also sehr wohl und wer das Gegenteil behauptet, verkennet die Realität. Warum ein Zweiklassensystem entstehen sollte, wenn es keine städtischen Kitas gibt, ist mir ein Rätsel. Mit den Betreuungsgutscheinen gibt es ein faires System von Vergünstigungen, das allen gleichermaßen zur Verfügung steht, die die Bedingungen für Betreuungsgutscheine erfüllen und da profitieren insbesondere auch Familien mit einem geringen Einkommen. Die Versorgung mag vielleicht nicht überall gleich dicht sein, aber ich möchte immer noch wissen, wo es in der Stadt Bern nur ein städtisches Kita-Angebot gibt ohne ein privates. Béatrice Wertli hat vorhin genau die gleiche Frage gestellt. Bitte sagt mir das dann doch bei Gelegenheit noch und bitte lasst uns bei den Fakten bleiben und da gehört nun mal halt auch dazu, dass die Kita Stadt Bern sehr stark defizitär seit mehreren Jahren ist und man Mittel aus dem allgemeinen Haushalt reinputzen will, obwohl dies rechtlich

unzulässig ist. Und es gibt aktuell keine ausreichende Strategie, wie man die Wirtschaftlichkeit von Kitas Stadt Bern in Zukunft so verbessern will und kann, dass keine unzulässigen Zuschüsse aus dem allgemeinen Haushalt erforderlich sind. Die Stimmbevölkerung hat entschieden, dass für städtische und private Kitas die gleichen Bedingungen gelten sollen. Wollt ihr ernsthaft diesen Volksentscheid nun übergehen, weil Kitas Stadt Bern durch eigenes Verschulden oder auch aus strukturellen Gründen so hohe Defizite angehäuft hat?

Präsident: Merci vielmals. Gibt es noch weitere Einzelvoten? Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Danke vielmals für das ausführliche Referat und die gute Kontextualisierung des heutigen Geschäftes, Barbara, und vor allem auch für die lebhaftige Debatte. Ich denke, wir sind gut aufgewärmt für ein Thema, das uns noch ein Weilchen zusammen beschäftigen wird in der gemeinsamen Lösungsfindungsphase, in die wir jetzt intensiv gestartet sind. Bei diesem vorliegenden Geschäft, da handelt es sich um einen Nachkredit, ich betone das gerne nochmals, zur Bildung einer Rückstellung im Zusammenhang mit den städtischen Kitas. Es handelt sich bei diesem Geschäft um eine rein finanztechnische Angelegenheit, zu welchen wir seitens kantonaler Gesetzgebung buchhalterisch verpflichtet sind. Ich verstehe allerdings das Bedürfnis, das sich heute Abend ausgedrückt hat, dass die Grundsatzdebatte, wie es weiter geht mit der Zukunft der städtischen Kitas, dass das sehr gross ist. Es ist offensichtlich etwa gleich gross wie die Spannbreite der Verschiedenartigkeit an Lösungsvorschlägen, wie wir weiterfahren mit den städtischen Kitas und mit dem allgemeinen städtischen Kita-Wesen in der Stadt Bern und darüber hinaus. Der inhaltliche Kontext, da geht es bei diesem Geschäft von heute Abend, da geht es um die Eigenheit der Kita-Spezialfinanzierung. Die Kita Stadt Bern, die darf ihre Jahresergebnisse Ende Jahr jeweils nicht durch den allgemeinen Haushalt der Stadt ausgleichen. Das ist bei dieser Spezialfinanzierung so. Das war eigentlich ein politischer Entscheid und da war von Anfang an klar, dass wenn hier in dieser Spezialfinanzierung Defizite entstehen, dass dann irgendwann eine Lösung auf den Tisch gelegt werden muss.

Es geht also um einen geschlossenen Rechnungskreislauf in dieser Spezialfinanzierung. Ich will hier betonen, bis 2019 konnten in dieser Spezialfinanzierung die städtischen Kitas kostendeckend bestehen. Ab 2020, da ging es los mit den Defiziten, und zwar ging es da los aus verschiedensten Gründen, die ihr im Detail dann in der Vorlage nachlesen könnt. Diese Unterlagen liegen ja unterdessen vor, dort ist es noch genauer beschrieben. Aber 2020 gab es einen massiven Einbruch: Sehr viele Eltern haben viel weniger Betreuungsstunden in Privaten wie in den städtischen Kitas nachgefragt und seitdem ist eine Marktbereinigung im Gang in der Stadt Bern, die sehr viele Kitas – sowohl private wie auch städtische – vor grosse Herausforderungen stellt. Auch die städtischen Kitas, haben ab dann Defizite jährlich angehäuft und wir sind immer mehr in eine Schieflage geraten. Ab diesem Zeitpunkt haben wir auch begonnen, Massnahmen zu ergreifen. Aufgrund dieser Situation ist es gesetzlich notwendig, im Jahresabschluss 2024 jetzt diese Rückstellung zu bilden. Denn, das erkläre ich auch gerne noch einmal, bei den Spezialfinanzierungen seitens kantonaler Gesetzgebung gemäss HRM2 ist es so vorgeschrieben, dass bei Spezialfinanzierung es grundsätzlich möglich ist, Reserven aus Bilanzüberschüssen zu bilden und mit denen dann die Defizite, die vielleicht dann in einem Folgejahr oder in den folgenden Jahren entstehen, wieder innerhalb der Spezialfinanzierung zu decken. Und ab diesem Zeitpunkt – das sagt das

kantonale Gesetz – hat die Gemeinde acht Jahre Zeit, um das Defizit abzutragen, wenn die Reserven aufgebraucht sind und gleichzeitig weitere Defizite entstehen.

In unserem Fall, weil das eben seit dem Zeitpunkt ist, den ich vorhin genannt habe, passiert ist, haben wir Zeit bis 2028. Und letztes Jahr haben das die finanzzuständigen Stellen der Verwaltung – also die Finanzkontrolle aus der Finanzverwaltung der FPI und die externen Revisionsstellen – dies in den Blick genommen. Wir haben darum auf diese Rückstellung nun hingewiesen und diesen Nachkredit aufgegleist. Das ist der Grund, warum es heute wirklich nur um diese technische Frage geht, damit wir hier dieses Gesetz einhalten können. Wir sind dazu verpflichtet, diese Rückstellung zu bilden, weil wir davon ausgehen müssen – und das ist, glaube ich, wirklich allen klar – dass wir diese Defizite nicht mit Überschüssen in den nächsten Jahren, innerhalb dieser 8 Jahre, wieder decken werden können, also diese 8 Millionen. Und bis 2028 müssen wir auf irgendeine Art – die wir dann jetzt gemeinsam in der FEBR-Revision diskutieren werden – rückblickend irgendwie mit dieser Situation umgehen und das wieder zurechtbiegen. Einen Teil dieser Rückstellung, dieses Betrages um die 8 Mio. Franken konnte innerhalb des Globalkredites von FQSB in der Rechnung 2024 kompensiert werden. Für diesen anderen Teil ist dieser Nachkredit noch notwendig. Das ist der Betrag, den ihr vorliegen habt. Und nun will ich es doch noch einmal betonen, weil irgendwie doch noch ein paar Missverständnisse vorliegen: Die Spezialfinanzierung wird mit dieser Rückstelle noch nicht ausgeglichen und wenn ihr diesem Kredit zustimmt, dann nehmt ihr auch keinen politischen Entscheid vorneweg. Es geht um diese finanztechnische gesetzlich vorgeschriebene Vorkehrung. Was aber klar eine Tatsache ist, und das betone ich hier gerne heute Abend, dass wir dieses angestaute Defizit irgendwie ausfinanzieren müssen, das ist allen klar, das ist auch dem Gemeinderat klar.

Das ist auch der Verwaltung klar, seit wir in diese Schieflage gekommen sind. Aber wie wir das machen, das ist jetzt abhängig vom politischen Entscheid, und da sind wir jetzt gestartet in diesem Prozess, wie es nämlich grundsätzlich mit den städtischen Kitas weitergehen soll. Mit dieser FEBR-Revision, welche der Gemeinderat in die Vernehmlassung geschickt hat, können wir jetzt das diskutieren. Und der Gemeinderat schlägt vor, diese reglementarischen Grundlagen im Betreuungsreglement anzupassen, einerseits eben um das Problem dieses aufgelaufenen Defizits, dass das ausgeglichen werden kann, dass wir dieses HRM2-kantonale Gesetzproblem loswerden können. Die Vorlage umfasst natürlich noch viel mehr. Das ist jetzt noch nicht Teil des heutigen Geschäftes, das wird uns, wie gesagt, noch sehr intensiv beschäftigen. Genau, ich kann nachvollziehen, dass es euch in diesem Zusammenhang mit der Bildung dieser Rückstellung in dieser Grössenordnung interessiert. Und auch, weil das Kita-Wesen grundsätzlich ein sehr politisch brisantes Geschäft ist, interessiert euch, wie es mit den Kitas weitergehen soll. Und auch die Frage wurde heute Abend in den Raum gestellt, warum es zu diesem aufgelaufenen Defizit gekommen ist. Und ich will hier und heute nochmals klarstellen: Das hat der Gemeinderat auch schon in der alten Legislatur mehrmals und immer transparent klargemacht in verschiedensten Kommissionen. Über diese Defizite wurde immer transparent informiert und die BSS hat schon seit dem Einbruch dieser Nachfrage Massnahmen ergriffen, um dieses Defizit zu stabilisieren.

Das ist eine sehr komplexe Angelegenheit und es ist auch nicht einfach so, dass wenn man zum Beispiel einen Standort schliesst, also man dann umgehend 2 Monate später irgendwie etwas wie eine halbe Million einsparen kann. Das sind sehr langwierige Prozesse. Man muss sorgfältig mit dem Personal umgehen und man muss die Eltern frühzeitig involvieren. Dann hat man immer eine Phase, bis man aus den Mietverhältnissen raus ist und bis man die Infrastruktur abgebaut hat. Dann gibt es eine lange Transformationsphase, das geht leider nicht so schnell. Und viele von diesen Massnahmen, die

ergriffen wurden seit dieser Phase dieses Einbruchs, die wurden schon umgesetzt. Das habt ihr auch mitbekommen. Es wurden Standorte geschlossen oder zusammengelegt und es wurde laufend der Personalbestand an die effektiven nachgefragten Betreuungsplätze angepasst. Auch das ein sehr komplexer und langwieriger Prozess, mit dem kämpfen übrigens nicht nur die städtischen Kitas, sondern auch die privaten Kitas. Das will ich an dieser Stelle auch betonen: Es hat leider auch sehr viele Kitaschliessungen gegeben in dieser sogenannten Marktbereinigungsphase in Kombination mit dem Einbruch der Nachfrage. Das ist für die privaten Kitas auch ein sehr herausforderndes Umfeld und da kämpfen wir alle im gleichen Boot mit den gleichen Problemen. Aber wir sind die öffentliche Hand und wir müssen jetzt dieses Problem lösen mit unseren Defiziten.

Gemäss unseren heutigen Einschätzungen – das könnt ihr auch in den Vernehmlassungsunterlagen nachlesen – können wir mit den bereits ergriffenen Massnahmen und mit den Massnahmen, die jetzt noch laufend immer wieder ergriffen werden, die Kita Stadt Bern stabilisieren und mittelfristig wieder kostendeckend innerhalb der Spezialfinanzierung betreiben. Voraussetzung ist die Art und Weise des politischen Entscheidens. Der Gemeinderat, das hat er schon letzten Sommer öffentlich kundgetan, schlägt darum vor, dass man die trägerschaftsbedingten Mehrkosten abgeltet und in Kombination mit den Sparmassnahmen, die bereits ergriffen wurden, kommen wir ziemlich sicher auf die Zielgerade, um die Schieflage wieder gerade zu biegen. Das alles werden wir in diesem Jahr intensiv mit euch diskutieren. Heute geht es jetzt aber um diese technische Frage, welche unabhängig von der Lösung ist, wie wir mit diesem Defizit, das sich rückwirkend jetzt angestellt hat, umgehen und ich bitte euch, der Rückstellung darum zuzustimmen, damit wir diese gesetzlichen Vorgaben erfüllen können und bedanke mich jetzt schon für die lebhafteste Debatte.

Präsident: Merci, Ursina. Wir kommen somit zur Abstimmung über dieses Geschäft. Wer den Nachkredit zum Globalkredit 2024 genehmigen will, drückt Grün, wer ihn ablehnt, drückt Rot.

Abstimmung Nr. 017

2021.BSS.000118

Annahme

Ja	45
Nein	24
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt diesen Nachkredit genehmigt.

2021.BSS.000129

15 Schulamt: Nachkredit zum Globalkredit 2024

Präsident: Wir sind bei Traktandum Nummer 15, auch das ist ein Sachgeschäft ohne Referendum: "Schulamt: Nachkredit zum Globalkredit 2024." Für die vorberatende Kommission SBK erteile ich das Wort Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Kommission: Es geht hier wiederum um einen Nachkredit in der Höhe von 2,87 Mio. Franken, ein Nachkredit zum Globalbudget 2024 des Schulamts. Der Nachkredit ist notwendig, weil der Globalkredit des Schulamts von rund 155 Mio. Franken um 8,31 Mio. Franken überschritten wurde. Diese Überschreitung setzt sich aus den folgenden Elementen zusammen: Erstens machen die Heiz- und Nebenkostenabrechnungen der Jahre 2022-2023 und 2023-2024 sowie die Personalkostensteigerung rund 5,5 Mio. Franken der Überschreitung aus. Weil die Heiz- und Nebenkosten bei ISB und der Teuerungsausgleich zentral bei der FPI budgetiert werden, sind diese für den vorliegenden Nachkredit finanziell nicht weiter relevant. Das zweite Element ist eine Abweichung im Budget der Tages- und Ferienbetreuung. Diese Abweichung ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Zusammengefasst kann man sagen, dass das Budget für die Tages- und Ferienbetreuung 2024 im ersten Quartal 2023 aufgrund der Rechnung 2022 erstellt wurde. Die Referenz auf 2022 war jedoch aus verschiedenen Gründen nicht aussagekräftig. Daraus resultierte eine Fehlbudgetierung. Das Jahr 2022 hat sich rückblickend aus folgenden Gründen als ungeeignetes Referenzjahr herausgestellt: Erstens ist die Berechnung des Kantonsbeitrags ganz grundsätzlich mit grossen Unsicherheiten verbunden. Da die Zahl der Betreuungsstunden aufgrund der gestiegenen Nachfrage erhöht wurde, nahm man an, dass auch der Kantonsbeitrag höher ausfallen würde. Das war aber nicht so, weil die Normlohnkosten nicht gleich angestiegen sind wie die Elternbeiträge. Kurz, der Kanton hat weniger Geld ausbezahlt als in den Vorjahren. Zweitens hat 2022 ein Systemwechsel stattgefunden. Die Tagesschulen und Ferieninseln wurden zur Tages- und Ferienbetreuung zusammengeführt und insbesondere das Angebot der Ferienbetreuung stark ausgebaut. Damit waren kaum Erfahrungswerte da, mit denen die budgetierten Beträge hätten plausibilisiert werden können. Drittens war 2022 von Dynamiken im Zusammenhang mit Corona geprägt. Die tiefere Anzahl Betreuungsstunden, tiefere Elternbeiträge aufgrund von Ertragsausfällen und temporäre Schulschliessungen während der Pandemie führten 2022 zu einem ausserordentlich hohen Kantonsbeitrag. In der Kommission ist dann zu Recht die Frage gestellt worden, warum bei der Budgetierung neben 2022 nicht noch andere Jahre berücksichtigt wurden. Aus den Antworten der Verwaltung wurde jedoch klar, dass insbesondere aufgrund des Systemwechsels, also der Zusammenlegung von Tages- und Ferienbetreuung nicht mit den Vorjahren verglichen werden konnte. Es kam daher, wie gesagt, für das Jahr 2024 zu einer Fehlbudgetierung des Kantonsbeitrags, der rund 4 Mio. Franken tiefer ausgefallen ist als budgetiert. Einen Teil dieser Mindereinträge des Kantons konnten durch Minderausgaben kompensiert werden. Davon fällt ein grosser Teil auf die Schulinformatik, weil Investitionen später als geplant getätigt wurden und die entsprechenden Abschreibungen damit nicht ins Rechnungsjahr 2024 fallen. Diese Minderkosten betragen 2,18 Mio. Franken. Minderkosten gab es auch bei den Schulkosten, diese betragen 158'000 Franken. Sie hängen damit zusammen, dass die Stadt einerseits Mehreinnahmen von Schüler*innen aus anderen Gemeinden und weniger Ausgaben für Schüler*innen am Gymnasium verzeichnet hat. Wenn man all diese Faktoren zusammenrechnet, kommt man auf den Betrag von 2,871 Millionen, der nun dem Stadtrat als Nachkredit beantragt wird. In der Kommissionsdiskussion wurde deutlich, wie ausserordentlich komplex die Budgetierung in diesem Bereich ist. Dies insbesondere auch, weil die Tarife und Normlohnkosten erst nach der Budgetierung durch den Kanton festgelegt werden. Die gute Nachricht ist jedoch, dass in Zukunft immer mehr Erfahrungswerte bestehen und dass auch durch die vollständige Umsetzung des neuen Betreuungsschlüssels stabilere Zahlen zu erwarten sind. So wird man für das Budget 2026 und fortfolgende auf mehr Erfahrungen zurückgreifen können und hoffentlich präziser budgetieren. Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Kommission die

Annahme des Nachkredits bei 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen. Den Antrag der GFL, der als Tischvorlage vorliegt zu diesem Geschäft, konnten wir in der Kommission nicht diskutieren und ich nehme dazu deshalb keine Stellung. Danke.

Präsident: Merci, dann könnt ihr euch anmelden für die Fraktionsvoten. Als erstes für die Fraktion GLP-EVP, Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Ich halte mich kurz, denn das meiste haben wir bereits bei den anderen Nachkrediten erläutert. Die GLP-EVP-Fraktion hat eine Enthaltung bei diesem Geschäft beschlossen. Wir wollen mit dieser Enthaltung unseren Unmut über den weiteren Nachkredit kundtun. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass das Geld bereits ausgegeben wurde und dass auch eine buchhalterische Notwendigkeit für diesen Nachkredit besteht. Ich möchte aber jetzt gerne noch ein paar Worte zum Antrag verlieren. Und zwar geht es bei diesem Antrag darum, den gleichen Betrag, über den wir jetzt für den Nachkredit diskutieren, beim Budget 2025 zu streichen. Aus meiner Sicht ist das aus 2 Gründen sehr problematisch. Erstens hat das Stimmvolk über das Budget 2025 befunden und wir können jetzt nicht einfach als Stadtrat dort wieder 2,5 Mio. oder ein bisschen mehr herausstreichen. Und zweitens gibt es einen Budgetprozess und das wäre aus meiner Sicht der Ort, wo so ein Antrag platziert werden müsste und dieser würde dann erst für das Jahr 2026 gelten und nicht für das Budget 2025. Aus diesen beiden Gründen möchte ich euch wärmstens empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Präsident: Merci, für die Fraktion GFL, Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Ja, ich gehe in meinem Votum natürlich auch auf die Worte von Corina Liebi ein. Es geht wieder um einen Nachkredit, wieder in Millionenhöhe – diesmal tatsächlich ein Nachkredit. Das Geld ist ausgegeben, weil man zuvor falsch budgetiert hatte. Man hatte ein falsches Referenzjahr zugrunde gelegt. Offenbar holen uns auch hier noch Corona-Turbulenzen ein. Shit happens – Fehler passieren und müssen passieren können, sonst erstarrt der Verwaltungsapparat in Handlungsunfähigkeit. Störend ist es, dass es wieder die BSS betrifft und dass die Ursache wieder im Kinderbetreuungssektor liegt. Diese heilige Kuh anzugreifen, ist ein Tabu. Theoretisch könnte in diesem Fall die Lex Theiler zum Zuge kommen. Und das ist ein Instrument, das wir selber einst beschlossen haben: Nämlich, dass im Fall von Nachkrediten, die erst dann vor den Stadtrat kommen, wenn das Geld bereits ausgegeben ist, man eben gezwungen ist, dasselbe Geld im nächsten Jahr einzusparen. Diese Lex Theiler kommt quasi nie zum Zuge. Ich weiss auch nicht genau, wer eigentlich dann derjenige oder diejenige oder der Stadtrat oder wer dann ist, der das kontrollieren soll. Unter anderem aus diesem Grund haben wir gefunden, wir machen diesen Antrag. Wir möchten eigentlich gerne, dass hier mal das umgesetzt wird, was wir selber mal beschlossen haben. Wir rechnen nicht damit, dass er angenommen wird, nur schon, weil das Thema an sich ja eben eine heilige Kuh ist. Bereits in der Kommission ist das Geschäft ja mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein und 2 Enthaltungen durchgekommen. Bereits in meinem vorigen Votum habe ich Fragen angetönt, die mir in diesem Zusammenhang wichtig erscheinen und ich ergänze hiermit den Katalog. Wie viel darf uns Kinderbetreuung in dieser Stadt kosten? Weshalb werden die verschiedenen Kinderbetreuungsangebote nicht zusammen gedacht, zumal sie sich wie im Fall der Tagesbetreuung an Schulen und den Kitas gegenseitig konkurrenzieren? Im Bereich der Kindergartenkin-

der wird doppelt gefahren, doppelt finanziert und offenbar auch doppelt Defizit eingefahren. Ist es nicht vielmehr so, dass staatlich geführte Institutionen aufgrund der starren Strukturen – zum Beispiel das Personalreglement – nicht dynamisch genug mit dem volatilen Markt, der hier vorliegt, umgehen können? Oder ganz provokativ: Wessen Wohl steht in diesen Angeboten zuoberst? Das des Personals oder das der Zielgruppe? Und im Hinblick auf die Vernehmlassung zum FEBR: Weshalb wird der Ausstieg aus diesem Markt nicht ebenso ernsthaft geprüft wie die Möglichkeit, drin zu bleiben? Es gibt nämlich kein Gesetz, welches die Stadt dazu verpflichtet, das alles selber zu machen und ich bin einverstanden mit Raffael Joggis Votum, dass es ganz wichtig ist, dass der Staat sicherstellt, dass Kinderbetreuungsangebote im richtigen Ausmass für alle Frauen und für alle Männer zur Verfügung stehen. Ich bin aber nicht sicher, ob das die Stadt immer selber machen muss, ob nicht viel mehr der Staat Rahmenbedingungen schaffen muss, die das ermöglichen. Diese Diskussion werden wir führen. Das alles steht heute hier nicht zur Debatte, aber ich eröffne damit die Debatte darüber im Hinblick auf die Revision des FEBR. Die GFL wird dem Nachkredit auch dann zustimmen, wenn unser Antrag auf Anwendung der Lex Theiler abgelehnt werden sollte, was vermutlich der Fall sein wird. Danke vielmals.

Präsident: Danke. Als nächstes für die Fraktion SP-JUSO, Monique Iseli.

Monique Iseli (SP) für die Fraktion: Im Namen der Fraktion SP-JUSO spreche ich mich für die Bewilligung des beantragten Nachkredits zum Globalbudget des Schulamts 2024 aus. Ja, dieser Kredit ist hoch, rund 2,87 Mio. Franken und ja, der Kredit im Bereich Tages- und Fernbetreuung wurde überschritten, aber aus unserer Sicht ist diese Überschreitung nachvollziehbar und begründet. Was passiert ist, war eine Fehlbudgetierung, allerdings keine, die auf Nachlässigkeit oder schlechte Planung zurückzuführen ist. Vielmehr wurde das Budget auf Basis eines Referenzjahres erstellt, das sich im Nachhinein als ungeeignet erwiesen hat. Das Budget wurde im ersten Quartal 2023 erstellt, mit Zahlen aus dem Jahr 2022. 2022 war noch von Corona Nachwirkungen geprägt, wir haben es gehört, mit tiefen Elternbeiträgen und aussergewöhnlich hohen Kantonsbeiträgen. Gleichzeitig war 2022 das Jahr nach einem grösseren Systemwechsel, Anna hat es uns erklärt. Dieses Jahr als Basis zu nehmen, war im Rückblick nicht ideal, aber angesichts des Umbaus im Betreuungssystem durchaus auch nachvollziehbar. Erschwerend kommt noch hinzu, dass die Tarife und Normlohnkosten des Kantons jeweils erst nach Abschluss des städtischen Budgetprozesses festgelegt werden und gerade bei einem neuen System mit wenig historischen Vergleichsdaten erschwert das die Planung zusätzlich. Auch die Berechnung des Kantonsbeitrags ist sehr komplex, sie hängt von vielen Parametern ab. Kurz gesagt, die Abweichung im Budget lässt sich dadurch erklären, dass der Kantonsbeitrag um rund 4 Mio. Franken tiefer ausgefallen ist als basierend auf dem Referenzjahr 2022 angenommen. Ein Teil davon ist kompensiert und der beantragte Nachkredit ist nun der Restbetrag. Unsere Fraktion empfiehlt daher dem Stadtrat den Nachkredit zu sprechen und gleichzeitig aus dieser Situation zu lernen, bei der Wahl von Referenzjahren muss Vorsicht geboten sein, mittelfristig braucht es stabilere Grundlagen für die Budgetierung. Diese werden sich aber mit der Zeit verbessern durch die wachsende Erfahrung in diesem neuen System. Noch kurz zum Antrag, den wir heute als Tischvorlage erhalten haben. Dazu möchte ich sagen, dass eine Kürzung von 2,87 Mio. Franken beim Schulamt drastische Konsequenzen hätte und zu Leistungsabbau führen würde. Mögliche Konsequenzen erachte ich als zu einschneidend, um sie hier so spontan zu diskutieren. Danke.

Präsident: Merci. Als nächstes für die Fraktion FDP, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Wir von der Fraktion FDP lehnen den Nachkredit des Schulamts ab, einerseits formell und andererseits materiell. Vorab finden wir das Angebot des Schulamts grundsätzlich unterstützungswert, aber nicht mit diesen Abweichungen. Zum Formellen möchte ich auf die kantonale Gemeindeordnung hinweisen. In Artikel 112 Absatz 12 der GV steht, ich zitiere: "Nachkredite sind dem zuständigen Organ zu unterbreiten, bevor weitere Verpflichtungen eingegangen werden." Hier in diesem Fall ist das sicher nicht so gewesen. Zum Materiellen: Wir reden hier immer von einer Fehlleistung bei der Budgetierung. Ich würde sagen, es ist eine Fehlbudgetierung und trotz aller Unsicherheiten während Corona bei Finanzplanungen ist die Qualität der Prognosen mit dem falschen Referenzjahr mangelhaft oder eben ungenügend gewesen. Das verhält nach kaufmännischen Grundsätzen nicht und es ist eine Unart, dass für diese derart grosse Abweichung einfach die hohle Hand gemacht wird und der Staat wieder einmal einspringen soll. Wir fragen uns, welche Massnahmen man dann ergriffen hat, dass das in Zukunft nicht mehr passiert. Den Antrag der GFL unterstützen wir und den Nachkredit des Schulamts lehnen wir ab. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Danke, für die Fraktion GB/JA!, Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Ja, eigentlich hatte ich nicht vor, ein Fraktionsvotum zu halten, weil wir diesem Nachkredit zustimmen werden und es gibt kaum viel dazu zu sagen. Zum Antrag der GFL möchte ich dennoch jetzt noch kurz Stellung nehmen. Wir werden diesen ablehnen, und zwar, weil wir es einerseits wirklich unverantwortlich finden, über eine Budgetkürzung für das Schulamt von 2,8 Mio. Franken zu entscheiden, Aufgrund eines Antrags, der weder in der Kommission noch in den Fraktionen vorher diskutiert werden konnte. Denn eine solche Kürzung wird Konsequenzen haben in einem Bereich, in dem wir definitiv nicht leichtfertig Geld streichen sollten. Und zudem ist die einseitige Anwendung dieser Regelung auf das Schulamt aus Sicht der GB/JA!-Fraktion sehr irritierend. Wir haben heute mehrere Nachkredite bewilligt und am Schulamt nun ein solches Exempel zu statuieren, das ist einfach unseriös. Wir lehnen den Antrag ab.

Präsident: Vielen Dank, für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich will es hier nicht gross weiter ausführen. Für mich ist einfach entscheidend, dass wir jetzt diverse Nachkredite haben. Wir lehnen sie immer ganz klar ab. Die formellen und materiellen Gründe hat schon Oliver Berger ausgeführt. Ich kann mich hier anschliessen. Für mich ist es nicht überraschend, dass es hier wieder einmal schiefging. Man budgetiert einfach, da man weiss, dass man die Mehrheit im Stadtrat in den eigenen Reihen hat. Man kann hier relativ sorglos budgetieren. Man kann versuchen, das so zu machen und dann ist das Risiko gering, es wird durchgewunken und das wollen wir nicht. Es geht auch hier darum, ein Zeichen zu setzen. Ich wechsle jetzt wieder ins Bern-Deutsch. Für mich ist es auch ganz entscheidend: Ihr habt ja gesehen, dass eine Motion der GLP hängig ist, die die Kreditlimiten erhöhen will. Das ist eben jetzt gerade der falsche Ansatz. Wir haben hier gesehen, wie teilweise leichtfertig budgetiert wird, weil man immer darauf vertraut, dass der Stadtrat – und ihr kennt die Mehrheitsverhältnisse – alles absegnet. Deshalb muss man hier eben einmal ganz klar ein Zeichen setzen und wir werden konsequent den Antrag ablehnen. Merci.

Präsident: Danke. Dann als Einzelvotum, Georg Häsler. Bitte weitere Einzelvoten anmelden.

Georg Häsler (FDP), Einzelvotum: Ich habe der Sitzung jetzt ein bisschen zugehört. Wir haben jetzt 4-mal über Nachtragskredite abgestimmt. Wenn man beim Zuhören ein bisschen anfängt zu rechnen, stellt man fest, dass man mindestens bei drei Anträgen ziemlich genau spezifizieren kann, über wie viel wir abgestimmt haben. Bei den Immobilien ist es ein bisschen schwieriger, aber insgesamt gibt es eine Summe, über die wir heute Nachtragskredite abgestimmt haben, von 7,3 Mio. Franken. Gleichzeitig haben wir in der Rechnung ein Defizit von 12,2 Mio. Franken. Das heisst, wir haben heute eigentlich das Defizit, wenn wir ehrlich wären, um mehr als ein Drittel erhöht. Das ist nicht eine seriöse Finanzpolitik. Und ich glaube, diese Rechnung müssen wir machen, über das müssen wir nachdenken. Das ist nicht seriös, was wir hier machen. Wir haben eine Rechnung, wo wir nachher noch einen Drittel draufgeben. Wenn wir das machen würden als Privatperson, dann käme es nicht gut raus bei einer Schuldenberatung. Merci.

Präsident: Merci, gibt es weitere Einzelvoten? Das ist nicht der Fall, dann hat für den Gemeinderat das Wort, Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Zu Beginn möchte ich gerade noch kurz auf das letzte Votum eingehen. Also meines Wissens sind all diese Nachkredite in der Rechnung, also in diesem Defizit schon mit eingerechnet. Das erhöht das Defizit nicht. Gut, guten Abend noch einmal. Ich komme zurück zu diesem Nachkredit, worum es jetzt geht. Auch im Schulamt haben wir einen Nachkredit für die Rechnung 2024 eingeben müssen. Das Schulamt, das verantwortet einen Gesamtglobalkredit von rund 155 Mio. Franken und dieser Globalkredit wurde um 8,3 Mio. Franken überschritten. Wir konnten dann 5,4 Mio. Franken für die Heiz-Nebenkosten, das war auch ein sehr grosser Posten, und die Personalkostenteuerung, welche für die gesamte Stadtverwaltung gesammelt beantragt wurden, im anderen Nachkredit abziehen. Davon bleibt jetzt nun dieser Nachkredit übrig von rund 2,8 Mio. Franken.

Der Nachkredit ergibt sich im Schulamt insbesondere in der Tagesbetreuung, das haben wir vorhin gehört. Grund dafür ist diese Fehleinschätzung, die auch schon mehrmals jetzt erwähnt worden ist, in der Budgetierung des Kantonsbeitrags für die Tagesbetreuung. Die Finanzierung der Tagesbetreuung, das ist eine Verbundaufgabe des Kantons und Gemeinden. Und das Abgeltungssystem ist sehr komplex und auch die Entwicklungen sind sehr komplex, insbesondere wenn wir Systemumstellungen machen auf beiden Seiten, seitens Kantons und seitens Gemeinden, was in den letzten Jahren ja passiert ist. Die Elterntarife für die Betreuung, die sind einkommensabhängig und kantonal festgelegt, da haben wir keinen Einfluss drauf. Der Kanton bezahlt einen Anteil an die Normlohnkosten unserer Mitarbeitenden in der Tagesbetreuung. Die Tagesbetreuung in der Stadt Bern wiederum, die hat sich seit 2022 grundlegend verändert, so wurden die Tagis und Tagesschulen zusammengeführt, der Betreuungsschlüssel wird, wie vom Stadtrat beschlossen, schon mehrmals beschlossen, von 1 zu 10 auf 1 zu 6 angepasst und die Ferienbetreuung wurde stark ausgebaut und in die Tagesschule heute Tagesbetreuung integriert. In der Stadt Bern steht die Tagesbetreuung somit in hoher Qualität während 50 Wochen allen Kindern und Jugendlichen der obligatorischen Schule zur Verfügung. Gleichzeitig nehmen nach wie vor die Betreuungs-

stunden überproportional zum Schüler*innenwachstum zu. Auch hier haben wir übrigens Fehlberechnungen gemacht, weil wir nicht mit so einem hohen Wachstum gerechnet haben, nicht bei der Schüler*innenprognose, sondern eben bei der Nachfrage in der Tagesbetreuung. Immer mehr Eltern und Kinder und Jugendliche nutzen die Tagesbetreuung, das ist auch etwas, da haben wir einen Konsens in der Stadt, dass wir das eine gute Sache finden.

Ich komme jetzt wieder zurück zum Fehler, der eben passiert ist. Für das Budget 2024 wurde eben auf diese kantonale Abgeltung von der Rechnung 2022 zurückgegriffen, um die Neuerungen, die eben kurz vorher stattgefunden haben, bestmöglich im Budget aufzunehmen. Die Rückzahlung des Kantons war aufgrund des Ausbaus in der Tagesbetreuung 2022 ausserordentlich hoch, das haben wir heute schon mehrmals gehört, was für das Budget 2024 eben fehlerhaft berücksichtigt wurde bzw. zu wenig berücksichtigt wurde. Die Budgetierung auf der Grundlage der Rechnung 2022... das habe ich schon gesagt, ich wiederhole mich, Entschuldigung. Doch, die Budgetierung auf der Grundlage der Rechnung 2022, dieser Fehler, die führte dann auch zu einer Fehlbudgetierung, die sich im Budget 2025 noch einmal fortsetzte. Das passiert oft in unserer Haushaltsführung, weil wir eben in unserer Mehrjahresfinanzplanung diese 2-Jahresperiodizität haben, weil wir vom Rhythmus, wie wir planen, dann zweimal das nicht mehr technisch zurück korrigieren müssen. Das heisst, hier muss man immer mit Nachkrediten dann korrigieren. Diese Fehleinschätzung des kantonalen Beitrags an die Tagesbetreuung wird mit der Budgetierung 2026 korrigiert werden. Also in dem nächsten Budget 2026 werden wir genauer sein, die Erfahrungen der letzten Jahre mit dem neuen System der Tagesbetreuung und der Umsetzung des Betreuungsschlüssels, also die Erhöhung, die stetig in den letzten Jahren, die wir vorgenommen haben von 1 zu 10 zu 1 zu 6, die ist jetzt dann umgesetzt, budgettechnisch und personaltechnisch. Und diese bringen dann wieder eine weitere Stabilisierung und eine genauere Berechnungsgrundlage und dann eine zuverlässigere Planung in der Tagesbetreuung.

Es ist, glaube ich, auch allen hier drin klar, dass auch der Gemeinderat wie auch die Verwaltung den Anspruch hat, möglichst genau zu budgetieren, aber eben Fehler passieren auch hier. Wir möchten uns hier für diesen Fehler entschuldigen und bedanken uns für das ihr diesem Nachkredit zustimmt. Vielleicht ganz am Schluss noch den Antrag, den ich auch erst vorhin gesehen habe, der GFL mit der Anwendung der Lex Theiler, wie sie auch genannt wird. Ich kann grundsätzlich das Unbehagen gegenüber Nachkrediten, die aus allen Direktionen zu dieser Jahreszeit regelmässig kommen, grundsätzlich nachvollziehen und nehme das auch so gerne zur Kenntnis, dieses Unbehagen, aber genau jetzt bei diesem Nachkredit oder einfach einen Nachkredit jetzt rauspicken, ist ja eigentlich egal welcher und in dem laufenden Budget eine solche Summe einsparen zu wollen, das finde ich schon auch ziemlich abenteuerlich und hätte eigentlich auch gerne gehört, was denn die Vorschläge im Raum sind, wie wir dieses Jahr diese 3 Mio. im Schulamtsbudget einsparen könnten. Und wir bitten euch deshalb im Namen des Gemeinderates, diesen Antrag abzulehnen. Danke schön.

Präsident: Vielen Dank, wir kommen somit zur Abstimmung, zuerst über den Antrag gemäss Tischvorlage, der Antrag der Fraktion GFL zu diesem Geschäft. Wer dem Antrag zustimmt, stimmt Grün, wer ihn ablehnt, stimmt Rot.

Antrag

Tischvorlage

Die GFL beantragt hiermit in Anwendung der Verordnung zur Organisation der Stadtverwaltung, Art. 5 Nachkredite, Abs. 3, den Globalkredit des Schulamtes 2025, um CHF 2 871 882 zu kürzen.

Abstimmung Nr. 018

2021.BSS.000129: Antrag Tischvorlage

Ablehnung

Ja	22
Nein	47
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir stimmen somit über die Vorlage gemäss Antrag Gemeinderat ab. Wer den Nachkredit genehmigen will, stimmt Grün, wer ihn ablehnt, stimmt Rot.

Abstimmung Nr. 019

2021.BSS.000129

Annahme

Ja	42
Nein	11
Enthalten	15

Präsident: Ihr habt dem Nachkredit zugestimmt.

2024.BSS.0058

16 Bern Arena Stadion AG: Leistungsvertrag 2025-2029 betreffend öffentlichen Eislauf auf dem Areal der PostFinance-Arena; Verpflichtungskredit

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 16, ein Sachgeschäft ohne Referendum: Bern Arena Stadion AG, der Leistungsvertrag für die Jahre 2025 bis 2029. Entschuldigung, es ist ein Sachgeschäft mit fakultativem Referendum: Leistungstrag mit der BESAG für die Jahre 2025 bis 2029, der entsprechenden Verpflichtungskredit. Das Wort für die vorberatende Kommission SBK hat Oliver Berger. Er müsste sich aber noch kurz anmelden, merci. Oliver Berger hat das Wort.

Oliver Berger (FDP) für die Kommission: Der vorliegende Leistungsvertrag mit der Bern Arena Stadion AG (BASAG) soll für die Jahre 2025 bis 2029 verlängert werden. Ein kurzer Blick zurück: Die BASAG ist seinerzeit aus den Sportbetrieben Bern AG entstanden, die man im Jahr 2001 liquidiert und nachher in die BASAG überführt hat. Die Stadt Bern hat mit 72% die Mehrheit der Aktien und stellt 3 von 5 Mitgliedern des Verwaltungsrats. Im Jahr 2007 ist das Stadion im Baurecht an Swiss Prime Site (SPS) verkauft und daraufhin saniert worden. Die komplizierte Organisationsstruktur hat man dann so gewählt, dass die Stadt nicht für die Investitionen von nota bene 12,4 Mio.

Franken aufkommen musste. Die BASAG stellt den Betrieb des Ausseneisfeldes und der Trainingshalle sicher. Sie ermöglicht damit das öffentliche Eislaufen, das Eishockey und den Breitensport. Der aktuelle Mietvertrag zwischen der BASAG und der SPS läuft noch bis ins Jahr 2029, der ist abgesehen von ein paar Anpassungen wegen reduzierter Betriebszeiten im Ausseneisfeld seit Jahren unverändert. Die Stadt Bern ist auf diese Eisflächen bei der Allmend angewiesen. Das Ka-We-De und auch das "Weyerli" werden im Moment saniert oder werden dann auch saniert und sie reichen von der Kapazität her auch gar nicht. Der hier zur Disposition stehende Leistungsvertrag soll wie bisher weiterlaufen mit den folgenden Änderungen: Ein Teuerungsausgleich von 6,6% sowie für die gesteigerten Energiekosten steigt der Preis in dem Sinn von 1,046 Mio. auf 1,15 Mio. Schweizer Franken. Dann gibt es eine Kürzungsmöglichkeit oder eben Eventualvorbehalt für die Abgeltung bei schwieriger Finanzlage der Stadt Bern und schlussendlich gibt es auch noch formale Anpassungen gemäss den Mustervorlagen der Stadt, zum Beispiel für die Personalpolitik. Der Leistungsvertrag ist in der SBK unbestritten gewesen und wir empfehlen euch deshalb das Geschäft auch mit einer verkürzten Debatte zur Annahme. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Vielen Dank. Besteht zu diesem Geschäft Diskussionsbedarf? Das ist der Fall. Dann könnt ihr euch bitte jetzt für die Fraktionsvoten anmelden. Für die Fraktion SVP hat das Wort Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Nur ganz kurz, wir werden hier nicht episch diskutieren, wir werden dem Geschäft zustimmen. Wir haben einfach 2-3 Bemerkungen: Ihr seht selber, die Organisationsstruktur dieser BASAG ist sehr komplex. Wir haben jetzt den Vertrag, der bis 2029 geht. Wir machen jetzt hier nicht gross ein Theater wegen diesen verbleibenden 4 Jahren. Das wäre für mich, auch wenn es eine juristische Auseinandersetzung gibt, der falsche Zeitpunkt. Im Hinblick auf die Verlängerung nach 2029 sind wir jedoch der Meinung, dass man hier klare Verhältnisse schaffen muss. Wir haben verschiedene Player. Einfach etwas, was ich nie vergessen werde: Damals bei der KA-WE-DE mit dem Eishockeyverein EHC 96 wurde zuerst gesagt: „Ja, EHC 96, ihr könnt jetzt auf der Allmend spielen, das ist gut, dann können wir die KA-WE-DE aufgeben.“ Und kaum waren sie dort, hat man ihnen gerade wieder gesagt, nein, wir haben für euch keinen Platz. Das sind für mich einfach die Sachen, die man dann gut anschauen muss, was man für Verträge macht. Die SVP ist für das Eishockey, die SVP hat Freude, wenn SCB gute Resultate macht. Aber ganz einfach: Ich bin der Meinung, man sollte klare Regeln haben, die juristisch korrekt sind, die sauber sind. Wir müssen bei den Sicherheitssachen darauf achten. Zum Glück ist eben der SCB jetzt viel weniger problematisch als Fussball. Andererseits sind aber offenbar auch in anderen Orten Eishockey-Fans aufeinander losgegangen. Deshalb sind wir der Meinung, man muss es dann wirklich anschauen, wie es ist. Uns geht es einfach darum, zu sagen, dass wir dem Vertrag zustimmen, aber dann wollen wir klare Verhältnisse, in denen die verschiedenen Interessen der Stadt, der einzelnen Eishockeyvereine und des SCB gebührend berücksichtigt werden. Aber, wie gesagt, wir stimmen dem Vertrag zu. Merci.

Präsident: Vielen Dank. Gibt es zu diesem Geschäft noch weitere Voten? Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort, Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Ui, da war einer sehr gross. Oli, warst du das? Ich danke dem Referenten Oliver Berger für die Vorstellung des Geschäftes. Es geht, wie alle 4 Jahre um die Verlängerung des Leistungsvertrages mit der Bern Arena Stadion

AG, welche primär für den Betrieb des Ausseneisfeldes zuständig ist und zum Teil auch für die Trainingshalle. Der Vertrag hat sich nicht verändert, das haben wir gehört, bis auf einen Punkt, die Teuerung wurde geltend gemacht, was einer Erhöhung von diesen 69'000 Franken entspricht. Ich denke, es gibt keine grosse Debatte, das ist unbestritten. Vielleicht noch zu dir, Alex Feuz, du hast dich noch erkundigt, wie es weitergeht und zu Recht erwähnt, dass der aktuelle Mietvertrag zwischen der BASAG und der SPS Immobilien AG, also der Vermieterin der Infrastruktur, noch bis 2029 weiterläuft. Und weil dieser Mietvertrag ausläuft, sind bereits Diskussionen im Gang innerhalb dieses durchaus ein bisschen komplexen Konstruktes der BASAG, wie es weitergehen soll und ob es in dieser Zusammensetzung weitergehen soll. Diese Gespräche, die sind am Laufen und wir werden euch selbstverständlich informieren, auch während dieser Leistungsvertragsperiode, falls sich dort etwas verändert, und dann können wir diskutieren, wie es weitergeht, falls sich, denn etwas verändert. Vielen Dank für die Annahme dieses Verpflichtungskredites.

Präsident: Merci vielmals, dann sind wir bereits bei der Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates. Wer dem Verpflichtungskredit zustimmen will, stimmt Grün, wer ihn ablehnt, stimmt Rot.

Abstimmung Nr. 020

2024.BSS.0058

Annahme

Ja	69
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dem Kredit einstimmig zugestimmt.

2024.SR.0119

17 Motion Fraktion GB/JA! (Sarah Rubin/Ursina Anderegg, GB/Anna Jegher, JA!)/Sofia Fisch (JUSO): Aktionstage Behindertenrechte – und die Stadt Bern zieht mit!

Präsident: Wir sind bei Traktandum Nummer 17. Die Motion der GB/JA! zu den "Aktionstagen Behindertenrechte – und die Stadt Bern zieht mit!" Diese Motion ist vom Gemeinderat bestritten. Entsprechend erteile ich das Wort für die Einreichenden, Anna Jegher.

Anna Jegher (JA) für die Einreichenden: Die Anliegen von Menschen mit Behinderungen sind nach wie vor wenig sichtbar in unserer Gesellschaft, obwohl es unglaublich viele Menschen betrifft. Die fehlende Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderungen und ihren Anliegen fördert auch ihre Stigmatisierung. Viele Menschen kommen so gar nicht in Berührung mit betroffenen Personen und dem Thema Behinderung. Es wird gerne an den Rand der Gesellschaft gedrängt und das wiederum hat zur Folge, dass Menschen ohne Behinderung nach wie vor grosse Berührungsängste mit diesem Thema haben und häufig auch nicht wissen, wie mit betroffenen Menschen umgehen.

Ein Teufelskreis. Genau darum ist Sichtbarkeit extrem wichtig. Eine sehr simple Möglichkeit, um die Sichtbarkeit zu stärken, bieten die nationalen Aktionstage für Behindertenrechte. Die Stadt kennt ja zum Beispiel auch die Aktionswoche gegen Rassismus, ein sehr erfolgreiches Projekt, das breit geschätzt wird und ähnlich würde sich auch eine Beteiligung an den Aktionstagen für Behindertenrechte umsetzen lassen. Es ist wichtig, dass die Stadt hier eine Verantwortung übernimmt, wenn es um die Sichtbarkeit von Anliegen von marginalisierten Gruppen geht, weil diese Gruppen ja gerade aufgrund ihrer Marginalisierung häufig zu wenig Ressourcen haben und eine Unterstützung von öffentlicher Hand hier extrem wertvoll ist. Wir finden es darum auch eine Frechheit, dass der Gemeinderat schon von vorneherein ausschliesst, dafür zusätzliche Ressourcen einzusetzen und eine Umsetzung nur im Rahmen der bestehenden Ressourcen prüfen will. Er ist zwar einverstanden, dass der Handlungsbedarf extrem gross ist, dass behinderte Menschen als Gesellschaftsgruppe viel stärker einbezogen werden müssten, aber dafür Geld auszugeben, das will er dann doch lieber nicht. Es ist einfach Fakt, dass in Bezug auf Gleichstellung und Inklusion wenig Geld schon extrem viel bewirkt und dass der Gemeinderat hier anscheinend nicht einmal bereit ist, einen vergleichsweise minimalen Betrag aufzuwenden, zeigt, dass diese Wichtigkeit und Dringlichkeit der Thematik immer noch nicht angekommen sind. Ich hoffe aber, dass die Dringlichkeit dafür in den anderen Stadtratsfraktionen mittlerweile angekommen ist. Ich denke insbesondere auch an eine SP, die kürzlich ein nationales Positionspapier zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen verabschiedet hat. Ich hoffe, eure Politik beschränkt sich nicht nur auf Papier schreiben und freue mich auf eure Unterstützung.

Präsident: Vielen Dank, dann könnt ihr euch anmelden für Fraktionsvoten. Für die Fraktion SP-JUSO, Sofia Fisch.

Sofia Fisch (JUSO) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion wird diese Motion annehmen. Es ist leider eine Realität, dass Menschen mit Behinderungen noch sehr viele Barrieren in den Weg gestellt werden und wir sie noch zu oft von der Partizipation an unserer Gesellschaft ausschliessen. Sensibilisierung ist zentral, um ausschliessende Strukturen zu erkennen und abzubauen. Wie die Motionär*innen finden wir als SP-JUSO-Fraktion, dass die Stadt eine Verantwortung für die Sensibilisierung ihrer Bevölkerung trägt und sie einen Rahmen bieten soll, in dem sich bestehende Gruppierungen und Organisationen vernetzen können. Die nationalen Aktionstage "Behindertenrechte" bieten einen solchen guten und bereits bestehenden Rahmen, an dem sich die Stadt in Zukunft vermehrt beteiligen soll, indem sie eben nicht nur interne Veranstaltungen durchführt, sondern auch öffentliche Veranstaltungen, die sich an die breite Bevölkerung richten und indem sie Gruppen und Organisationen unterstützt, um an diesen Aktionstagen mitzuwirken. Wir hoffen, dass mit dem neu zusammengesetzten Gemeinderat das Thema Inklusion und die Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderungen noch mehr an Relevanz gewinnt und der Gemeinderat gemeinsam mit der Fachstelle prüft, was es braucht, um diesen Auftrag der Motion umzusetzen.

Präsident: Vielen Dank, für die Fraktion GFL, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL): Ja, in der Tat ist es immer wieder fraglich, inwiefern sogenannte Aktionstage und -wochen tatsächlich dann zur grösseren Sichtbarkeit von Anliegen der jeweils Betroffenen beitragen. Meist werden die Veranstaltungen, Workshops und Inputs ja von solchen Menschen besucht, die vielleicht bereits sensibilisiert und offen für diese Anliegen sind. We are preaching to the converted in diesem Kontext. Trotzdem

wird die GFL dieser Motion als Motion zustimmen, dies, um kundzutun, dass wir Behindertenrechte ebenso ernst nehmen, wie alle anderen Menschenrechte auch und deshalb nicht einsehen, weshalb die Stadt Geld für eine Aktionswoche gegen Rassismus und für "16 Tage gegen Gewalt an Frauen" ausgibt, nicht aber in ähnlichem Ausmass sich an diesen Tagen für "Behindertenrechte" beteiligt. Ja, Aktionstage hin oder her, viel wichtiger ist es natürlich, dass diese Rechte von uns allen jeden Tag eingehalten werden und wir diskriminierungsfrei allen Menschen unbesehen ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens, ihrer körperlichen Beschaffenheit, sexuellen Orientierung auf Augenhöhe respektvoll begegnen können. Vielen Dank.

Präsident: Danke, als nächstes für die Fraktion FDP, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Wir von der Fraktion FDP haben Verständnis für das Anliegen der Motionär*innen, dass Behinderte in die Gesellschaft inkludiert und integriert werden sollen. Aktionstage sind eine gute Möglichkeit, auf die Situation der Behinderten aufmerksam zu machen und auch Vorurteile oder Distanz anzubauen. Es fragt sich aber, ob man wirklich ein zusätzliches Angebot schaffen muss oder ob man eben nicht die Behindertengerechtigkeit besser in den bestehenden Angeboten herstellen würde. Eine zusätzliche Fachstelle zu schaffen oder eben Aktionstage zusätzlich finanziell zu unterstützen, ist mit Blick auf die klammen Finanzen der Stadt Bern aus unserer Sicht nicht realistisch. Wir folgen deshalb dem Vorschlag des Gemeinderates und lehnen die Motion ab, würden aber den Vorstoss als Postulat entgegennehmen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci, als nächstes für die Fraktion SVP, Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Generell unterstützt die SVP die Behindertenpflege und allgemein einfach auch das Recht der Behinderten. Wir sind dafür, dass man die Minderheit einfach entsprechend auch fördert, dass man eine Plattform gibt, damit sie leben können, wie wir auch. Da sind auch manchmal sehr grosse Schicksale dahinter, die einfach unsere Aufmerksamkeit sicher verdienen. Jetzt hier die Motion "Aktionstage Behinderungsrechte", ja, das ruft sofort wieder nach mehr Aufwand, nach mehr finanzieller Unterstützung, nach mehr Geld. Da fragt man sich einfach schon, ja, was bringt das eigentlich schlussendlich. Ist das der richtige Weg? Kann man die bestehenden Ressourcen, die man heute hat, nicht einfach ein bisschen effizienter einsetzen, dass man hier möglichst einfach schaut, dass man die gut nutzen kann, besser nutzen kann und zusätzlich nutzen kann. Es gibt halt vielleicht ein bisschen mehr Belastung auch fürs Personal, aber aus unserer Sicht wäre das sicher vertretbar und dass man es einfach jetzt auf dem Weg probiert und nicht einfach gerade wieder eine Stelle schafft, eine 100% Stelle vielleicht, die einfach sofort 140'000 - 150'000 Franken im Jahr kostet und das ganze Budget wieder entsprechend belastet. Deshalb kommen wir zum Schluss, dass wir die Motion ablehnen, aber das Postulat würden wir, wenn es gewandelt würde, annehmen. Danke.

Präsident: Vielen Dank. Gibt es weitere Voten zu diesem Geschäft? Als Einzelsprecherin, Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP), Einzelvotum: Es ist wirklich so, dass für die Inklusion respektive für die Integration von beeinträchtigten Menschen, insbesondere von Menschen mit psychischen Herausforderungen viel zu wenig gemacht wird, viel zu wenig gemacht

wird auch in der Stadt Bern. Ich werde selbstverständlich die Motion unterstützen, will aber doch ein bisschen kritisch auf das Votum reagieren, wo sagt, mit sehr wenig Geld kann man sehr viel machen. Über die Unterstützung dieser Aktionstage kann man eine gewisse Sensibilisierung erreichen, aber die wirkliche Sensibilisierung passiert nicht über Aktionstage, sondern über ganz, ganz konkrete Massnahmen über Sensibilisierung in den Schulen, über Sensibilisierung in der Arbeitswelt, auch in der städtischen Verwaltung. Da braucht es sehr, sehr viel mehr als das, was die Stadt Bern im Moment macht. Das kostet auch etwas, das kostet vor allem Engagement, das kostet oder fordert Leute an ihren Arbeitsplätzen, fordert Lehrerinnen und Lehrer heraus und dort braucht es sehr viel mehr Sensibilisierung, das schaffen wir nicht über einfache Aktionstage und da wäre ich sehr, sehr froh, wenn die Stadt Bern mehr machen würde.

Präsident: Vielen Dank. Gibt es noch weitere Einzelvoten zu diesem Geschäft? Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Diesmal war es die grosse Bernadette vor mir. Die mangelnde Sichtbarkeit von Menschen mit einer Behinderung und ihren Lebensrealitäten ist bekannt und nach wie vor problematisch. So hat auch die städtische Bevölkerungsbefragung vom Herbst 2023 gezeigt, dass die Berner*innen mit einer Behinderung ihre Lebensqualität vergleichsweise am schlechtesten einschätzen als im Vergleich wie andere Personengruppen ihre Lebensqualität einschätzen. Auch der eigene Gesundheitszustand wird von ihnen vergleichsweise am schlechtesten beurteilt und sie beschreiben eindrücklich, dass sie sich gestresst fühlen bei der Arbeit und sogar in der Freizeit und sie wünschen sich mehr Unterstützung in verschiedensten Bereichen. Das sind alarmierende Aussagen und die müssen wir ernst nehmen, und zwar nicht nur, weil wir eine Stadt für alle sein wollen, sondern weil wir auch einen gesetzlichen Auftrag haben. Der Gemeinderat ist im Rahmen von seinem Einfluss bemüht, da vorwärtszumachen in der Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung im Bewusstsein, dass es noch viel zu tun gibt auf verschiedensten politischen Ebenen, aber auch in der Stadt Bern. Die nationalen Aktionstage zu den Behindertenrechtskonventionen, zu den Behindertenrechten sind 2024 zum ersten Mal durchgeführt worden. Die Wertschätzung von diesen Tagen ist unter Menschen mit einer Behinderung schweizweit sehr gross gewesen und es konnte die Sichtbarkeit der ganzen Thematik erhöht werden, auch die Sichtbarkeit der mangelnden Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in der Schweiz. Denn wenn auch die Aktionen aufgrund von beschränkten Budgets im kleinen Rahmen stattfanden, aufgrund der positiven Bilanz, vor allem eben von den Menschen, die es betrifft, sollen die nationalen Aktionstage wiederholt werden. Nächstes Mal werden sie 2027 stattfinden und eine finanzielle Unterstützung durch den Bund ist weiterhin nicht in Aussicht gestellt. Der Gemeinderat hat es diskutiert und ist aufgrund der finanziellen Lage aber zum Schluss gekommen, hier keine zusätzlichen Ressourcen für diese Aktionstage ins Budget der Fachstelle für Menschen mit Behinderungen einzustellen. Er ist aber bereit, zu prüfen, wie das Engagement der Stadt im Rahmen der nächsten Aktionstage mit den bestehenden Ressourcen verstärkt werden kann. Vielen Dank.

Präsident: Vielen Dank. Ich habe nicht mitbekommen, dass der Vorstoss gewandelt wurde. Das ist korrekt? Die Einreichenden halten somit an der Form der Richtlinienmotion fest. Wir stimmen also über Traktandum 17 als Richtlinienmotion ab. Wer den Vorstoss erheblich erklären will als Richtlinie drückt Grün, wer ihn ablehnt, drückt Rot.

Abstimmung Nr. 021

2024.SR.0119: Richtlinienmotion

Annahme

Ja	46
Nein	23
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt diese Richtlinienmotion als erheblich erklärt.

2024.SR.0120

18 Motion Fraktion GB/JA! (Sarah Rubin/Ursina Anderegg, GB/Anna Jegher, JA!)/Sofia Fisch (JUSO): Massnahmen für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen – Grundrechte sicherstellen!

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 18, auch das ist eine Richtlinienmotion: Massnahmen für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen – Grundrechte sicherstellen! Auch diese Richtlinienmotion ist vom Gemeinderat bestritten, entsprechend erteile ich auch hier den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden, Anna Jegher.

Anna Jegher (JA) für die Einreichenden: Ich halte dieses Votum stellvertretend für Sarah Rubin, die heute leider krank ist, aber eigentlich die federführende Kraft hinter diesen 3 Vorstössen ist. Sehr gerne rede ich als einreichende Person und gleichzeitig für unsere Fraktion zur vorliegenden Motion. Bis jetzt sind die Signale zu dieser Motion positiv, was mich schon einmal sehr freut. Punkt 1 von dieser Motion wandeln wir in ein Postulat, den Bericht dazu lehnen wir allerdings ab, weil die Forderung noch nicht umgesetzt ist. Denn das jetzige Portfolio entspricht nicht unseren Vorstellungen an einen öffentlichkeitswirksamen Aktionsplan. Es mag sehr gut als internes Instrument dienen, das agil ist und eine laufende Übersicht bietet, welche Aufgaben aktuell sind. Wir möchten nicht in funktionierende Abläufe hineinreden, wenn das für die Fachstelle intern so passt. Aber gerade das ist der Punkt. Wir möchten, dass es nicht nur intern angenehm, sondern auch öffentlichkeitswirksam ist. Aus dem Portfolio lässt sich für Aussenstehende nicht ablesen, welche Massnahmen tatsächlich umgesetzt werden, wer zuständig ist, welche Mittel eingestellt werden. Das Portfolio wird ja alle 2 Jahre von der Fachstelle mit dem Gemeinderat diskutiert, aber die sich daraus ergebenden Resultate sind ebenfalls nicht einfach auf der Website zugänglich.

Es braucht unbedingt ein Instrument, das auch öffentlich ein Gewicht hat. Wir stellen uns einen Aktionsplan vor, der ähnlich daherkommt wie derjenige zur Gleichstellung in Geschlechterfragen. Darin werden übersichtlich Schwerpunkte, Ziele und Massnahmen dargestellt und in einen grösseren Kontext eingebettet und anschliessend skizziert, wie die Umsetzung geplant ist. Zuständigkeiten und Kosten werden transparent dargestellt. Das ist aber noch nicht alles, denn dazu kommt ganz wichtig zu einem griffigen Aktionsplan mit nachhaltiger politischer Wirkung gehört auch ein Aktionsbericht respektive ein Schlussbericht, in dem Rechenschaft über die aktuelle respektive die abgeschlossene Aktionsplanperiode abgelegt wird und der dann idealerweise auch in einer Kommission thematisiert wird. Ja, uns ist bewusst, dass das für die Fachstelle Arbeit bedeutet. Jedoch ist das eine unerlässliche Grundlage für gezielte Gleichstellungsarbeit,

die ein politisches Gewicht inner- und ausserhalb der Verwaltung haben will. Diese Arbeit muss, wie bereits angetönt, jedoch nicht von Grund auf neu getätigt werden. Da gibt es in der Verwaltung ja bereits Synergien, auf die zurückgegriffen werden kann, eben im konkreten Fall die Fachstelle Gleichstellung Geschlechterfragen, die bereits Erfahrung mit diesem Instrument hat. Und ja, eine Ausarbeitung eines Aktionsplans bedeutet unter Umständen, dass erneut über Ressourcen diskutiert werden muss. In der Antwort des Gemeinderats auf alle 3 Vorstösse taucht wiederholt innerhalb der bestehenden Ressourcen auf. Genau das ist das Problem. Gleichstellung ist eminent wichtig für eine vielfältige und funktionierende Gemeinschaft. Das anerkennt der Gemeinderat auch in seiner Antwort. Das bedeutet Arbeit und Arbeit ist nicht einfach gratis. Das wiederum will der Gemeinderat nicht wahrhaben. Allerdings hat sich die Zusammensetzung des Gemeinderats und auch des Stadtrats seit den Wahlen ja geändert und wir freuen uns, dass nun positive Signale ausgesendet werden.

Unter den Punkten 2 und 3 fordert die Motion dann auch – oh Schreck – doch tatsächlich zusätzliche Ressourcen, damit sie ihre Aufgaben auch tatsächlich wahrnehmen kann. Das sieht eigentlich auch der Gemeinderat zumindest in seiner alten Zusammensetzung so. Es wird ausführlich dargelegt, wie viel Arbeit noch anzugehen wäre in einem Bereich, der keine starke Lobby hat, obwohl im Verlauf ihres Lebens bis zu einem Viertel der Bevölkerung von Behinderungen betroffen sind. Das können körperliche Behinderungen sein, aber auch Depressionen, Long Covid, ADHS-Störungen, Angststörungen und viele mehr. Zudem muss noch sehr viel politische Arbeit geleistet werden, bis auch Menschen mit Behinderungen unter dem Begriff Gleichstellung in der Verwaltung selbstverständlich mitgedacht werden. Der Gemeinderat schreitet das nicht ab, im Gegenteil, aber nein, Menschen mit Behinderungen haben offenbar trotzdem keine Priorität. Solidarität, ja, aber sie darf ja nichts kosten. Nun, um zu einem persönlichen Schluss zu kommen, sowohl der Gemeinderat als auch der Stadtrat ist, wie gesagt, seit Beginn dieses Jahres neu zusammengesetzt. Bisher fanden unsere Forderungen in diesem Bereich in beiden Gremien wenig Gehör, aber nun haben wir schon diverse positive Signale erhalten. Auch auf nationaler Ebene wird von gewissen Kreisen erfreulicherweise nun ja betont, wie wichtig die integrative Schule für eine Gesellschaft ist. Wir freuen uns natürlich sehr darüber und auch, dass sich hier für diese Stimmen auf städtischer Ebene die Gelegenheit bietet, diesen Erklärungen guter Absicht auch Taten folgen zu lassen.

Präsident: Merci. Gibt es zu diesem Geschäft Diskussionsbedarf? Dann könnt ihr euch jetzt für Fraktionsvoten anmelden. Als erstes für die Fraktion SP-JUSO, Nora Krummen.

Nora Krummen (SP) für die Fraktion: Wir gehen mit den Motionär*innen einig, dass bei der Gleichstellung von Menschen mit Behinderung noch Aufholbedarf besteht. Noch immer gibt es im Alltag unnötige Barrieren, wenn man von einer Behinderung betroffen ist. Uns erscheint sinnvoll, die verschiedenen Baustellen, die es gibt, sei das hindernisfreie Zugang zu Mobilität oder Gebäuden, zu Kulturangeboten oder Hilfestellungen für Eltern, die eine Behinderung haben, oder Hilfe für Angehörige, die Unterstützungsarbeit für Betroffene leisten, zusammenzutragen und konkrete Massnahmen zu prüfen. Das heisst, wir würden Punkt 1 gerne als Postulat und nicht als Richtlinienmotion überweisen, weil wir uns durch einen Prüfungsbericht mehr erhoffen als vor einer Richtlinienmotion. Für mehr Diskussionen bei unserer Fraktion haben Punkt 2 und 3 gesorgt. Als SP-JUSO-Fraktion sind wir uns einig, dass eine starke Fachstelle für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen wichtig ist. Ein Teil der Fraktion sieht die Probleme in dieser Fachstelle aber nicht in zu wenig Stellenprozent, sondern im nicht

immer richtigen Einsetzen der vorhandenen Ressourcen. Eine Mehrheit der Fraktion ist deshalb der Meinung, dass es nicht mehr Stellenprozent braucht, sondern die vorhandenen Stellenprozente besser eingesetzt werden müssen. Falls ich in dem Rahmen eines Prüfungsberichts aber zeigen würde, dass es mehr Stellenprozent braucht, sind wir sehr gerne bereit, die entsprechenden Ressourcen zu sprechen. Das Gleiche gilt für den Punkt 3. Es gibt schon sehr viele verschiedene Angebote, auch von verschiedenen Verbänden, von Betroffenen beispielsweise vom Schweizerischen Gehörlosenbund oder dem Schweizerischen Blinden- und Sehbehindertenverband. Es macht deshalb aus der Sicht der Mehrheit der Fraktion mehr Sinn, im Rahmen eines Postulats zu prüfen, wo das bestehende Angebot besser genutzt und die Zusammenarbeit ausgebaut werden kann und wo es allenfalls Sinn macht, dass die Stadt etwas Eigenes entwickelt. Wenn das geklärt ist, ist die SP-JUSO-Fraktion auch hier gern bereit, die nötigen Ressourcen zu sprechen. Aus diesen Gründen wäre die SP-JUSO-Fraktion froh, wenn man die Motion in ein Postulat wandeln würde. Als Motion würden wir den Vorstoss abgesehen von Punkt 1 ablehnen, als Postulat würden wir es gerne gesamthaft überweisen. Merci vielmals.

Präsident: Vielen Dank, für die Fraktion FDP, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Wie schon vorhin gesagt haben wir von der Fraktion FDP Verständnis für das Anliegen der Motionär*innen. Wir unterstützen die Stossrichtung, dass Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft ihren Platz haben sollen und nicht an den Rand gedrängt werden sollen. Sie sollen nach ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten so selbstständig und selbstbestimmt wie möglich sich entwickeln können. Beim Vorstoss selber folgt unsere Fraktion der Argumentation des Gemeinderates. Wir nehmen den Punkt 1 an. Es macht Sinn, zuerst eine Lagebeurteilung zu machen und einen konkreten Plan aufzustellen, bevor man zusätzliche Strukturen schafft. Das heisst ganz unromantisch "Substance over Form" oder "Structure follows Strategy". Punkt 2 und 3 lehnen wir aus finanziellen Gründen und mangelnden Ressourcen ab. Wenn der Vorstoss in ein Postulat gewandelt werden sollte, nehmen wir das Geschäft an. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Danke, für die Fraktion SVP, Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Ich kann mich meinem Kollegen der FDP anschliessen. Wie gesagt, wir von der SVP unterstützen die Anliegen der Behinderten sicher auch. Wir sind da voll dabei, dass sie auch ein würdiges Leben führen können, wie wir auch. Sie haben das Anrecht darauf und dafür setzen wir uns ein. Wir sind aber der Meinung, dass eine zusätzliche Stelle jetzt nicht notwendig ist und dass man einfach die bestehenden Ressourcen, die man heute hat, dass man die vielleicht einfach einmal probiert, ein bisschen besser zu nutzen. Die Möglichkeit besteht sicher, da sind wir überzeugt. Deshalb werden wir Punkt 1 annehmen, Punkt 2 und 3 werden wir ablehnen. Und den Prüfungsbericht werden wir so annehmen. Danke.

Präsident: Für die Fraktion GFL, Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Ich mache es ganz kurz: Die Fraktion GFL würde dieses Anliegen insgesamt mit allen Punkten als Motion annehmen, mit samt dem laut Gemeinderatvortrag daraus resultierenden Kostenfolgen. Die Begründung dafür ist ähnlich wie im vorgängigen Votum ausgeführt, es ist im Sinne einer

Gleichstellung der Wahrnehmung von Grundrechten und dafür eingesetzten Massnahmen nicht nachvollziehbar, weshalb für diverse Sorten von Menschen unterschiedlich grosse Mengen von Geldern zur Verfügung oder eben nicht zur Verfügung stehen sollen. Danke.

Präsident: Vielen Dank. Gibt es zu diesem Geschäft noch weitere Voten aus dem Rat? Bernadette Häfliger als Einzelsprecherin.

Bernadette Häfliger (SP), Einzelvotum: Ich bin ein bisschen gespalten bei dieser Motion. Einerseits bin ich der Meinung, wie ich vorhin gesagt habe, dass die Stadt zu wenig Ressourcen einsetzt für die Gleichstellung und die Inklusion von behinderten, beeinträchtigten Menschen. Allerdings habe ich ein Problem damit, dass die Ressourcen beschränkt auf die Fachstellen sein sollen. Denn die Ressourcen müssten eigentlich im Schulamt, die müssten beim Verkehr, die müssten bei Bautätigkeiten eingesetzt werden. Das Wissen müsste breiter sein als von einer Fachstelle aus. Wir wissen um die beschränkten Einflussmöglichkeiten einer Fachstelle. Aber ich werde dieser Motion symbolisch zustimmen, bin aber der Meinung, dass das Geld besser eingesetzt werden müsste, damit wir wirklich Wirkung erzielen.

Präsident: Vielen Dank, es gibt keine weiteren Voten aus dem Saal, so erteile ich das Wort für den Gemeinderat, Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Ja, vermutlich zum letzten Mal heute Abend, vielleicht auch nicht, doch wahrscheinlich schon. Der Gemeinderat ist sich bewusst, das habe ich vorhin schon betont, dass im Bereich der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen noch viel getan werden muss, eben auch in der Stadt. Und so haben die Anliegen von Menschen mit kognitiven und psychischen Behinderungen sowie die Anliegen und Bedürfnisse von neurodivergenten Personen bisher noch viel zu wenig Eingang in die Gleichstellungsarbeit grundsätzlich gefunden. Das ist ein schweizweites Thema, das betrifft uns aber auch in der Stadt Bern stark. Der Gemeinderat hat diesen Handlungsbedarf grundsätzlich anerkannt, auch beim zweiten Thema dieses Vorstosses, nämlich der inklusiven Bildung. Seitens Kantons, das wissen wir, werden hier grundsätzlich zu wenig Ressourcen zur Verfügung gestellt und wir sind auch hier in der Diskussion, wie weit die Stadt sich hier auch finanziell mit engagieren will. Gerade in diesen beiden Themenfeldern gibt es noch viel zu tun, vor allem, was die Wissensvermittlung und Sensibilisierungsarbeit anbelangt. Eine städtische Fachexpertise wäre hilfreich, das ist in der Gleichstellungsarbeit immer zu Beginn, wenn man etwas vorantreiben will, sehr wichtig, dass einmal eine grundsätzliche Fachexpertise verankert, ist zu gewissen Themen, die dann eben weiter die Wissensvermittlung – im Sinne, wie Bernadette du es geschildert hast – in die Direktionen und in die betroffenen Ämter hinein machen. Für den Gemeinderat ist unbestritten, dass diese beiden Anliegen von Bedeutung sind, von grosser Bedeutung sind und hat darum die städtische Fachstelle Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen 2022 bereits beauftragt, diese beiden Themen stärker zu bearbeiten. Es hat sich aber in diesem Auftrag dann gezeigt, dass dies nur möglich ist, wenn entweder personelle Ressourcen von der Fachstelle erhöht werden oder personelle Ressourcen eben freigespielt würden innerhalb dieser bestehenden Ressourcen. Denn diese zwei Themenfelder, die sind sehr komplex und brauchen entsprechende Expertise und auch Aufwand und Budgets, um sie wirksam bearbeiten zu können. Und zweitens wäre es eben nur möglich, wenn sich die Fachstelle weitgehend aus anderen Themen, die sie bisher im starken Fokus gehabt hat, zurückziehen

würde, zum Beispiel Themen wie hindernisfreier öffentlicher Raum oder barrierefreier öffentlicher Verkehr oder auch die Online-Kommunikation, hier müsste man auf Aufgaben verzichten, um dort mehr einen Fokus setzen zu können und um diese Motion umsetzen zu können, wäre darum die Schaffung einer zusätzlichen 100%-Stelle nötig. Der Gemeinderat hat hier, das haben wir auch schon gehört, aus finanzpolitischen Überlegungen diese Stellenaufstockung abgelehnt. Er beantragt aber, den Punkt 1 als Richtlinie erheblich zu erklären, da geht es eben um dieses Gleichstellungsportfolio, das der Gemeinderat als Aktionsplan erachtet. Ich sehe den Punkt, dass man den ein bisschen noch öffentlichkeitswirksamer aufbereiten könnte, aber vom Instrument her ist das ein sehr gleiches Instrument, wie Aktionspläne es sind, aber auch hier ist natürlich die Aufbereitung solcher Instrumente im Sinne von Sichtbarkeit schaffen auch eine Ressourcenfrage. Punkt 2 und 3 dieser Motion lehnt der Gemeinderat ab.

Präsident: Vielen Dank. Ich informiere euch, dass die Einreichenden den ganzen Vorstoss in ein Postulat gewandelt haben, jedoch keine punktweise Abstimmung. Wir stimmen über die Punkte 1 bis 3 als ganzes Postulat ab. Wer den Vorstoss als Postulat überweisen will, stimmt Grün, wer ihn ablehnt, stimmt Rot.

Abstimmung Nr. 022

2024.SR.0120: als Postulat

Annahme

Ja	59
Nein	8
Enthalten	4

Präsident: Ihr habt den Vorstoss überwiesen. Jetzt bitte kurz gut zuhören. Wäre es eine Richtlinienmotion gewesen, hätte die Antwort des Gemeinderates zu Punkt 1 automatisch als Begründungsbericht gegolten. Weil die Einreichenden gewandelt haben, muss der Gemeinderat jetzt den Prüfauftrag, wie von uns verlangt, ausführen. Wir stimmen also nicht über den Prüfungsbericht zu Punkt 1 ab, weil wir gar keinen Prüfungsbericht zu Punkt 1 haben und das, liebe Leute, ist der Grund, weshalb eine Richtlinienmotion schwächer ist als ein Postulat. Das einfach als kurze Anekdote zu später Stunde. Wir beenden die Sitzung in wenigen Augenblicken. Ich habe aber eine sehr wichtige Information für euch und bin euch deswegen dankbar, wenn ihr noch kurz so gut zuhört wie jetzt gerade. Das Ratsbüro hat an seiner Sitzung heute Abend in der Ratspause beschlossen, dass wir die Stadtratssitzung vom 3. Juli 2025 absagen. Dies aus 3 Gründen: Ihr habt es gesehen, wir haben unseren Pendenzenberg von einem definitiv historischen und schweizweit einzigartigen Höchststand auf einen fast schon historischen Tiefstand runtergearbeitet. Zu diesem Pendenzenberg gilt es aber weiterhin, Sorgen zu tragen. Ich denke, die heutige Sitzung war ein gutes Beispiel, wie wir miteinander arbeiten können. Aufgrund des tiefen Pendenzenbergs gehen wir auf den Wunsch der Fraktionen ein, zu versuchen, die Vereinbarkeit unseres Amtes mit unseren anderen Verpflichtungen zu verbessern. Und es war eines der Erkenntnisse aus der Umfrage vom letzten Jahr, dass weniger Sitzungen ein wirksames Mittel sein könnte. Und als dritter Grund, und auch den erlaube ich mir zu erwähnen und auch den finde ich persönlich wichtig. Ihr wisst, dass ab dem 2. Juli in der Schweiz die UEFA Women's Euro stattfindet und am Donnerstagabend, 3. Juli, ist das erste von insgesamt 4 Spielen hier in Bern. Ich bin überzeugt, wenn es ein Turnier der Männer wäre, wäre das kaum eine Diskussion, ob wir noch eine Ratssitzung durchführen würden oder nicht und ich

finde es für mich persönlich auch klar, dass wir entsprechend auch nicht eine Sitzung machen während eines Spiels der Frauen. Ich wünsche euch somit gute 2 Wochen, wir sehen uns am 5. Mai wieder.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

Traktandum: 19 | 2024.SR.0121

Interfraktionelle Motion GB/JA!, GLP/JGLP/EVP (Sarah Rubin/ Ursina Anderegg, GB/Anna Jegher, JA!/Bettina Jans-Troxler, EVP)/Sofia Fisch (JUSO): Expertise von Menschen mit Behinderungen abholen

Traktandum: 20 | 2023.SR.0168

Interfraktionelles Postulat GB/JA, SP/JUSO, AL/PdA, GFL/EVP (Anna Leissing, GB/Nora Joos, JA!/Barbara Keller, SP/Sofia Fisch, JUSO/David Böhner, AL/Matteo Micelli, PdA/Tanja Miljanovic, GFL/Judith Schenk, GLP): Keine unterirdischen Asylunterkünfte!

Traktandum: 21 | 2016.SR.000008

Motion Fraktion GB/JA! (Seraina Patzen, JA!): Qualität der Asylunterkünfte in der Stadt Bern prüfen und verbessern

Traktandum: 22 | 2024.SR.0346

Interpellation David Böhner (AL), Anna Leissing (GB), Barbara Keller (SP), Nora Joos (JA!), Sofia Fisch (JUSO), Matteo Miceli (PdA), Tanja Miljanovic (GFL): Warum ist die unterirdische Asylunterkunft in Brünnen noch immer in Betrieb?

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

<https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/5039016871.php>

2025.SR.0126 | Postulat | Überwiesen an den Gemeinderat

Postulat Fraktion GB/JA! (Sarah Rubin, GB/Ursina Anderegg, GB/Anna Jegher, JA!) und Sofia Fisch (JUSO): Massnahmen für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen – Grundrechte sicherstellen!

2025.SR.0120 | Postulat | Eingereicht

Dringliches Postulat: Antisemitismus im Kulturbereich

2025.SR.0122 | Motion | Eingereicht

Motion: Änderung der GO: Im Sinne einer wirksamen Stadtteilpartizipation müssen die offiziellen Stadtteilvertretungen über die betreffenden Vorlagen vor der Behandlung in den Kommissionen und im Stadtrat orientiert werden!

2025.SR.0118 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Mobilität von Bundesangestellten nachhaltiger gestalten

2025.SR.0119 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Fraktion FDP Angebot und Nachfrage für die Kinderbetreuung in der Stadt Bern

2025.SR.0121 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Problematische Verhältnisse im Raum Weissensteinstrasse 12 und Umgebung: Kriminalstatistik? Was unternimmt der Gemeinderat?

2025.SR.0123 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Sicherstellung der langfristigen Energieversorgung in der unteren Altstadt

2025.SR.0124 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Billettautomaten BernMobil: ist ein weiterer Kahlschlag geplant? Was für Alternativen gibt es für Personen ohne Handy oder nicht geladener oder vorhandener PC/Bank-Karte?

2025.SR.0125 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Fraktion FDP Auswirkungen und Umsetzungsprobleme des Vollzugskonzepts Geschäftsauslagen – Klärungsbedarf zur Gleichbehandlung und Sicherheit im öffentlichen Raum

Schluss der Sitzung: 22.31 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

07.07.2025

X 

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

11.08.2025

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi